D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/M Nr. 66
Mai '75 DM 1,50

Zusammenbruch des Saigoner Regimes...

Begrüßung eines Befreiungskämpfers in Hué

...Befreiung in Südvietnam

Der soziale und in der Folge militärische Zusammenbruch Saigons wird als Leber-Schlachtefest in der BRD gefeiert. Mit letzter Fernsehklarheit wird das Flüchtlingschaos gezeigt, das letztlich die Linken und Liberalen verschuldeten, die – sich gar noch „an ihrer eigenen Vorstellung von Ethik und Moral" orientierend – die Amerikaner davon abgehalten haben, „die Flut des Kommunismus von Südvietnam fernzuhalten". Die eindeutige Schlußfolgerung: Zur Sicherung von Freiheit und Unabhängigkeit des Westens sind „Opfer" zu bringen, denn die USA können sie nicht für uns sichern und der „Ideologie des Kommunismus" wird je nach Opportunität, aber letztlich doch „mit Feuer und Schwert" der Weg bereitet werden. So dümmlich Lebers Kommentar zu Vietnam angesichts der Ereignisse in Südostasien selbst erscheinen mag, so sehr paßt er in die bundesrepublikanische Landschaft und in die Rechtsdrift der SPD. Endlich kann nun den antiimperialistischen Kritikern auch der eigenen Politik vor den Augen einer schlecht und falsch informierten Öffentlichkeit, die keine Sympathien für das amerikanische Engagement in Vietnam mehr aufbrachte, die hautnahe Rechnung präsentiert werden. Und endlich kann im Zeitalter ungeliebter, aber schwer vermeidbarer Entspannungspolitik der äußere Gegner wieder in klaren Konturen ge-

FORTSETZUNG SEITE 3

In dieser Ausgabe:

Kommentare

Karl Julian/Claude Anet: Vietnam 1/3
Detlev Endeward/ Klaus-Peter Thiele: Roter Punkt Hannover 4
Heinz Hauser: VW 5
Dieter Clauss: GEW-NRW 6
Tilman Zülch: Kurden 7
Luis Vitale: Chile 8
Dany Diner: Nahost 9

Recht

Wolf-Dieter Narr: Auf dem Boden der fdGO 10

Ökonomie

Klaus Busch: EG in der Krise 13

International

Claus Leggewie: Frankreich 17

SB-Organisation

Delegiertenrat 3
Entstehung des SZ München 19
Michael Schwelien: Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaften 21

Modelle

H. E. Brand/ Peter Grohmann: Arbeitslosen-initiativen 22
Solidarität gegen Siemens 22
Liedermachertreffen 7

links

Sozialistische Zeitung

Die sozialistische Bewegung wird heute und hier nur dann reale gesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie

- **aus dem Dilemma unbrauchbarer traditionell-bürokratischer Organisationsvorstellungen hier, ebenso unbrauchbarer „reiner" und teils blinder Spontaneität dort, herausfindet;**
- **die chinesische Mauer zwischen isolierten Tageskämpfen einerseits, weitgespannten sozialistischen Zukunftsvorstellungen andererseits, durchbricht;**
- **Handlungsmöglichkeiten entwirft, die in hochentwickelten Gesellschaften unter Umständen jene Funktion übernehmen können, die unter anderen historischen und gesellschaftlichen Bedingungen „direkte" Gewalt und „einmalige" Revolutionsakte ausübten oder noch ausüben;**
- **eine neue, nicht autoritäre Antwort auf die Frage nach der internationalen Kooperation der Linken findet.**

Die Entwicklung einer sozialistischen Bewegung kann nur Prozeßcharakter haben. Sowenig eine geschlossene, vereinheitlichte Organisation den gegenwärtigen Bedürfnissen der sozialistischen Gruppierungen entsprechen würde, so sehr besteht doch andererseits objektiv und subjektiv das Bedürfnis nach einer beständigen Kommunikation unter Sozialisten, dies auch als Voraussetzung für die Entwicklung weiterer Gruppen, neuer Aktionsformen. Hier sieht das „Sozialistische Büro", das „links" herausgibt, seine Funktion. Ein Instrument der besseren Kommunikation will „links" sein — ohne Monopolansprüche. „links" wird nicht jenen linken Journalismus pflegen, der dem Konsum revolutionär anmutender Euphorien dient. Unsere Zeitung sieht ihre Funktion dort, wo über Theorie der Praxis und Praxis der Theorie informiert und diskutiert wird, illusionslos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.

●

Neben „links" gibt das Sozialistische Büro die Monatszeitung „express" heraus, eine Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Außerdem hat das Sozialistische Büro periodisch erscheinende Informationsdienste für sozialistische Berufspraxis aufgebaut, so den Info für sozialistische Lehrer sowie die Infos Sozialarbeit und Arbeiterbildung. Ergänzend fördert das Sozialistische Büro mit verschiedenen Broschürenreihen und seinem Bücher- & Papervertrieb die Herstellung und Verbreitung ausgewählter Schriften für die theoretische Arbeit, für Schulung, für die Praxis in strategisch wichtigen Feldern, über lokale und projektbezogene Aktivitäten etc. Um das Sozialistische Büro und seine Projekte tragen zu können, haben wir den „Fördererkreis Sozialistisches Büro" gegründet. Die Förderer bestimmen die Höhe ihres Beitrags selbst (mindestens jedoch monatlich DM 5,—) und erhalten dafür regelmäßig die Zeitung „links" kostenlos zugesandt.

Sozialistisches Büro
605 Offenbach 4, Postf. 591
PSK: Frankfurt 2956 80-605

Informationen

Verteidigungskomitee zur Polizeirazzia am 5.3.1975 in Berlin

Die Berichte der Betroffenen, insbesondere die Berichte der von der Polizei verwüsteten Jugendwohnkollektive beweisen:

— Zweck der Polizeiaktion war nicht in erster Linie die Fahndung nach den Entführern von Peter Lorenz. Sie war vielmehr ein Rachefeldzug, der neben der Terrorisierung der Betroffenen dazu dienen sollte, einem bestimmten Teil der Presse und der Bevölkerung das Bild einer schlagkräftigen Polizei vorzuführen.

— Opfer der Polizeiaktion waren die stadtbekannten Jugendkollektive und das Sozialistische Zentrum mit ihrem bekannt großen und ständig wechselnden Publikumsverkehr, waren Wohngemeinschaften, die in der letzten Zeit zum Teil schon mehrfach Opfer von Hausdruchsuchungen waren, waren Wohnungen, die auf sonstige Weise in die Akten des politischen Staatsschutzes geraten waren und waren nicht zuletzt die Wohnungen von Verteidigern politischer Gefangener (vgl. Die Durchsuchungen bei der Aktion „Winterreise" im November 1974).

— Aus den Berichten der Betroffenen, die in den zentralen Punkten immer wieder übereinstimmen, ergibt sich das Bild eines Polizeieinsatzes, der offenbar in seinen zahlreichen Rechtsbrüchen „lange und gründlich vorbereitet" (Neubauer? oder Hübner) war. Anders ist nicht zu erklären, daß für die Lorenz-Fahndung kein einziger richterlicher Durchsuchungsbefehl vorgelegt wurde, obwohl sämtliche Durchsuchungen zur Nachtzeit stattfanden, daß ausschließlich Gegenstände beschlagnahmt wurden, die mit der Lorenz-Entführung ersichtlich nichts zu tun haben.

— Die zahlreichen dokumentierten Übergriffe von Polizeibeamten sind nicht als individuelles Fehlverhalten untergeordneter Beamter zu erklären. Was in jener Nacht in Berlin stattfand, war der organisierte Rechtsbruch.

Die durchgängige Verweigerung elementarer Rechtsgarantien der StPO, die in ihrer Gesamtheit offensichtlich rechtswidrigen Festnahmen mit den anschließenden erkennungsdienstlichen Maßnahmen sowie die menschenunwürdige Behandlung der Betroffenen bei den Durchsuchungen, den Festnahmen und im Polizeigewahrsam, können nur das Ergebnis einer zentralen Einsatzleitung und -einstimmung sein. Ziel dieser Leitung und Einstimmung war die zeitweise Rechtlosstellung eines Teils der Bevölkerung.

Wir appellieren an die Öffentlichkeit um zu verhindern, daß noch einmal die Polizeiführung in Berlin einen derartigen Pogrom veranstaltet.

1. Für die zahlreichen von den Polizeibeamten angerichteten Schäden muß unverzüglich und großzügig Schadenersatz geleistet werden. Die notwendigen Renovierungen an den am meisten betroffenen Kreuzberger Jugendzentren darf nicht aus dem allgemeinen Etat von Familie, Jugend und Sport erfolgen, sondern muß aus dem Etat des Innensenators geleistet werden.

2. Die Verantwortlichkeiten für den Einsatz und seine Durchführung müssen vor der Öffentlichkeit offen gelegt werden. Es darf hier kein Vertuschen und Verschleppen geben. Die zahlreichen von den Betroffenen eingelegten Beschwerden, Widersprüche und Strafanzeigen müssen unverzüglich und gründlich bearbeitet werden. Die Dienstaufsicht des Justizsenators wie des Innensenators darf nicht zugunsten einer behördeninternen Kameraderie vernachlässigt werden.

3. Die Durchsuchungen haben gezeigt, daß beim polizeilichen Staatsschutz Akten über Wohngemeinschaften liegen, die diese zu potentiellen Opfern immer neuer polizeilicher Repressalien machen. Hausdurchsuchungen werden so zu einem Indiz für kriminelles Verhalten der Betroffenen.

Aus den Hausdurchsuchungen und Festnahmen darf keine Folgekriminalisierung der Betroffenen entstehen. Die entsprechenden Dossiers des polizeilichen Staatsschutzes müssen ebenso wie die neu aufgenommenen erkennungsdienstlichen Unterlagen und Adressenverzeichnisse unverzüglich und restlos vernichtet werden. Wir wenden uns mit Nachdruck gegen den Versuch des Berliner Polizeistaatsschutzes, sich eine eigene „kriminelle Vereinigung" zu konstruieren, die er dann mit Erfolg zerschlagen kann.

4. Die vorhergehende Rechtsanwaltsverfolgung bei der „Aktion Winterreise" mit der Verfolgung jetzt bei der „Aktion Wasserschlag" hat gezeigt, daß offenbar die Staatsschutzbehörden die Gelegenheit nützen, bei polizeilichen Großeinsätzen reihum die Verteidiger politischer Gefangener aufwendigsten Verfolgungsmaßnahmen zu unterwerfen. Die neuerlichen Morddrohungen gegen diese Verteidiger haben gezeigt, wohin die von dem Bundeskriminalamt und der Generalbundesanwaltschaft geförderte Hetze der Springerpresse führt.

5. Nach den bekannten Vorfällen und nach den Erklärungen der Berliner Polizeiführung hierzu ist nicht zu erwarten, daß eine Polizei-/Justizinterne Untersuchung dieser Vorfälle der Öffentlichkeit und den Betroffenen eine hinreichende Aufklärung verschafft und die tatsächlichen Verantwortlichkeiten offenlegt.

Nach den Erfahrungen des 5. März ist das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Selbstreinigungskraft der Berliner Polizei restlos geschwunden.

Wir fordern daher die Einrichtung eines öffentlichen Untersuchungsausschusses unter Mitwirkung und Beteiligung der Betroffenen. (...)

Aus der Dokumentation über die Übergriffe der Berliner Polizei

Zum Polizeieinsatz

„Anzahl der Beamten betrug zeitweise je zwischen 12 und 20. Die Ausrüstung der Beamten bestand aus: Mehrere Maschinenpistolen und Faustfeuerwaffen, Stahlhelme, umgehängte Gasmasken, Funksprechgeräte, Gummiknüppel sowie Bolzenschneider, Brechstangen, Axt in Ausführung ‚extra groß'".

Zum Verhalten der Polizei bei der Durchsuchung

„Gegen 1.15 Uhr schlugen die Beamten gegen die Tür. Thomas öffnete, wurde mit einer MP im Rücken in die Wohnung gedrängt und zu Boden gestoßen. Als er sich schon auf dem Boden liegend abstützen wollte, wurde ihm mit dem Stiefel in den Rücken und anschließend auf den Hinterkopf getreten, so daß sein Kinn aus einer Wunde stark blutete. Durch den Lärm wurden die anderen Genossen geweckt und kamen aus ihren Zimmern. Sie mußten sich nackend (auch die Frauen) auf den schmutzigen und kalten Betonfußboden im Flur legen. Die Beamten standen zwischen den Leuten und hielten ihnen die schußbereiten MPs in den Rücken. Ein Beamter: ‚Schön brav die Händchen liegen lassen und den Kopf am Boden behalten, ich habe heute einen sehr nervösen Zeigefinger...' Inzwischen durchsuchten andere Beamte schon die Räume. Obwohl ein Genosse durch Zuruf erklärte, wie sein Schrank zu öffnen sei, traten sie diesen kurzerhand mit ihren Stiefeln ein. Dem Genossen mit dem stark blutenden Kinn wurde es verwehrt, die Wunde zu reinigen und zu bepflastern."

Verhaftung und Polizeigewahrsam

„Obwohl wir uns alle ausweisen konnten, forderte man uns auf, uns anzuziehen und mitzukommen, wieder ohne Angabe von Gründen. Wenn wir nicht freiwillig mitkämen, könnte man da auch nachhelfen. Nachdem wir über eine Stunde im Mannschaftswagen vor dem Haus warten mußen, wurden wir in die Polizeikaserne in Schulzendorf gebracht. Auf dieser Fahrt fielen Äußerungen von Polizisten wie: ‚Euch sollte man alle in das Olympiastadion sperren wie in Chile, da hat man euch endlich unter Kontrolle.'"

Menschenunwürdige Behandlung

„Sie standen vor meinem Bett und schrien mich hysterisch an, ein bißchen schnell aufzustehen. Es ging wohl nicht schnell genug und sie rissen mir die Bettdecke weg. Ich hatte nichts an. In diesem Moment standen ca. 10 Mann um mich rum und glotzten."

Keine Rechtsbelehrung

„Wir haben nach dem Durchsuchungsbefehl gefragt, worauf sie geantwortet haben: ‚Wir haben einen für ganz Berlin.' Und auf die Frage nach dem Einsatzleiter: ‚Hier hat jeder was zu sagen bei uns'."

Reaktion der Betroffenen

„Wir haben Fotos von den Verwüstungen der Wohnungen gemacht als Beweismaterial, wir haben mit den anderen betroffenen Wohnungen und Jugendzentren zusammen Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden eingereicht, um die Öffentlichkeit zu informieren, laufend Plakataktionen gemacht, es wird 'ne Dokumentation gemacht, Informationsstände und Veranstalungen werden vorbereitet."

„Um einem Klima des gegenseitigen Mißtrauens vorzubeugen, haben wir in unserem Haus eine Versammlung einberufen."

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Befreiung in Südvietnam

zeichnet werden: ein Gegner, der zuschlägt, wenn wir nicht geschlossen und stark sind. „Welt"-Chef Herbert Kremp schlägt denn auch konsequenterweise Leber als neuen Bundeskanzler vor. Leber freilich ist nur Vorsänger im großen Chor derjenigen, die nichts von Vietnam lernen. Für sie erklärt sich alles beliebig durch Thieus Schwäche, Kissingers tragische Verstrickung oder zufällige Ereignisse. Ihre reale Funktion ist es, den Schleier über Südvietnam zu ziehen, damit die revolutionären Prozesse von der Bevölkerung in den kapitalistischen Metropolen nicht erkannt und in ihrer Bedeutung für ihre Interessen bedacht werden können.

Daß die Politiker und Schreiber nicht begreifen, ist nicht nur Dummheit, sondern auch Selbstschutz. Sie müßten sonst aussprechen, daß die USA und mit ihr die meisten kapitalistischen Industriestaaten aus prinzipiellen Interessen globaler Herrschaftssicherung im Saigoner Machtbereich eine Gesellschaft extremer Ausbeutung mit dem dazu notwendigen Terror aushalten. Eine Gesellschaft also, die nur durch Gewalt zusammengehalten werden konnte und in dem Moment zerfallen mußte, in dem diese schwach sein würde. Das Ausmaß an Ausbeutung und Elend, verbunden mit systematischer Korruption und staatlichem Terror auf allen Ebenen schaffte eine explosive Mischung. Ihre Zündung ließ diese Gesellschaft auseinanderbrechen.

Die tatsächlichen sozialen Prozesse in Südvietnam sind schon früher behandelt worden (s. „links" vom Febr. 75). Zu klären ist der unerwartet schnelle und so weitgehende Zusammenbruch. An mangelnden Rüstungsgütern kann es nicht gelegen haben, Waffen waren zu Hauf vorhanden, sie fielen unbenutzt (die Schätzungen des Wertes der Rüstungsgüter liegen zwischen 2 und 10 Mrd. Dollar) in die Hände der Befreiungsbewegung. Die Unwilligkeit des Kongresses, weitere Gelder für Saigons Krieg zu bewilligen, können also nicht der Grund für die akute Krise gewesen sein.

Bereits 1974 ist zwischen Saigon und Washington die Möglichkeit der Gebietsarrondierung durch Räumung einiger nördlicher Provinzen erörtert und anscheinend prinzipielle Einigung darüber erzielt worden. Die Ursachen hierfür können nur vermutet werden: Das Leopardenfell gab Saigon zwar die Möglichkeit, den wirtschaftlichen Aufbau im Bereich der PRG ständig zu stören, es brachte aber gleichzeitig die Kräfte Saigons in Schwierigkeiten, da die Guerilla-Strategie sehr wirksam gegen Kerne solcher Störungen eingesetzt werden konnte. Die Frage der Gebietsarrondierung durch strategischen Rückzug mußte deshalb unter dem Gesichtspunkt des gegenseitigen Kräfteverhältnisses, und zwar nicht etwa nur militärisch, sondern gerade auch unter dem Aspekt der sozialen Verankerung in der Bevölkerung entschieden werden. Angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Saigoner Bereich, der damit sich verstärkenden Korruption und terroristischen Unterdrückung und dem schnellen Anwachsen der Desertationsraten im Militär schien Thieu nun das Leopardenfell nicht mehr zu seinen Gunsten nutzbar zu sein. Sein sozialer Rückhalt zerbröckelte zusehends zwischen den Flecken des Leopardenfells und die Gegenaktionen der Befreiungskräfte gewannen an Stärke und Gefährlichkeit. Thieu gab — anscheinend ohne Washington noch einmal zu konsultieren — den Befehl zum Rückzug aus Teilen des Hochlandes und aus Quang Tri, aus Provinzen also, die ohnehin nur noch partiell unter seiner Kontrolle waren. Die als planmäßige Absetzbewegung gedachte Operation geriet zwischen den Flecken des Leoparden jedoch zu panischer Flucht und zur Auflösung vieler militärischer Einheiten.

Das Ausmaß des Zusammenbruchs zeigt sich darin, daß offenbar nur beschränkt noch militärische Kämpfe stattgefunden haben. Unsere TV-Berichterstattung mußte sich deshalb wesentlich auf Flüchtlingsbilder und Verbal-Akrobatik von Kommentatoren beschränken. Die Befreiungsbewegung übernahm anscheinend vor allem Gebiete, in denen die militärische Kontrolle und die Administration Saigons aufgehört hatten zu existieren. Häufig konnte die FNL gar nicht so schnell übernehmen, wie der Zusammenbruch erfolgte, so daß Saigon später sogar Orte im Niemandsland wieder „zurückerobern" konnte. Aus der beabsichtigten begrenzten Frontbereinigung wurde so für Saigon der Verlust eines riesigen Gebietes, der soziale Zusammenbruch weiter Teile seiner Herrschaft und für die Befreiungsfront eine glänzende Bestätigung ihres politischen Rückhaltes in der Bevölkerung. Androhung und teilweise Praktizierung der Taktik der verbrannten Erde bewirkten trotzdem Flüchtlingsströme, und zwar nicht nur derer, die mit Saigon kollaboriert hatten und Träger von Korruption und

Terror gewesen waren, sondern auch derer, die Beschuß und Bombenangriffe durch die zurückgehende Saigoner Armee befürchteten.

Allerdings scheint sich keineswegs, wie es unsere Massenmedien suggerieren, ganz Südvietnam auf der Flucht zu befinden. Vielmehr spricht die PRG immer wieder von den erfolgreichen Erhebungen und Kämpfen der Bevölkerung, woraus zu schließen ist, daß ein großer Teil der Bevölkerung an Flucht gar nicht interessiert war. Die dringenden Anforderungen nach internationaler Hilfe durch die PRG weisen in die gleiche Richtung. Anscheinend haben viele auch die Gelegenheit benutzt, in ihre heimischen Gebiete zurückzukehren, was ihnen vorher durch Saigon verwehrt wurde. Der große Zuwachs an Bevölkerung und Ter-

Der Delegiertenrat des Sozialistischen Büros konstituierte sich

Die seit Ende 1973 eingeleitete Diskussion über die Organisierung der Arbeitsgruppe des SB in regionalen und arbeitsfeldbezogenen Strukturen hatte im Februar 1974 zur Bildung des Arbeitsausschusses geführt, der von der Arbeitsgruppe aus ihrer Mitte gewählt worden war. Hatten die Mitglieder des Arbeitsausschusses so bisher nur das Mandat der Arbeitsgruppe, waren also nicht in dieser Eigenschaft bestimmten arbeitenden Gruppierungen innerhalb des SB verantwortlich, so stellt nun die Bildung eines Delegiertenrates einen wesentlichen Schritt zur direkten Vertretung und Kooperation der einzelnen Strukturen des SB in einem gemeinsamen Gremium dar.

Der Delegiertenrat, der sich am 12./13. 4. 1975 in Sprendlingen bei Frankfurt konstituierte, besteht aus je zwei Vertretern der 12 Regionen, der Arbeitsfelder, der „links"- und der „express"-Redaktion, 5 Vertretern aus der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und den Mitgliedern des Arbeitsausschusses. Seine Funktion: Diskussion und Entscheidung über politische Aktionen des SB; Koordinierung übergreifender Arbeit regionaler Arbeitsgruppen, von Arbeitsfeldern und Projekten.

Freilich darf eines nicht übersehen werden: Regionen und Arbeitsfelder befinden sich gegenwärtig erst in mehr oder weniger fortgeschrittenen Phasen ihres eigenen Aufbaues. Die Berichte der Delegierten über die Situation in ihren Regionen und Arbeitsbereichen zeigten dies mit aller Deutlichkeit: Eine Fülle von Problemen der Kooperation und der Möglichkeiten politischer Arbeit sind vor Ort ungeklärt. Daraus jedoch die Schlußfolgerung abzuleiten, die Konstituierung des Delegiertenrates sei noch verfrüht, regionale Gruppenbildung müsse noch warten, bis die lokalen Gruppen sich entfaltet hätten, würde den Organisierungsprozeß in seiner wechselseitigen Bezogenheit von zentralen Initiativen zur Herstellung von Kommunikation und Vermittlung von Erfahrungen auf die Initiativen und Bedürfnissen, die aus praktischer politischer Arbeit erwachsen, verkennen.

Zur Herstellung von Verbindungslinien der Verständigung, der Aufhebung der Isolierung von Gruppen und Überwindung berufsspezifischer Verengungen der politischen Arbeit kann der Delegiertenrat viel beitragen und damit den Aufbau in den Arbeitsbereichen und des lokalen Zusammenhanges erleichtern und beschleunigen. Umgekehrt kann die Vermittlung von Erfahrungen am Ort, also den dort wirklich laufenden Prozessen, an die zentralen Gremien — nicht zuletzt an die Redaktionen der beiden Zeitungen — zu deren wirksamerer Orientierung auf die tatsächlichen Probleme konkreter sozialistischer Politik führen.

In diesem Sinne verstand sich der Delegiertenrat bei seinen Diskussionen auch nicht als die schon perfekte Vertretung aller Ansätze und Bemühungen im Arbeitsbereich des SB, sondern als ein Anfang zur Förderung und Koordinierung gemeinsamer Arbeit und Erfahrungen.

Auf der ersten Sitzung ging es mehr um Bestandsaufnahme und das Kennenlernen der Probleme der anderen. Weil allen die Fortführung der Diskussion an konkreten und brennenden Problemen so wichtig erschien, wurde bereits für den 31. Mai/1. Juni die nächste Sitzung vereinbart. Zentrales Thema soll die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des SB sein. Auf der übernächsten Sitzung (28./29. 6. 75) soll die Konzeption der Arbeitsfelder und die Fragen der publizistischen Strategie des SB diskutiert werden.

ritorium im Kontroll-Bereich der PRG stellt diese und Nord-Vietnam vor außerordentliche administrative und versorgungstechnische Aufgaben. Internationale Solidarität ist hier dringend gefordert.

In dieser Situation des sozialen Zusammenbruchs meldete sich auch die Opposition gegen Thieu wieder zu Wort; vorwiegend allerdings die massiv anti-kommunistischen Kräfte um die Anti-Korruptionsbewegung des Pater Tran Huu Thanh, die über Ky eine Verbindung zum Militär herzustellen suchte. Der Grund dafür, daß sie sich bisher nicht durchsetzen konnte, dürfte vor allem in der Konzeptionslosigkeit Washingtons zu sehen sein, das nicht entschlossen einen Mannschaftswechsel ansteuerte, sondern seiner eigenen Legende vom militärischen Angriff der Kommunisten folgend vorrangig auf militärische Stabilisierung drängte. Damit dürfte die Frage des Austausches der anti-kommunistischen Führungsmannschaften allerdings nicht abgeschlossen sein. Denn da eine militärische Intervention der USA trotz vieler wohl auf Verunsicherung der PRG und Hanois zielender Andeutungen in jüngster Zeit und der Forderung Fords nach einer Blanko-Vollmacht für den Einsatz der Ledernacken zur Rettung bedrohter Amerikaner und befreundeter Vietnamesen nicht sehr wahrscheinlich ist — Öffentlichkeit, starke Kapitalfraktionen und der Kongreß in den USA wollen diese Melodie der Militärs nicht mehr hören — werden CIA und US-Diplomatie einen Mannschaftswechsel ernsthaft ins Auge fassen müssen, um dann für einen angeblich ganz neuen Anfang mobilisieren zu können. Denn trotz aller mitleidigen Berichte über die Hilflosigkeit der Washingtoner Spitzenpolitiker ist keineswegs damit zu rechnen, daß Washington für Süd-Vietnam bereits das Handtuch geworfen hat. Die Verwirrung in der Administration weist eher auf die Unfähigkeit hin, soziale Analyse in politische Strategie einzubeziehen, als auf Resignation.

Obwohl spät, scheint es doch noch nicht zu spät für eine personelle Umstellung zu sein. Denn weder die Kämpfe um Gebietsarrondierung im Mekong-Delta, um die Kontrolle strategischer Punkte und Verbindungen (z. B. Xuan Loc in Bezug auf den großen Luftwaffenstützpunkt Bien Hoa) noch die schwerwiegenden Organisations- und Nachschubprobleme, die die PRG in den neu dazu gewonnenen Gebieten hat, machen die eindrucksvollen Zeichnungen von Umklammerungs- und Angriffspfeilen gegen Saigon — gleichermaßen heute von Laien- und Berufsstrategen auf dem Medienmarkt zuhauf angeboten — zu einem wahrscheinlichen Bild absehbarer vietnamesischer Zukunft. Vielmehr dürfte der PGR und Hanoi auch von der VR China und der UdSSR angeraten werden, sich streng an dem Pariser Abkommen zu orientieren. Das Angebot der Außenministerin der PRG, Madame Binh, mit einer Saigoner Regierung ohne Thieu, der das Pariser Abkommen systematisch sabotierte, über den Vollzug des Abkommens zu verhandeln, weist eher in die Richtung, die Probleme in Südvietnam nicht nur mit Feuer und Schwert, wie Leber meinte, sondern mit politischer Klugheit in Angriff zu nehmen.

In der Schlußfolgerung für die Agitation von Sozialisten in der BRD bezüglich der vietnamesischen Ereignisse bleiben die früher genannten Punkte („links" Febr. 75) bedeutsam. Schwergewicht muß gegenwärtig allerdings darauf liegen, in der Öffentlichkeit der Aggressionsthese der Rechten die Tatsache des sozialen Zusammenbruchs Saigons entgegenzusetzen, den Alt-Neu-Antikommunisten Leber und Co. ihre Metzelsuppe zu versalzen und die PRG materiell und durch Forderung nach ihrer Anerkennung durch die BRD zu unterstützen. Wenn dann noch Zeit bleibt, könnte man Frau Renger fragen, warum sie nur von dem Elend von Flüchtlingen bewegt wird, aber nicht von dem grauenvollen Leben und Sterben von etwa 200 000 politischen Gefangenen in Thieus Tigerkäfigen und Gefängnissen.

ANDREAS BURO, GÜNTER DILL

Brigitte Heinrich ist frei — aber

Die Kampagne für die Freilassung von Brigitte Heinrich kam nur mühsam in Gang. Informationen standen zunächst nur verstreut zur Verfügung, die Erwartung baldiger Entlassung wie bei vielen anderen, die bei der Aktion Winterreise festgenommen worden waren, hemmte Engagement mit weiterreichender Perspektive. Die allgemeine Angst, man könne in die Schußlinie von Berufsverbotspezialisten gelangen, lähmte darüber hinaus. Erst nach einigen Monaten verstanden immer mehr, daß hier an einer Genossin die Möglichkeiten staatlicher Institutionen, ihre politischen Gegner zu bekämpfen und zu zerbrechen, exemplarisch durchexerziert wurden. Skandalöse Einzelheiten der Isolierhaft, zynische Äußerungen von Beamten des BKA und die Mißachtung der Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren verbreiteten nicht nur Empörung bei Linken, sondern auch im liberalen Bereich. Initiativen für die Organisierung des Protestes kamen nicht nur in Frankfurt, sondern auch an anderen Orten in Gang und kumulierten im April zu eindrucksvollem Engagement, in dem sich zumindest tendenziell auch die verschiedensten linken Gruppierungen wieder zur Kooperation zusammenfanden.

Freilich war es schwer, die Massenmedien für den Fall Heinrich zu mobilisieren. Selbst die noch liberalen Zeitungen waren durch law and order-Parolen aller vier großen Parteien verschreckt und wagten nur schüchtern, die Schneckenfühler wieder auszufahren. Trotzdem war zu Beginn des Sommersemesters nicht mehr zu übersehen, daß aus dem Fall Heinrich ein Fall Bundeskriminalamt und Bundesgerichtshof zu werden drohte. Angesichts eines möglichen Wiederaufbrechens einer früheren schweren Erkrankung von Brigitte durch die Haftbedingungen, wählte unter diesen Vorzeichen der BGH eine Politik der Entspannung auf Zeit. Er setzte den Haftbefehl außer Vollzug. Er hat damit die Möglichkeit, ganz nach Belieben den Vollzug wieder anzuordnen und entgeht damit gleichzeitig einer Überprüfung der rechtlichen Haltbarkeit der Verhaftungsgründe. Der nächste Schritt muß deshalb sein, die rechtliche Überprüfung und Aufhebung des Haftbefhls gegen Brigitte Heinrich durchzusetzen. Durchzusetzen ist aber auch, daß die Kriminalisierung durch die Untersuchungshaft von den Behörden nicht gleich unter der Hand zu einem Berufsverbot umgewandelt wird. Darüberhinaus aber muß die Praxis der Kriminalbehörden, der Staatsanwaltschaft und der Ermittlungsrichter in Bezug auf die Tendenzen zur Verselbständigung politischer Justiz in das öffentliche Blickfeld gerückt werden.

Zwei Wochen Roter Punkt in Hannover

Dieser Bericht soll keine grundlegende Analyse der Auseinandersetzungen um die Fahrpreiserhöhungen und die Abschaffung des „Einheitstarifs" im Großraum Hannover sein. Er stellt lediglich fragmentarisch den Verlauf der Demonstrationen seit dem 1. April und einige Begleiterscheinungen dar.

Die Demonstrationen dieses Jahres stehen — gewollt oder nicht gewollt — in der Tradition der erfolgreichen „Rote-Punkt"-Aktionen des Jahres 1969. Damals gelang es, nicht nur das öffentliche Nahverkehrsnetz entscheidend zu blokkieren, sondern auch ein alternatives Verkehrssystem durch Mitfahrgelegenheiten in privaten Roter-Punkt-Fahrzeugen zu organisieren. Die aktive Solidarität der hannoverschen Bevölkerung, vor allem aus den Betrieben, mit den Demonstranten führte zum Rückzug der eingesetzten Polizeikräfte, zur Rücknahme der Fahrpreiserhöhung und zur Einführung des Einheitstarifs. Zumindest die Aktionsgruppe „Roter Punkt", der ca. 50 Organisationen — darunter die Asten der hannoverschen Hochschulen mit Ausnahme der medizinischen Hochschule, die DKP und ihr nahestehende Organisationen, die Deutschen Jungdemokraten Stadt und Land sowie mehrere „Fahrpreiskomitees" — angehören, versucht, bewußt an diese Tradition anzuknüpfen. Außerdem nehmen an den Demonstrationen die KBW-Ortsgruppe, die KB-Ortsgruppe sowie hauptsächlich von verschiedenen K-Gruppen geführte „Komitees" teil. In den letzten Tagen schlossen sich die SJD, Die Falken, und eine Jugendgruppe der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen den Demonstranten an. Die von diesen Gruppen gemeinsam (!) vertretenen Forderungen lauten: 1. keine Fahrpreiserhöhungen; 2. Hände weg vom Einheitstarif; 3. Nahverkehrsabgabe für Großbetriebe und Warenhäuser.

Die 69er Erfahrungen mit dem Roten Punkt scheinen — zusammen mit den Frankfurter Ereignissen des letzten Jahres — verantwortlich zu sein für ein Polizeiaufgebot von weit über 1000 Beamten aus ganz Niedersachsen. Bei einer Teilnehmerzahl von 2000 bis 8000 Demonstranten an den einzelnen Tagen, zeigen die Demonstrationen zeitweise das Bild von „Gefangenentransporten". Die Ketten von Polizeibeamten, die die Demonstrationen durch Hannovers Innenstadt begleiten, erfüllen dabei gleich mehrere Aufgaben: Demonstranten und Passanten werden „fein säuberlich" voneinander getrennt und, wie es wiederholt beobachtet wurde, Einreihungsversuche der Bevölkerung durch Beamte verhindert. Stellt das Polizeiaufgebot an sich schon eine Provokation dar, so reißt — eigenartigerweise — des öfteren ausgerechnet dann eine Polizeikette ab und gibt den vorher auf eine Straßenhälfte zusammengedrängten Demonstrationszug den Weg auf die Straßenbahngleise frei, wenn sich massive Einsatzreserven in unmittelbarer Nähe befinden.

Demonstranten, die auf diese Provokationen eingehen — wie sie einige K-Gruppen manchmal allerdings auch suchen — sehen sich unversehens brutalen Einsätzen konfrontiert. Inwieweit in den Demonstrationszug eingeschleuste und inzwischen teilweise enttarnte Zivilbeamte bei den Auseinandersetzungen „nachgeholfen" haben, läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Am 3. 4. galoppierte eine Einheit der berittenen Polizei in den Demonstrationszug und knüppelte die Straße frei. Am 5. 4. wurden zum ersten Mal Wasserwerfer eingesetzt. Sie verspritzten mit Tränengas durchsetztes Wasser. Zum ersten Mal eingesetzt wurde am 5. 4. auch die heimtückischste der bisher verwendeten Polizeiwaf-

fen, die „Chemische Keule". Diese Art Tränengas-Sprühdose, juristisch nicht als „Waffe" sondern als „gefährliches Werkzeug" definiert (BGH 1953 über Tränengaswaffen), wird seit dem 5. 4. fortlaufend bei vermeintlich kritischen Situationen eingesetzt. Der verspritzte Wirkstoff führt augenblicklich zu stärksten Seh- und Atembeschwerden. Bei „Nahschüssen" (aus weniger als 3 m Abstand) kann es zu bleibenden Augenschäden wie Hornhauttrübungen kommen.

Als „Öffentlichkeitsarbeit der Polizei" bezeichnete Hannovers Polizeipräsident Boge folgende Lautsprecher-Kommentare zu Polizei-Einsätzen. Beim Wasserwerfereinsatz: „Hannoveraner, seht euch diese Demonstranten an. Sie gehen rückwärts wie die Krebse." Und nach Tränengaseinsatz: „Hannoveraner, sehen sie sich diese Demonstranten an: sie tragen Gesichtstücher. Wer ein ehrliches Gesicht hat, braucht sein Gesicht nicht zu verstecken." Ähnliche „Qualität" haben die Angriffe auf den Sprecher der Aktionsgruppe Roter Punkt, den Hannoveraner Kabarettisten Dietrich Kittner, dem ein Polizeioffizier über Lautsprecher entgegnete: „Herr Kittner, vor drei Jahren waren sie noch ein Mensch. Heute sind sie nur noch Demonstrant." (Auch Demonstrant Kittner machte übrigens Bekanntschaft mit der „Chemischen Keule".)

Beste Unterstützung findet die „Öffentlichkeitsarbeit" der Polizei in Teilen der örtlichen Presse. „Hannoversche Allgemeine Zeitung" und „BILD Hannover" basteln an einer Schein-Wirklichkeit, indem sie ihre Berichterstattung über die Aktionen mehr oder minder geschickt verkürzen. Um Neutralität bemüht zeigen sich die Neue Hannoversche Presse (NHP) und der Norddeutsche Rundfunk (NDR). Dabei sieht sich Letzterer allerdings massiven Repressionsversuchen der niedersächsischen CDU ausgesetzt: Gemäß dem anscheinend bundesweiten Con-Konzept, mißliebige Berichterstattung durch Drohungen zu unterdrücken, warf der Landtagsabgeordnete und niedersächsische CDU-Generalsekretär Dieter Haaßengier dem NDR vor, durch ein Interview mit Kittner der „Rote-Punkt"-Aktion Gelegenheit gegeben zu haben, „die Ziele der Aktion zu propagieren und Strategien zu ihrer Durchführung zu verbreiten". Es könne nicht Aufgabe einer öffentlich-rechtlichen Anstalt wie des NDR sein, „ein Sprachrohr für die Propaganda für Verfassungsfeinde zu sein". Diese reaktionäre Politik geht auch aus einem Fernschreiben der CDU-Landtagsfraktion hervor, in dem sie der Polizei für ihren Einsatz „bei der kommunistisch gelenkten ‚Rote-Punkt-Aktion' ausdrücklich ihren Dank" übermittelt.

Bei soviel Kommunisten-Hetze ist es wenig verwunderlich, wenn sich DGB und SPD gegenseitig in der Distanzierung von den „Rote-Punkt"-Demonstrationen zu übertreffen versuchen. Nachdem der Ortsverwaltungsvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sich am 8. April mit den Forderungen der „Rote-Punkt"-Aktion solidarisierte und seine Mitglieder aufforderte, „sich den Rote-Punkt-Bewegungen anzuschließen", beeilte sich der Landesbezirk der HBV, sich von diesem Vorgehen zu distanzieren. HBV-Landesleiter Ulrich Pagelsdorf (SPD) erklärte laut NHP vom 10. 4.: „Das ist nicht im Sinne des Landesbezirks der HBV. Unserer Ansicht nach verstößt die Solidarität des HBV-Ortsverwaltungsvorstandes mit dem Roten Punkt gegen das Solidaritätsprinzip im DGB." Auch die hannoverschen Jungsozialisten, die in einer Presseerklärung feststellten, die Polizeieinsätze erweckten den „Eindruck polizeistaatlicher Maßnahmen", und zur Unterstützung der „Rote-Punkt"-Demonstrationen aufriefen, wurden dafür prompt vom Unterbezirksvorstand gebügelt. Eilends wurde zum 8. 4. eine Sondersitzung des UB-Vorstands einberufen — nachdem kurz vorher eine Sitzung mangels aktueller Tagesordnungspunkte abgesetzt worden war — um sich nach dreistündiger Diskussion von der „einseitigen und tendenziösen" Juso-Erklärung zu distanzieren. Gleichzeitig wurden den verantwortlichen Jusos Parteiordnungsverfahren angedroht. Kein Ordnungsverfahren haben sicherlich der Ex-Juso-Bezirksvorsitzende und jetzige Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg und SPD-Ratsfraktionschef Walter Heinemann zu fürchten. Sie erklärten am 7. 4. gegenüber der NHP: „Der Einsatz der Polizei war in Ordnung. Wir haben an der ‚Chemischen Keule' nichts auszusetzen. Wer demonstriert und sich zu Ausschreitungen hinreißen läßt, muß mit so etwas rechnen."

Es ist anzunehmen, daß diese Meinung der SPD-Ratsspitzen von einem Großteil der Passanten, die Tag für Tag den Demonstrationen am Rande der Straßen folgen, nicht geteilt wird. Sicher scheint — nach ad-hoc-Befragungen eben dieser Passanten —, daß etwa 80 Prozent der Befragten den Zielen der Demonstrationen positiv gegenüberstehen.

Die Zahl der Solidaritätsadressen von Vertrauensleutekörpern, Betriebsräten und Jugendvertretungen wächst. Die aktive Solidarisierung der hannoverschen Bevölkerung hat (noch?) nicht eingesetzt. Aber wo hat es das in der BRD bisher gegeben, daß seit nahezu 14 Tagen täglich Demonstrationen mehrerer tausend Menschen stattfinden?! Wie es heute, gegen Ende der zweiten Demonstrationswoche, aussieht, werden die Aktionen auch in der kommenden Woche — dem Beginn der Hannover-Messe — fortgesetzt.

DETLEF ENDEWARD,
KLAUS-PETER THIELE
SB-INITIATIVE HANNOVER

VW entläßt — Kollegen, ihr seid zu teuer!

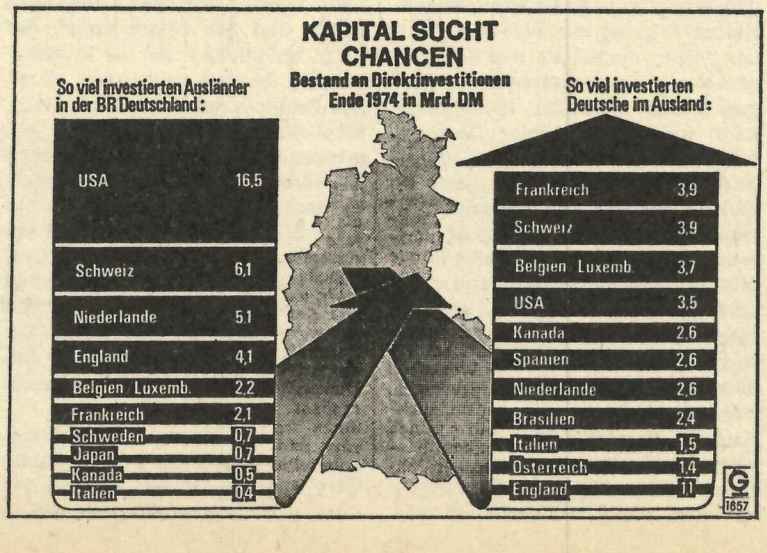
Der Slogan erweist sich als falsch: VW läuft und läuft und läuft — nicht mehr. Nachdem bereits in der Vergangenheit der Personalbestand um ca. 25 000 abgebaut worden ist, soll er nun um weitere 20 000 Mitarbeiter vermindert werden. Weil die CDU damals VW reprivatisiert habe, so der Bundeskanzler, könne Bonn nicht stärker in die Entwicklung von VW eingreifen, man habe schon die Auswechslung des Managements betrieben, das Fehler gemacht habe. Solche Erkenntnisse führen freilich nicht weit. Sie sollen den Arbeitern, die um ihren Arbeitsplatz fürchten und auf die Straße gesetzt werden, weismachen, die Nordhoffs bis Leidings wären durch menschliches Versagen Schuld an der Misere. Ach, ja! Wir alle sind Menschen mit unseren Fehlern — und damit wäre der Fall aus der Abteilung Politik abgeschoben.

Richtig ist dagegen, daß der nach wie vor auch zwischen den größten multinationalen Konzernen tobende Konkurrenzkampf dazu führt, daß in der Krise modernste Produktionsmittel ausgeschaltet werden, und zwar nicht etwa, weil genügend billige Autos für jedermann verfügbar sind, sondern um dadurch die Profitabilität des Kapitals zu erhöhen. Werden die Produktionsmittel abgebaut, fliegen natürlich auch die Kollegen raus. Sie tragen also kräftig am Unternehmerrisiko mit.

Richtig ist aber auch, daß diese Politik jenseits der akuten kapitalistischen Krise eine Folge der Kapitalexportpolitik der Unternehmen ist. Da in Brasilien und anderswo die Arbeitskräfte billiger sind, wird eben dort gebaut und produziert, aber nicht mehr hier. Kollegen, ihr seid zu teuer! Deshalb baut VW in Niedriglohnländern und ihr fliegt raus. Jetzt wißt ihr, was Kapitalexport und imperialistische Politik da ganz weit draußen mit euch zu tun haben! An euren Schwierigkeiten sind aber nicht etwa eure Kollegen in Brasilien, Nigeria oder sonstwo schuld. Sie nehmen euch nichts weg, sondern das Kapital spielt die Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten gegeneinander aus, um so die niedrigsten Arbeitslöhne für die Verbilligung der Produktionskosten zu nutzen und die Löhne insgesamt zu drücken: denn wie hart wird noch um Loherhöhungen gekämpft, wenn 20 000 Entlassungen ins Haus stehen?

Richtig ist ferner: hier geht es nicht um eine große und volkswirtschaftlich zu rechtfertigende Umstrukturierung der Verkehrspolitik, die uns allen zugute käme. Das Gegenteil ist der Fall! Die Nah- und Massenverkehrsprojekte, die dem Chaos auf den Straßen zu Leibe rücken sollten, sind weitgehend eingefroren worden. Das Privatauto als Motor der Kapitalverwertung und der Konjunktur bleibt weiter unter Denkmalschutz.

So werden unsere Lebensbedingungen und auch die Arbeitsplätze gleichermaßen einer Profitabilität geopfert (s. auch das beigelegte express-plakat zum 1. Mai), die das Kapital stärkt, um in Zukunft noch rücksichtsloser seine Verwertungsinteressen auf unseren Rücken durchzusetzen. HEINZ HAUSER



GEW auf Gleichschaltungskurs

Anfang 1973, als sozialdemokratische Reformträume noch in Blüte standen, gab sich der Sozialdemokrat und 1. Vorsitzende der GEW, Frister, noch links. Flugs hatte er „etwa 600 Personen in der Bundesrepublik „ausgemacht", in deren Händen die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, die Banken, die Publizistik und die von den Schaltstellen der Wirtschaft abhängige Politik(!) konzentriert ist". „Keine Neutralität im ständigen Konflikt zwischen Kapital und Arbeit", hieß die Parole und folglich war es nur selbstverständlich, daß „junge Sozialisten und ihre Sympathisanten" in der GEW „eine gewerkschaftliche Heimat finden und behalten" sollten "Frister in: Erziehung u. Wissenschaft, 3/73).

In dem Maße jedoch, wie die ökonomische Krise die materielle Basis von Reform- und Sozialstaatsillusionen zunehmend beschnitt und die Legitimationsfunktion solcher Ideologien gefährdete, verstärkten sich die Bemühungen, „die jungen Linken und die, die sich mit ihnen solidarisieren" (Frister, a.a.O.) aus der neuen Heimat möglichst schnell wieder zu vertreiben. „Die jungen engagierten Mitglieder" und ihre Mitstreiter werden nun vom sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer als „Systemüberwinder", „Sperrmüll der Studentenbewegung", „Ultralinke", „Extremisten" und „Volksfrontgefährten" (Frister, EuW, 2/75) diffamiert. Wen wundert's, ist doch selbst bei den Jusos mittlerweile das Aussprechen des simplen Tatbestands, daß im Kapitalismus die Handlungsfähigkeit staatlicher Institutionen im Verwertungsbedürfnis des Kapitals ihre Schranke findet, zum parteischädigenden Verhalten deklariert worden.

„In dem Moment, in dem gewerkschaftliche Forderungen an die vom Kapital gezogenen Grenzen der Toleranz stoßen, ist für die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung der Punkt erreicht, wo sie gegen all diejenigen vorgeht, die nicht bereit sind, diese Grenzen als unabänderlich hinzunehmen" (SLB-Autorenkollektiv, SLB info 18, S. 17; express 6/74, S. 10).

Das politische Problem soll — wie anders? — auf organisatorischem Wege gelöst werden. Dazu dienen u. a.: a) die Zentralisierung von Entscheidungskompetenzen bei Hauptvorstand und Hauptausschuß (HV und HA),

b) die Änderung der Wahlordnung für Direktwahlen,

c) die Deklassierung der Studenten zu Gewerkschaftsmitgliedern 2. Klasse.

Die GEW war und ist „ein Zwitter von Gewerkschaft und Interessenverband" (Krabbe, betrifft: erziehung 3/75, S. 54). Vor allem die Vollversammlung (VV) 1971 in Kiel hatte sich bemüht, in der GEW die Gewichtung zwischen lobbyistischer Verbandspolitik und gewerkschaftlicher Orientierung zugunsten der letzteren zu verschieben. Sie forderte dazu u. a. eine grundlegende Reform der Organisation. Eine Reformkommission wurde eingesetzt und diese erarbeitete umfangreiche Vorschläge für eine Satzungsänderung und legte das Ergebnis ihrer Arbeit der VV 74 in Mainz als Satzungsentwurf vor. Grundprinzip der Kommissionsarbeit war dabei: mehr Zentralisierung nur verbunden mit mehr Demokratisierung, d. h. die zur Erhöhung der Schlagkraft der GEW notwendige Stärkung der Bundesorgane sollte begleitet werden von einer Erweiterung der demokratischen Kontrolle der Vorstände und dem Ausbau und der Aktivierung von Basisgliederungen. Doch solche Vorschläge paßten 1974 schon nicht mehr in die veränderte gewerkschaftspolitische Landschaft, das Papier der Reformkommission blieb Makulatur. Die VV in Mainz, so Tilman Westphalen, Mitglied der Reformkommission, „nahm sich unter Meinungsführung des Vorsitzenden und der Hauptausschußmehrheit nicht einmal die Zeit, den Bericht der Reformkommission auch nur anzuhören, geschweige denn zu diskutieren und die im Bericht vorgeschlagene völlig neue Satzung überhaupt in die Debatte einzubeziehen" (b:e, 8/74, S. 39 f.).

Was dann auf Betreiben von HV- und HA-Mehrheit in Mainz bzw. — weil dort noch nicht alles geklappt hatte — während der a.o.VV Anfang März 75 in Köln durchgeboxt wurde, interpretierte der stellvertretende Vorsitzende der GEW und Vorsitzende der Reformkommission Helmut Lohmann als „Abrutschen aus der rechtsstaatlichen Demokratie" (EuW, 3/75) in der GEW und trat deshalb zurück. Während sich die GEW nach außen in Hinblick auf die staatliche Berufsverbotspraxis verbal als Hüterin der Rechtsstaatlichkeit gebärdet und u. a. darauf beharrt, daß der Vorwurf der Verfassungswidrigkeit „sich auf konkrete und bestimmte nachweisbare Tatsachen oder Handlungen gründen" muß (Erklärung zur Rechtsstaatlichkeit Herbst 71), hat sie sich organisationsintern die Sache mit den sogenannten Gewerkschaftsschädlingen leichter gemacht. (Schließlich kann man auch in der Gewerkschaft nicht immer mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.) Um aus der Gewerkschaft rauszufliegen (oder gar nicht erst reinzukommen) muß man sich nicht erst gewerkschaftsschädigend oder satzungswidrig verhalten, es genügt vielmehr der Verdacht, daß man es tun könnte, weil man bestimmten Organisationen angehört oder anscheinend mit deren politischen Vorstellungen sympathisiert. Und damit der Organisation durch umständliche Schiedsverfahren nicht zuviel Zeit und Geld verloren gehen, entlastete man die gerade erst gegründeten Schiedskommissionen in diesem Punkt schnell wieder von ihrer Aufgabe; über die Unvereinbarkeit befindet nun direkt der HV. Das Verfahren ist sicherlich nicht ungeeignet, zu einer Synchronisation von staatlicher und gewerkschaftlicher Rauswurfpraxis beizutragen.

Weil die „inhumanen Kommunisten" gemeinsam mit den „nützlichen Idioten" aus dem Kreis der „Volksfront-Sozialdemokraten" und „Linkssozialistischen Gruppen" (Frister) alle politisch besonnenen und vernünftig denkenden GEW-Mitglieder aus den Mitgliederversammlungen vergrault haben, soll nun eine neue Wahlordnung (WO) wieder für „etwas mehr Demokratie" auf unterer Organisationsebene sorgen. Und zwar dadurch, daß jedem Mitglied die Möglichkeit eröffnet wird, bei anstehenden Wahlen mitzuwählen, gleichgültig ob es je auf Mitgliederversammlungen (MV) oder der betreffenden Wahlversammlung erscheint. Einmal abgesehen davon, daß die WO offensichtlich wohl doch zu schnell und flüchtig zusammengeschrieben wurde, da sie in sich widersprüchlich (§§ 2, 3 und 5!) und praktisch kaum umzusetzen ist, wird sie immerhin den Effekt haben, gewerkschaftliche Entscheidungsfindungsprozesse auf den Charakter blinder Marktmechanismen zu reduzieren. Entscheidungen, die auf diese Weise zustandekommen, sind nicht mehr Ergebnis einer kollektiven Willensbildung, die sich im Prozeß rationaler Diskussion auf den MVs vollzieht, wo es auf die Qualität der Interessen und die Vernünftigkeit der Motive ankommt. Sie sind nur noch Resultate eines blinden Aggregationsprozesses vieler voneinander unabhängiger Einzelentscheidungen. Diese WO ermöglicht nicht mehr Demokratie. Ihre Funktion liegt darin, unerwünschte Forderungen der Basis leichter abzublocken und dazu ein Ritual zur vorgängigen Legitimation inhaltlicher Entscheidungen der verselbständigten gewerkschaftlichen Führungsspitze zu installieren.

Obwohl im Verlauf der unter beeindruckendem Polizeischutz tagenden a.o. VV in Köln noch schnell ein Passus in die neue Satzung (§ 7 Abs. 1 und 4) eingebaut wurde, der die Landesverbände und alle Gliederungen der GEW unmittelbar an die Bundessatzung binden sollte, war damit das Problem noch nicht vom Tisch. Möglicherweise brach sich — beschleunigt durch einige Gerichtsverfahren — die alte Erkenntnis wieder Bahn (vgl. Frister in b:e 7/74, S. 7), daß die GEW bisher ein Kartell von elf selbständigen Landesverbänden war, und daher wohl oder übel die Ochsentour der von den jeweiligen LandesVVs zu beschließenden Anpassung der einzelnen Landessatzungen zu durchlaufen war.

Bereits eine Woche nach der a.o. Bundes-VV fand die erste Landes-VV zu diesem Zweck für den Bereich des Landesverbandes NW in Essen statt (16. 3. 75). Es soll hier kurz auf die Strategie eingegangen werden, wie die Gewerkschaftsführung die notwendige Zustimmung der Delegierten zu erreichen suchte, zumal zu erwarten steht, daß sich auch bei den anderen Landes-VVs die Dinge ähnlich abspielen werden. Schon bei der Ausschreibung der a.o. LandesVV (vgl. neue deutsche Schule 1/75, S. 5) versuchte der Landesvorstand unter Gisbert Gemein den ersten Trick: obwohl entsprechend der zu dem Zeitpunkt gültigen Landessatzung NW die Studenten noch ordentliche Mitglieder waren, sollten die studentischen Delegierten nicht mehr eingeladen werden, so, als seien die Satzungsänderungen, die die VV erst beschließen sollte, bereits in Kraft. Der Coup ging allerdings daneben, die Studenten mußten doch eingeladen werden. Ausgeschrieben war die a.o. VV in Essen zur „Ziehung der Konsequenzen aus den satzungsändernden Beschlüssen des GEW-Kongresses 1974 in Mainz" (nds 1/75, S. 4). Die in Mainz beschlossene Satzung des GEW-Bunds aber war gerade eine Woche vorher in Köln in wesentlichen Punkten wieder geändert worden, so daß die Delegierten in Essen — Ausschreibung hin, Ausschreibung her — die Landessatzung NW jetzt natürlich gleich an die nunmehr neueste Form der Bundessatzung anzupassen hatten. Die kannte bloß noch keiner. Aber da ohnehin jeder wußte, was der eigentliche Zweck der ganzen Übung war, brauchte man verständlicherweise in solch formalen Angelegenheiten nicht mehr ganz so pingelig zu sein. Fairerweise soll jedoch zugestanden werden, daß die neue Bundessatzung zu Kongreßbeginn verteilt wurde, so daß zumindest die Delegierten, die sich um den Verlauf der VV eine zeitlang nicht mehr scherten und erst einmal die Bundessatzung studierten, am Ende sogar wußten, an was denn nun eigentlich die Landessatzung angepaßt worden war.

Dem Landesvorstand war bereits bekannt, daß die Linken nicht geschlossen stimmen würden. Denn obwohl der HA am 1. 2. 75 verkündet hatte, daß nunmehr auch die DKP im Bedarfsfalle unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse fallen sollte, hatte diese sich entschlossen, zu demonstrieren, daß DKP-Genossen keine „Wölfe im Schafspelz" sind, sondern daß Pelz und Tierchen eine durchaus harmonische Einheit bilden. War also klar, daß die DKP-Mitglieder, ihrer Parteilinie folgend, der jeweiligen Gewerkschaftsspitze bis zum eigenen Untergang die Treue halten würden, so befürchtete man in der Organisationsspitze offensichtlich dennoch, daß eine Sperrminorität zustandekommen könne. Folglich versuchte man allen potentiellen Nein-Sagern von Anfang an recht plastisch klarzumachen, was für den Fall drohe, daß die Landessatzung nicht ohne wenn und aber angeglichen werde. Dann, so hieß es, werde der Landesverband NW sofort aus der GEW-Bund ausge-

schlossen. Einen Tag nach der VV tage der Vorstand des DGB-Landesbezirks, und der werde den störrischen GEW-Landesverband gleichfalls feuern. Eine von „aufrechten Gewerkschaftern“ geplante Gegengründung könne mit finanzieller Unterstützung und sofortiger Anerkennung durch GEW-Bund und DGB rechnen. Außerdem werde man namentlich abstimmen lassen, damit auch ganz klar sei, wer wo stehe.

Es kann hier nicht die politische, rechtliche, organisationstechnische usw. Problematik solcher Strategiepläne erörtert, sondern nur einfach festgestellt werden, daß die Flüsterpropaganda die gewünschte Wirkung hatte. In welcher Stimmung sich diejenigen befanden, die —aus welchen Gründen auch immer — mit Inhalt und Form des Angleichungsverfahrens nicht einverstanden waren, kam darin zum Ausdruck, daß dreimal an den Landes- und an den ebenfalls anwesenden Bundesvorsitzenden offiziell die Anfrage gerichtet wurde, ob tatsächlich beabsichtigt sei, diejenigen, die der Satzungsänderung nicht zustimmen würden, aus der GEW zu werfen. Die großzügige Versicherung, daß selbstverständlich nicht beabsichtigt sei, die Meinungs- und Entscheidungsfreiheit der Delegierten in irgendeiner Weise einzuschränken, wurde bezeichnenderweise erst nach der dritten Anfrage abgegeben, als durch Diskussionsverlauf und Vorabstimmungen die Mehrheitsverhältnisse bereits klar zu überblicken waren.

Die Einschüchterung der Linken hatte auch dadurch nichts an Wirkung eingebüßt, daß der Landesvorsitzende Gemein, der in einem längeren Einführungsreferat in altbewährter Manier noch einmal kräftig auf alles, was links von ihm steht, hatte einschlagen wollen, (vom Ex-Vorsitzenden Klose) zurückgepfiffen und veranlaßt worden war, sein Papier radikal zu kürzen und auf friedlich zu trimmen. Dabei mag wohl die Überlegung eine Rolle gespielt haben, daß ein solches Vorgehen des nicht nur bei Linken unbeliebten Gemein höchstens unerwünschte Solidarisierungseffekte hätten hervorrufen können.

Die entscheidende Abstimmung ging dann um den vom Landesvorstand vorgeschlagenen Vorspann zur neuen Satzung, in dem die unmittelbare Wirksamkeit der GEW-Bundessatzung in ihrer jeweiligen Form für alle Mitglieder und Organe des Landesverbandes NW festgeschrieben wurde.

Bei 338 anwesenden stimmberechtigten Delegierten und einer dementsprechenden zur Satzungsänderung notwendigen Zweidrittelmehrheit von 226 Stimmen, stimmten 244 Delegierte für die Anpassung, 40 stimmten dagegen, 20 enthielten sich und 52 Delegierte hatten „rechtzeitig“ still und leise den Saal verlassen und sich so vor der Entscheidung gedrückt. Nach der Abstimmung zu dieser Generalklausel war der Rest nur noch absurdes Theater. Die VV änderte schließlich am gesamten vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsentwurf ein einziges Wort (Sprecher in Vorsitzender). Und als in einem Punkt im ersten Anlauf keine satzungsändernde Zweidrittelmehrheit zustandekommen wollte, ließ man eben schnell noch einmal abstimmen mit dem Argument, es seien nicht alle Delegierten im Saal gewesen.

Da davon ausgegangen werden muß, daß auch in den anderen Landesverbänden keine qualitativ anderen Entscheidungen zustandekommen werden, läßt sich feststellen: Soweit sich die GEW überhaupt aufgrund der gegebenen Arbeitssituation und Bewußtseinsstrukturen ihrer Mitglieder (mangelnde Kollektivität der Arbeit, fehlende Tarifautonomie, Kleinbürgerbewußtsein, vgl. Krabbe a.a.O.) vom berufsständischen Interessenverband zur Gewerkschaft hin entwickeln kann, vollzieht sich diese Entwicklung eindeutig in Richtung auf eine rechtssozialdemokratische Richtungsgewerkschaft. Heißt das für Sozialisten in der GEW, nun auszutreten oder den Rauswurf bewußt zu provozieren? Keineswegs, aber in jedem Fall — soweit noch nicht geschehen — den endgültigen Abschied von der Illusion, man könne diese Organisation auf dem langen Marsch durch die Gremien, Pöstchen für Pöstchen erobernd, langfristig für den Klassenkampf instrumentalisieren. Die Fixierung auf gewerkschaftliche Gremienpolitik sollte möglichst schnell ein Ende finden. Die Aussage von Frister, daß die im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften keine Klassenorganisationen der Arbeiterklasse sind (EuW, 2/75), läßt sich zur Zeit wohl kaum bestreiten. Wenn sie es eines Tages wieder (?) werden sollten, dann sicherlich nicht durch den simplen Austausch ihrer Funktionäre. Die GEW bleibt für die Sozialisten, die in ihr organisiert sind, weiterhin Agitationsebene und Rekrutierungsfeld. Funktionsstellen sollten nur übernommen werden, wenn sie auch tatsächlich durch eine breite Zustimmung der jeweiligen Basis abgesichert sind. Das Bestreben, sich diese erst im nachhinein schaffen zu wollen und sich bis dahin auf kaum kalkulierbare Koalitionen zu stützen, führt meistens bald zu der Alternative, sich anzupassen oder Rückgrat zu beweisen und dann aufgrund fehlender Absicherung rauszufliegen.

Im Kampf gegen eine weitere Verschlechterung der Ausbildungsbedingung scheint gegenwärtig die Aktivierung der unmittelbar Betroffenen (Schüler, Eltern) eher Erfolgsaussichten zu bieten als das sisyphushafte Bemühen um eine Organisation, die sich mehrheitlich als „Erfüllungsgehilfe und Ordnungsfaktor reformkapitalistischer Politik“ versteht (SLB-Redaktion, SLB-Info 20, S. 4). Die momentane Entwicklung in der GEW hat jedoch mög'icherweise den positiven Effekt, die Erkenntnisse zu befördern, wie dringend erforderlich neben der GEW-Arbeit ein Zusammenschluß von Sozialisten außerhalb dieser Organisation ist.

DIETER CLAUSS

„Hits und Antihits“ Aufruf zur Beteiligung

Über die Pfingstfeiertage findet in Mainz ein großes Liedermachertreffen unter dem Motto „Hits und Antihits“ statt. Die Veranstaltung wird vom Stadtjugendamt Mainz in Zusammenarbeit mit ehemaligen Veranstaltern des Festivals in Ingelheim getragen. (In Ingelheim soll dieses Jahr das Folkloretreffen stattfinden, während das politische Lied in Mainz seinen Ort finden soll.) Es werden ebenso große Songveranstaltungen (die Liste der Eingeladenen reicht von Udo Jürgens bis Franz-Josef Degenhardt, von Katja Ebstein bis Ton, Steine, Scherben) wie themenbezogene Workshops abgehalten.

Ein Arbeitsfeld Medien im SB gibt es noch nicht. Eine solche Veranstaltung ergäbe die Möglichkeit, ausgehend von den Erfahrungen, die wir als ihre Teilnehmer, Zuhörer, Workshopmitarbeiter machen, ein solches Arbeitsfeld zu konstituieren. Jedenfalls, was Liedermacher, Musikkollektive, Straßentheater, Mitarbeiter in Medienanstalten etc. betrifft.

Außerdem ergibt sich hier eine Möglichkeit — wahrscheinlich sind einige tausend Leute anwesend, die häufig nicht nur an sozialistischen Inhalten interessiert sind, sondern auch in der Praxis eines Jugendzentrums, der Drogenarbeit, der Schülerarbeit usw. stehen —, das Sozialistische Büro, seine Arbeitsfelder, und seine regionalen Zentrenansätze überregional bekannt zu machen und seine Vorstellungen zu diskutieren. Besonders die umliegenden Gruppen und Zentren (etwa aus dem Raum Rheinland-Pfalz, Saar, Südhessen, Nordbaden) könnten sich hierzu angesprochen fühlen, etwa Informationsstände zu organisieren.

Kontakte vorerst über Medien-Initiative, 35 Kassel, Zeche-Marie-Weg 7.

Kurden — Spielball der Nationalstaaten

Mit dem „Bruderkuß“ von Algier haben sich der Iran und der Irak nach jahrzehntelangen Auseinandersetzungen versöhnt. Damit ist ein weiterer Schritt hin zur Kapitalisierung des Mittleren Ostens, insbesondere der Golf-Region, getan. Dieser Kapitalisierung folgt die politische und militärische „Pazifierung“ auf dem Fuß. Konflikte zwischen Nationalstaaten müssen eingeschränkt, so weit als möglich abgebaut werden, um den sozialen Umwälzungsprozeß nicht dahingehend zu gefährden, daß er eine revolutionäre Wendung nimmt. Die Konstitution bürgerlicher Nationalstaaten hat weitere notwendige Folgen: Kapitalisierung und Tausch ziehen in diesen Staaten die Herstellung eines nationalen Marktes nach sich. Diese Entwicklung ergibt sich nicht etwa naturwüchsig, sondern ist einer staatlichen Planung unterworfen. Eine einheitliche Sprache, ein einheitliches Rechtssystem etc. wird zwingend erforderlich. Da diese Staaten nicht auf einer homogenen „Nation“ basieren — diese soll erst durch die gegenwärtige Politik hergestellt werden — wird eine „Assimilierungspolitik“ hinsichtlich all derer betrieben, die nicht der herrschenden iranischen, arabischen oder türkischen Majorität angehören. Ergebnis davon ist nationale Unterdrückung. Dies gilt nicht nur für die Kurden im Irak allein. Der Schah konnte langfristig nicht die Gefahr übersehen, die ihm durch nichtpersische Minoritäten im Iran bei der Herstellung „einheitlicher“ nationaler Verhältnisse droht. Es mag genügen, hier auf den Unterdrückungsfeldzug der iranischen und pakistanischen Armee gegen die Baludschis im beiderseitigen Grenzgebiet hinzuweisen.

Das Abkommen von Algier schlägt also zwei Fliegen mit einer Klappe: einerseits bewirkt es nach langen Geheimverhandlungen in Istanbul die Herstellung „friedlicher“ Beziehungen zwischen Iran und Irak durch die Bereinigung der Grenzprobleme am Schatt-el-Arab, andererseits eine „Regelung“ des kurdischen Nationalitätenproblems. Die Existenz der kurdischen Nation (etwa 16 Millionen Menschen) im Nahen Osten, die seit Ende des Ersten Weltkrieges durch den britischen und französischen Kolonialismus auf vier nahöstliche Staaten verteilt wurden, hat sich kaum in das politische Bewußtsein der deutschen Linken eingeprägt. Der schon mehr als 50 Jahre währende, immer wieder aufflammende Widerstand der kurdischen nationalen Bewegung, der bereits mehr als eine halbe Million Opfer forderte, war bisher nur im Irak erfolgreich und hat dort zum Entstehen einer der größten Massenbewegungen des Nahen Ostens, der „Demokratischen Partei Kurdistan“ (DPK). Die dieser Partei nahestehenden Befreiungsbewegung, die 1961 begann, wird heute fortgesetzt, nachdem die irakische Armee im vergangenen März (1974) — vier Jahre nach Abschluß eines Autonomieabkommens zwischen der irakischen Baathregierung und der „Demokratischen Partei Kurdistan“, Irak, erneut die befreiten Regionen Irakisch-Kurdistans angriff. Die kurdische Situation in den übrigen Staaten soll hier nur kurz gestreift werden. In Syrien (ca. 10 % Kurden) befindet sich die Führung der syrischen DPK gleich zahlreichen anderen kurdischen Aktivisten in Haft, wurde mehr als 100 000 kurdischen Bürgern die syrische Staatsbürgerschaft aber-

kannt, fand eine systematische Zwangsaussiedlung kurdischer Bauern aus ihren Dörfern entlang der türkischen Grenze und ein Austausch durch arabische Neusiedler statt. Im Iran wurde 1946 mit der Liquidierung der kurdischen Republik von Mehabad (mit Billigung Stalins im Austausch gegen sowjetische Erdölkonzessionen im Iran) der offene kurdische Widerstand erstickt. Die Kurden, die im übrigen heute das Schicksal anderer Völker unter dem Schahregime teilen, erhielten geringfügige kulturelle Rechte. Zahlreiche Mitglieder der iranischen DPK sind inhaftiert. In der Türkei wird jede geringste politische oder kulturelle Regung in Ostanatolien (ca. 8 Mill. Kurden) brutal unterdrückt. Die Kurden der Osttürkei sind als unterprivilegierte Bauern und als nicht anerkannte nationale „Minderheit" — die offizielle Türkei spricht von „Bergtürken" — doppelt unterdrückt. Insofern werden die Aktivisten der türkischen DPK als Partei der nationalen und sozialen Opposition besonders scharf verfolgt. Zahlreiche politische Gefangene in der Türkei sind Kurden. Die kleine kurdische Bevölkerungsgruppe in der UdSSR besitzt beachtliche kulturelle und sprachliche Rechte. Die kurdische Minderheit im Libanon, meist Emigranten oder Flüchtlinge aus Syrien, bildet überwiegend eine besonders unterprivilegierte Schicht. In Syrien wie im Irak, in der Türkei wie im Iran hat auch die Repression der kurdischen Nationalkultur zu einer im Vergleich zu den nicht-kurdischen Landesteilen besonders hohen Analphabetenrate geführt. Die besondere Unterentwicklung der kurdischen Regionen dieser vier Staaten läßt kurdische Intellektuelle von der Existenz eines „internen Kolonialismus" in diesen Ländern sprechen.

Der Name „Kurdische Demokratische Partei" wurde verändert zu „Demokratische Partei Kurdistan", um den Anspruch zu betonen, auch die Minderheiten im irakischen Kurdistan — Turkmenen, Assyrer und Araber — in den Befreiungskampf zu integrieren. Die DPK fordert weiter die Autonomie für die mehrheitlich kurdischen Regionen, im Rahmen der irakischen Republik, den gemeinsamen Kampf der kurdischen und arabischen Nationalbewegung, sowie deren Recht auf Selbstbestimmung, ein vom Volk gewähltes revolutionäres demokratisches Regime für die Verwirklichung grundlegenden gesellschaftlichen Wandels auf allen Gebieten, die Verwirklichung einer Landreform, die Unterstützung aller nationalen Befreiungsbewegungen, insbesondere auch die nationaler Minderheiten sowie eine nationale, gegen den Imperialismus gerichtete Politik. Der soziale, demokratische und antiimperialistische Anspruch der DPK wird bestätigt durch die Existenz bedeutender sozialer Errungenschaften in den befreiten Gebieten: durch eine Bodenreform wurde der Feudalismus beseitigt, mit dem Bau von Schulen, Sanitätsstationen und Krankenhäusern ein Bildungs- und Gesundheitssystem geschaffen.

Es ist jedoch völlig unerheblich, ob der Kampf der Kurden im Sinne eines welthistorischen Optimismus als „progressiv" oder „reaktionär" einzuschätzen ist oder ob Barzani als Feudalherr oder „roter Mulla" wirkt. Entscheidend bleibt, daß zum Zwecke der Arabisierung in Syrien und Irak und den entsprechenden „Programmen" in der Türkei und dem Iran, Kurden ausgesiedelt, ihre Böden enteignet, ihre Sprache verboten und andere Unterdrückungsmaßnahmen zum Zwecke einer „nationalen" Vereinheitlichung durchgeführt werden. Das Beispiel der zionistischen Bodenraubpolitik der letzten 50 Jahre in Palästina hinsichtlich der arabischen Bevölkerung ist hierfür ein mahnendes Beispiel. Auch dort wurde die Auflehnung der ansässigen (arabischen) Bevölkerung als ein inszeniertes Werk von „Feudalherrn" gegen den notwendigen „Fortschritt" gerichtet denunziert. Das Abkommen von Algier macht vom 1. April an eine effizientere Unterdrückung der Kurden möglich.

TILMAN ZÜLCH

Chilenische Perspektive

Der „Unfall"-Tod des Generals Bonilla im März hat die bisher bedeutendste politische Krise der Militärdiktatur eingeleitet. Wir schreiben Unfall in Anführungszeichen, weil der Absturz des Hubschraubers, der diesen General — die Nummer Zwei in der militärischen Hierarchie, bis zum Juli 1974 Innenminister und danach Verteidigungsminister — transportierte, sehr merkwürdig ist. Er starb kurz nachdem er 26 Tage lang faktisch inhaftiert war; offiziell verlautete, er befinde sich in einem Militärhospital. Tatsache ist, daß Bonilla, als er Ende letzten Jahres wieder auftauchte, bekundete, er sei nie krank gewesen und erfreue sich bester Gesundheit. In Wahrheit hatte Bonilla Meinungsverschiedenheiten mit Pinochet und Leigh aufgrund der Politik gegenüber den Christdemokraten — Bonilla war ein Mann Frei's gewesen.

Die gegenwärtige politische Krise spiegelt Widersprüche innerhalb des Militärs und der Bourgeoisie wider. Ihr tieferer Grund ist die schwerste Wirtschaftskrise der chilenischen Geschichte mit einer Inflation von 5000 (fünftausend) Prozent zwischen dem Militärputsch und Februar 1975. Die Diktatur hat zwar die Unterstützung der monopolistischen Schlüsselsektoren, die mit den multinationalen Unternehmen verbunden sind, es gibt jedoch Zusammenstöße mit den Sektoren der Industriebourgeoisie, die an den internen Markt gebunden sind, weil die Wirtschaftspolitik der Junta zu einer Einschränkung der Nachfrage geführt hat. Auch die Mehrheit der Mittelschichten hat wegen der Folgen der Inflation aufgehört, die Regierung zu unterstützen. Es gibt Unzufriedenheit aufgrund der Arbeitslosigkeit von Angestellten, des Bankrotts mittlerer und kleiner Industrieller und der Krise, in der sich die Gruppen der Freiberuflichen befinden. Im November 1974 erfuhr man öffentlich von den Angriffen kleiner Händler gegen die Spekulation der großen Händler. Deshalb hat es die Militärjunta nicht geschafft, und wird es auch nicht schaffen, eine durch die massive Unterstützung fanatisierter kleinbürgerlicher Massen charakterisierte Bewegung oder Partei hervorzubringen. Die Arbeiterklasse hat die Etappe des Rückschlags noch nicht überwinden können. Trotz der Schwere der Niederlage haben die Arbeiter einige Bewegungen in Gang gesetzt, die sich in Streiks, bewußter Verlangsamung des Arbeitstempos, Protesten in den Läden und Supermärkten sowie den öffentlichen Verkehrsmitteln, in Wandinschriften, Flugblättern und Aufklebern gegen die Diktatur äußern.

Die Christdemokratie und die Katholische Kirche planen, diese Unzufriedenheit zu kanalisieren. Deswegen müssen sie sich von der Regierung distanzieren, was das Ausmaß der Repression betrifft. Sie versuchen, eine politische Veränderung einzuleiten, die es ihnen erlaubt, ein neues politisches Projekt einzuleiten. Um die Reichweite dieser Pläne zu verstehen, muß man die gegenwärtige Strategie des Vatikans analysieren, der — angesichts des Scheiterns des christdemokratischen Experiments in Venezuela und Chile — ein neues politisches Modell für Lateinamerika sucht.

Die Anwendung dieser Strategie könnte in Chile zur Bildung einer neuen bürgerlichen Zentrumspartei führen mit der Beteiligung der Christdemokratie, der Partei der radikalen „Linken" (einer rechten Abspaltung der Radikalen Partei) und selbst eines Sektors der ultrarechten Nationalen Partei. Die Christdemokratie ist der Hauptträger dieser Pläne, in denen auch einige Sektoren des Yankee-Imperialismus nicht fehlen; sie hat sich in den letzten Monaten in eine „Oppositions"-Partei verwandelt. Diese Pläne sehen Verhandlungen mit Teilen des Militärs vor, die auf kurz oder lang die Unmöglichkeit einer Fortsetzung der Politik von Pinochet und Co. feststellen werden.

Der nordamerikanische Kongreß übt seinerseits bereits Druck in Richtung auf eine politische Veränderung aus, indem er mit einer Resolution vom Januar 1975 die Militärhilfe für die Junta kürzte und die Wirtschaftshilfe einschränkte. Selbst Kissinger mußte — um sein lädiertes Image als „Friedenstaube" aufzupolieren — verkünden, daß die chilenische Junta die Repression vermindern und ihr internationales Image verbessern soll. Er schlug dazu „eine Liberalisierung des Regimes" vor, „sobald die Bedingungen es erlauben".

Insgesamt gibt es kurzfristig keine unmittelbaren Möglichkeiten zur Übergabe der Macht der Militärs an Zivile. Die Junta rechnet noch mit der Unterstützung der Schlüsselsektoren der Bourgeoisie. Mittelfristig wird die wahrscheinlichste Perspektive in einer Ablösung der gegenwärtigen Gruppe von Militärs durch eine andere oder durch ein zivil-militärisches Kabinett bestehen, das eine neue Verfassung zum Zweck eines Aufrufes zu Wahlen billigt, sofern der Sieg einer neuen zentristisch-bürgerlichen Kombination garantiert ist.

Für die chilenischen Revolutionäre geht es darum, diese Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Bourgeoisie zu nutzen und nicht darum, sich ihnen unterzuordnen,

Das Tribunal soll weg!

Die Bertrand Russell Friedensstiftung (Bertrand Russell Peace Foundation — bekannt geworden durch ihre tragende Funktion des Vietnam Tribunals, des Brasilientribunals und des zweiten Russell-Tribunals über Lateinamerika, das im Januar mit einer Verurteilung der multinationalen Konzerne in Lateinamerika sowie von Kissinger und Nixon endete — ist in Gefahr, die materielle Basis für seine Arbeit zu verlieren: Die Steuerbehörde möchte ausgerechnet an der Russellstiftung exemplarisch die Steuerfrage von Kapitalgewinnen aus Honoraren für Russells Autobiographien neu aufrollen; zur gleichen Zeit bedroht der Nottinghamer Gemeinderat die Öffentlichkeits- und Verlagsarbeit der Stiftung, indem er sie zum Verkauf der Gebäude zwingt, in denen sie untergebracht ist — angeblich um Platz für Industrieansiedlungen zu schaffen. Ohne breite politische und materielle Unterstützung wird die Stiftung ihre Arbeit nicht fortsetzen können. Proteste sollten an den Lord Mayor von Nottingham, The Council House, Old Market Square, Nottingham, England gesandt und der Russell-Stiftung, Bertrand Russell House, Gamble Street, Nottingham NG 7 4 ET, England weitergeleitet werden. Über das zweite Russell Tribunal unterrichtet INTERFACT, zu bestellen in Frankfurt 70, Niersteiner Str. 11.

LIEDER FÜR CHILE

"VENCEREMOS" - so heißt ein Liederbuch mit Texten von Degenhardt, Kittner, Schlauch, Lerryn, Joana, Floh De Cologne, Lokomotive Kreuzberg, Jan Koneffke, Dieter Süverkrüp und vielen anderen.
Bestellungen an: EDITION VENCEREMOS, WG Reinheimer, 6090 RÜSSELSHEIM, Heinrichstraße 15
Preis: 3.50 DM plus 0.5o DM Porto.

wie es die Kommunistische Partei in ihrer Absicht einer Klassenallianz mit der gesamten Christdemokratie (einschließlich Frei) fordert. Man darf sich weder blenden lassen, noch magischen Formeln der Rückkehr zur bürgerlichen Ordnung unterwerfen; Formeln, die von denselben Parteien und von Personen wie Frei benutzt werden, die direkt mit dem Militärputsch zu tun hatten und verantwortlich sind für Tausende von Toten und Gefangenen.

Das Ziel des Reformismus ist die Wiederherstellung demokratischer Freiheiten zur Errichtung einer „provisorischen, demokratischen, nationalen Volks-Regierung", wie es in der Erklärung der Parteien der Unidad Popular heißt. Wieder einmal verteidigen sie die Theorie der „Revolution in Etappen", dieselbe, die die chilenische Arbeiterklasse ins Desaster geführt hat.

Für die revolutionären Sektoren in Chile geht es darum, den Kampf für die demokratischen Freiheiten mit den Forderungen der Arbeiter, Bauern und Studenten zu verbinden und diese Kämpfe auf ein politisches Niveau zu heben durch den Sturz der Militärjunta und die Errichtung einer Arbeiter-Bauern-Regierung, wenn das Proletariat und die revolutionäre Avantgarde zum bestimmenden Sektor der Widerstandsbewegung geworden sind.

LUIS VITALE

Entwicklung in Nahost — Sackgasse oder Wende?

Der Abbruch der „Kissinger-Mission" im Nahen Osten, die Politik der sogenannten „kleinen Schritte", war — ob von ihrem Initiator bewußt in Kauf genommen oder über eine „verfehlte" Einschätzung der lokalen Verhältnisse vermittelt — von Anfang an programmiert gewesen. Ihr Scheitern bedeutet jedoch nicht, daß mit ihrer neuerlichen Aufnahme nicht gerechnet zu werden braucht. Freilich wird dem vorausgehend die amerikanische Israelpolitik eine ersichtliche Wendung nehmen müssen d. h. die USA werden sich mit der Realität der Palästinenser als relevanten politischen Faktor abfinden müssen und dementsprechend ihre Politik neu „zu formulieren" haben.

Tatsächlich war es die Palästinafrage im engeren Sinne, die die „Kissinger-Mission" vorerst hat scheitern lassen. Denn Ziel der Politik der „kleinen Schritte" war es, eine Vereinbarung zwischen Israel und Ägypten herbeizuführen, die eine faktische Beendigung des Kriegszustandes zwischen beiden Staaten bedeutet hätte. Das hieße jedoch den Versuch unternehmen, sich an der Genesis des Konflikts: zionistische Besiedlung und der damit einhergehenden Verdrängung, Vertreibung und Deklassierung der palästinensischen Araber, vorbeizumogeln — eine Praxis, die bei Kissinger und auch anderenorts Strategie zu sein scheint. Eine Gewaltverzichtserklärung Ägyptens Israel gegenüber hätte nämlich die Abnabelung Ägyptens vom Palästinakonflikt zur Folge gehabt, eine Taktik, mit der Israel Zeit zu gewinnen hoffte, um so die „Lösung" der Palästinafrage hinauszuschieben und zu vertagen. Die Haltung Ägyptens zum Palästinakonflikt im engeren Sinne und seine Ausweitung zum „Nah-Ost-Konflikt" sowie die innerzionistischen Querelen stellen den Hintergrund dar, vor dem die gegenwärtige Entwicklung begriffen werden muß.

War das ägyptische Eingreifen in die die zionistische Staatsgründung 1948 begleitenden Kämpfe weniger durch die erklärte Hilfestellung für die palästinensischen Araber als durch eine gegen die haschemitischen Einigungspläne Abdallas von Transjordanien (der Plan des „fruchtbaren Halbmonds") gerichteten Politik motiviert gewesen, so ist der weitere ägyptisch-israelische Konflikt wesentlich ein von Israel initiierter „Nebenschauplatz" der Auseinandersetzungen um Palästina. Ein Nebenschauplatz freilich, dessen quantitative Ausformung leicht seine Herkunft vergessen läßt. Vergegenwärtigen wir uns die Umstände, die dazu führten. Da die besondere Struktur des zionistischen Staates sich nur über immense Kapitalschenkungen aufrechterhalten und weiterhin garantieren läßt und diese von und über imperialistische Staaten geleistet werden, richtete sich Israel in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre auf eine kontinuierliche „Politik der Provokationen" gegenüber Nassers Ägypten ein. Nasser wurde von kolonialen und imperialistischen Mächten als eine Bedrohung ihrer Stellung im Nahen Osten betrachtet. Um sich ihrer Hilfe und Unterstützung für den unmittelbaren Konflikt in Palästina und seinen Folgen zu versichern, biederte sich Israel bei imperialistischen und kolonialen Mächten dahingehend an, indem es Ägypten durch andauernde provokative Grenzzwischenfälle in einen militärischen Konflikt hineinzumanövrieren bemüht war. Diese Versuche wurden endlich durch den „Erfolg" der israelischen Teilnahme an der anglo-französischen Suez-Aggression 1956 gekrönt.

Die israelische Haltung Ägyptens gegenüber zeitigte jedoch ambivalente Folgen. Aus Furcht vor einem ägyptischen Eingreifen in den Palästinakonflikt galt es Ägypten kontinuierlich zu schwächen — ein Kriegszyklus war auf ca. 7 Jahre berechnet worden —. Durch diese Politik erreichte man aber das Gegenteil: Ägypten wurde dadurch erst recht in den Palästinakonflikt hineingedrängt. Von sich aus zeigte die ägyptische Bourgeoisie oder ihre miltärbürokratischen Platzhalter wenig Interesse für das Schicksal der vom Zionismus unterdrückten und vertriebenen palästinensischen Araber.

Heute wünscht Israel Ägypten aus dieser „Verantwortung" zu entlassen. Der geforderte Gewaltverzicht ist die Kurzformel dieser Politik. Dies wird jedoch kaum möglich sein, obwohl die von Sadat repräsentierte ägyptische Bourgeoisie sich lieber ganz von Palästina abund der verschärften Ausbeutung ihrer Arbeiterklasse zuwenden würde. Ägypten ist jedoch als Schlüsselland des arabischen

Ostens nunmehr zu sehr mit der Palästinafrage verflochten, andernfalls würde es seine führende Rolle völlig einbüßen. Dieser Widerspruch kennzeichnete auch den bisherigen Verlauf der „Kissinger-Mission": Einerseits sollte Ägypten aus dem Palästinakonflikt herausgebrochen werden, andererseits baut die amerikanische Politik ja geradezu auf den „mäßigenden" Einfluß Ägyptens auf die anderen arabischen Staaten auf. Daher scheint es den USA sinnvoll, Ägypten in diesem Sinne im Palästinakonflikt zu belassen. Deshalb ist ein genereller Gewaltverzicht gegenüber Israel ohne „Lösung" der Palästinafrage wenig wahrscheinlich.

Die USA müssen also konsequenterweise den Druck auf ihren Schützling Israel verstärken. Und dies nicht hinsichtlich der Aufgabe von einigen Quadratkilometer mehr oder weniger im Sinai, sondern sie müssen sich im wesentlichen auf das Kernproblem beziehen: Palästina.

In welche juristische Form die Pazifizierung des Konflikts auch gegossen werden mag, sie bedeutet vor allem und zuerst die Räumung der zusätzlich im Jahre 1967 eroberten Gebiete Palästinas westlich des Jordans sowie des Gazastreifens. Nun haben diese Gebiete für die zionistische Ideologie eine zentrale legitimatorische Funktion („historische Rechte"). Der größte Teil der sogenannten „heiligen Stätten" befindet sich in diesem Gebiet. Der zionistische Staat, der von einem „Primat der Politik" bestimmt wird, kann sie nicht räumen, ohne in eine existenzielle Legitimationskrise zu stürzen, die bürgerkriegsähnlichen Charakter annehmen könnte. Die Regierung Rabin, in der ein „links"-zionistisches Selbstverständnis überwiegt, kann und will sich aus diesen Gründen nicht gegen den Druck der „rechts"-zionistischen Opposition wenden. Er macht, was immer die historische Rolle des „links"-Zionismus schon immer war, letzthin die Politik seiner rechten Zwillingsbrüder.

Wollen die USA und mit ihr die Westeuropäer bei der Kapitalisierung des Nahen Ostens erfolgreich sein, muß sich der Druck auf Israel hinsichtlich des substanziellen Kerns der Palästinafrage verstärken. Die gegenwärtige israelische Regierung ist jedoch nach innen zu schwach, um gegen die politischen Vorstellungen der Mehrheit der Bevölkerung und der parlamentarischen Opposition im Sinne ihrer amerikanischen „Finanziers" auf die „historischen" Gebiete zu verzichten. Der selbstmörderische Irrationalismus, der dem Zionismus eigen ist, macht damit auch einen apokalyptischen Ausgang möglich. Die Realisierung des indoktrinierten „Massada-Komplex", lieber kollektiv den Untergang zu wählen, als auf das Prinzip der nationalen Durchsetzung zu verzichten, ist in einer hauptsächlich ideologisch bestimmten Gesellschaft, in der Politik weitgehend von den realen sozialen Strukturen durch die äußere Finanzierung abgelöst betrieben werden kann, durchaus nicht unwirklich.

Realer scheint jedoch die Möglichkeit einer stufenweisen „Kastration " des Zionismus, ohne das damit die obige Wendung völlig ausgeschlossen werden soll; d. h. der tendenzielle Entzug der amerikanischen Kapital- und Waffenhilfe. Damit verbunden wäre auch eine „Sicherheitsgarantie", die nichts anderes als die Zerfaserung des israelischen staatlichen Gewaltmonopols bedeuten würde. Langfristig käme dies einem Souveränitätsentzug nahe. Dem „Zauberlehrling" USA steht hinsichtlich des zionistischen Staates noch manche Aufräumarbeit bevor.

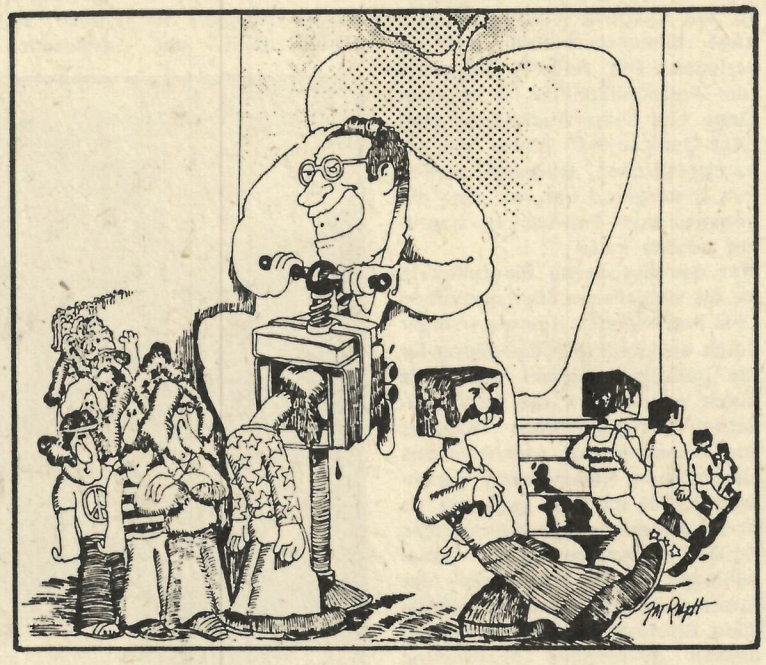
DANY DINER

Auf dem Boden der fdGO

Wolf-Dieter Narr

Erfahrungen mit einer Anhörung

Die Anhörung und politisch begründete Nichtberufung von Wolf-Dieter Narr, SPD-Mitglied, Politologie-Professor in Berlin und damit Beamter auf Lebenszeit, durch die sozial-liberale Regierung Niedersachsens markiert eine weitere Etappe in der Berufsverbots-Praxis der BRD. Wir dokumentieren im folgenden vor allem jene Auszüge aus einer Selbstdarstellung von Wolf-Dieter Narr, in denen er verallgemeinernde politische Konsequenzen aus seinen Anhörungs-Erfahrungen zieht. Der vollständige Text wird zusammen mit einer ausführlichen Dokumentation des „Falles" in der nächsten Nummer der Zeitschrift „Kritische Justiz" erscheinen.



Der Anlaß meiner verfassungsrechtlichen Überprüfung ist rasch benannt: Die neue juristische Fakultät der Universität Hannover (die Listenaufstellnug nahm noch der Gründungsausschuß vor) plazierte mich an die erste Stelle einer Berufungsliste. Bei den insgesamt 7 Personen, die in der zweiten Berufungsrunde zur Konstitution und Arbeitsbefähigung der juristischen Fakultät berufen werden sollten, gab es bei 5 offenbar keine Probleme; wohl aber bei Dieter Hart, Wirtschaftsrechtler der Universität Frankfurt, und mir. Die Schwierigkeiten in meinem Falle resultierten, so wurde mir informell mitgeteilt, vor allem aus dem Widerstand der FDP und des von ihr gestellten Innenministers, der sich wiederum auf Dokumente aus meiner Verfassungsschutzakte berief, wie sie ihm vom Innensenator der Stadt Berlin zugesandt worden waren (es hat sich hinterher wieder einmal gezeigt, daß ein Gutteil des von der SPD bestückten Kabinetts sich allenfalls hinter der FDP verbarg, die Entscheidung also tatsächlich eine sozialliberale im Sinne der formalen Kabinettszusammensetzung gewesen ist). Mir wurde deshalb von Kultusminister Grolle bedeutet, ich möge mich, sofern ich Interesse an dem Ruf hätte, zu einem Hearing bereithalten; ohne dasselbe bestünden keinerlei Aussichten, daß das Kabinett ihn ermächtige, den Ruf auszusprechen.

Gerade weil die guten freiheitlich-demokratischen Sitten fortlaufend verschärft ausgelegt werden – obwohl man ja gerade (vgl. den angemerkten Kriterienmangel) nicht weiß, was Verschärfung jeweils speziell bedeutet – weil der Etikettenzwang immer strikter wird – übrigens: man trägt nicht mehr Reform – und gerade weil immer mehr Personen auf der Suche nach einer Position im öffentlichen Dienst davon, und sei es auch nur der Möglichkeit nach, betroffen sind, geht es im folgenden nicht primär um eine Funktionsanalyse dieser Verhöre oder Anhörungen, sondern nur um einen analytischen Bericht über eine solche Anhörung. Besteht doch die Gefahr – denn das ist ein Teil des Funktionsbündels, das mit den Verhören u. ä. angestrebt wird –, daß die Einzelnen, die davon betroffen werden, unvorbereitet einer Situation gegenüberstehen, der sie nicht gewachsen sind und darauf panisch reagieren, sei es mit übertriebener Furchtsamkeit, sei es mit tollkühnem Trotz mit einer Kohlhaaserei. In jedem Fall aber wird man durch die Verhörsituation isoliert und kann diese Isoliertheit nur heil durchstehen – man soll nicht dramatisieren, man soll aber auch nicht abgebrüht Holzhackerattitüden simulieren –, wenn man kognitiv, hier verstanden im Sinne internalisierter Theorie, vorbereitet und sozusagen von innen her sozial geleitet ist.

Verhaltens- und Sachprobleme – Zur Alternative: Lüge oder Wahrheit Folgerungen für das Verhalten,

Warum sich so große Mühe mit einer solchen Anhörung machen? Man weiß doch, was „die" hören wollen. Wenn man also Erfolg haben will, kann man doch schlicht das Erwünschte sagen, sich rollenkonform gemäß den Erwartungen verhalten. Hinterher legt man eben die Rolle wieder ab; das Hearingstheater ist zu Ende.

M. E. verkennt eine solche Einstellung und ein solcher Ratschlag die Situation; er wird den Verhaltensanforderungen, die an einen selbst gestellt sind, nicht gerecht. Auch die entgegengesetzte Devise verfehlt die situationsenthaltenen Schwierigkeiten: Man muß eben Flagge zeigen. Man darf auf keinen Fall eine Zugabe machen. Wer sich hier prostituiert, hat nicht begriffen, daß ein Demokrat (nach meiner Auffassung gleich Sozialist) taktisch nicht lügen darf, will er die Wahrheit der Strategie nicht zerstören. Genau in der läßlichen Behandlung des Zusammenhangs von Zielen und Mitteln, von Taktik und Strategie besteht der subjektiv-habituelle Revisionismus, sprich: die Aufgabe radikaler Demokratie, die Aufgabe der Überwindung der Kluft zwischen Wesen und Erscheinung usw.

Ohne in Abrede stellen zu wollen, daß in den zuletzt genannten Sätzen viel Richtiges enthalten ist, bleibt auch dieser Wahrheits- und Wahrhaftigkeitsanspruch abstrakt und wirkt situationell inhuman; er kann mindestens so wirken. Zur nicht realistischen und durchschnittlich nicht realisierbaren Alternative: Lüge oder Wahrheit nun noch einige Zusatzargumente.

Es ist eine Täuschung, gerade wenn man erkennt, daß solche Hörverfahren nur extreme Bestandteile der Alltagssituation darstellen, zu meinen, man könne sich das Täuschungsgewand kurz überziehen und es hinterher wieder unberührt ablegen. Man benimmt sich, um ein bekanntes Bild umzudrehen, wie ein „Schweinehund", bleibt aber innerlich „rein". Nicht nur aber verkennt diese Auffassung den Normalzustand der Kollaboration, der die „Hinterherreinheit" zu einer Zukunftshoffnung verschiebt, die bis zum bloßen Anspruch verkümmert. Er verkennt auch die Kosten an eigener intellektuell-psychischer Integrität und an strategischer Zuverlässigkeit, die ein solches Verhalten mit sich bringen kann. Es ist eine allenfalls religiös begründbare, nicht aber irdisch-analytisch belegbare Erfahrung, daß man die begangene „Sünde" durch bestimmte Reinigungszeremonien Beichten und/oder Gnadenakte wieder total beseitigt, d. h. wiederhergestellt, reintegriert wird. Irdisch-analytisch gesprochen kostet der Lügenknicks vor den herrschenden Erwartungen etwas, vor allem dann, wenn er häufiger vorgenommen werden muß und schließlich die Integrität zur subjektiv-privaten Befindlichkeit verblaßt. Die Kosten des Lügenknickses können darin bestehen, daß man selbst zur Personifikation doppelter Moral wird gewiß erzwungenermaßen, daß man mit anderen Worten schizophrene Verhaltenszüge entwickelt. Das herkömmliche Bild, man könne sich nicht mehr im Spiegel anschauen, illustriert das Gemeinte, das nicht so schwer ins Gewicht fiele, würde man nicht als „doppelter Moralist" auch und gerade als Sozialist, einer der u. a. die Herrschaft der doppelten Moral (zweistufiger Legalität, des Auseinanderfallens von Wesen und Erscheinung usw.) abschaffen will, in sich selbst fragwürdig. Diese mögliche Folge unterstreicht auch das Problem der subjektiven Bedingungen und Voraussetzungen strategischer Zuverlässigkeit. Es ist ge-

wie unsinnig, das Sprichwort: „Wer einmal lügt, ...“ wortwörtlich zu nehmen, doch darin steckt ein richtiger politisch-moralischer Kern. Verwendet man Theorien und Konzepte je nach Situationserfordernis, denaturieren dieselben, auch wenn ihr sozialistischer Gehalt noch so ursprünglich in ihnen enthalten ist, zur Ideologie, mehr noch zur instrumentalisierten Ideologie, zum Herrschaftsinstrument. Nicht nur das Phänomen des Stalinismus bietet dafür reichhaltige Beispiele. Was hier auf gesamtgesellschaftlicher Ebene formuliert wurde, gilt auch für die individuelle Realisation. Sozialismus verliert seinen humanen Anspruch, wenn die ihn vertretenden Subjekte mit der Wahrheit opportunistisch verfahren, sprich: „okkasionell-dezisionistisch“ (Karl Löwith über Carl Schmitt). Solches Verhalten kann man im Bürgertum und in der bürgerlichen Gesellschaft, die es mit der Wahrheit (der Theorie usw.) nicht so konsequent und ernst nehmen, zur Genüge finden. Die Ausrede, man könne sich in der gegenwärtigen Gesellschaft nicht wie ein Sozialist benehmen, obwohl man einer sei, reduziert Sozialistsein und dessen Dilemmata in dieser Gesellschaft wiederum auf ein subjektives Empfinden, auf einen Anspruch.

Die zweite Alternative, die Wahrhaftigkeit zu wählen, scheint mehr Klarheit zu gewähren und weniger Kosten zu erbringen. Vor allem: Was hat man denn zu verbergen? Läßt sich nicht zeigen, daß die eigenen Handlungen und Äußerungen nicht nur innerhalb des gesetzlichen Rahmens bleiben, also nicht strafbar sind, sondern daß diese eigenen Positionen dem demokratisch und sozial (vergl. Artikel 20) verstandenen Grundgesetz- und Rechtsstaat gemäßer, in jedem Fall mit ihm vereinbar sind? Bedeutet nicht schon das Akzeptieren des möglichen Lügenmüssens das Eingeständnis einer verfassungsinterpretatorischen Überlegenheit der Frager? Die zuletzt geäußerte Auffassung ist anständig, verständlich sogar, aber unzulässig naiv. Sie verkennt, daß es in der aktuellen Situation nicht zureicht, der Verfassungsinterpretation, die exekutivisch umgesetzt wird, eine andere, vielleicht richtigere, in jedem Fall mehr demokratische, gegenüber zu stellen. Schon die Anhörung und die Anhörungssituation stellen einen herrschaftlichen Akt bzw. eine ungleiche Beziehung dar. Hier unterhält man sich nicht über Recht und Unrecht, gar über gesetzliches Unrecht und über übergesetzliches Recht. Hier hat man Konformität im Hinblick auf eine herrschende Interpretation zu beweisen. Insofern ist die Unschuldsmiene dessen, der sich keiner Trübung des Grundwassers schuldig empfindet, im schlechten Sinne moralistisch, weil sie herrschafts- und normabstrakt denkt und handelt. Darüber hinaus bringt eine Bekenner-Attitüde: hier stehe ich, ich kann nicht anders, wenig bzw. nur eine Gewißheit ein, die Gewißheit nämlich, daß man von vornherein negativ beschieden wird.

Anders ausgedrückt: das persönliche Opfer für eine letztlich politisch angesetzte Strategie macht keinen Sinn, wenn niemand mit dem „Opferblut“ etwas anfangen kann, wenn dasselbe nicht wenigstens partiell sozialisierbar ist.

Ist so die Alternative Lüge oder Wahrheit infrage gestellt, bleibt als Folgerung zunächst scheinbar nur die Unklarheit des Zwischen-Zwischen: sowohl Lüge als auch Wahrheit.

Der gefolgerte Mittelweg ist gewiß kein goldener. Er erfordert eine beträchtliche Konzeptions- und Kriterienklarheit und ein erkleckliches Differenzierungsvermögen. Man muß sich über sich selbst, die eigene politische Position und Konzeption strikt im klaren sein. Man muß abschätzen können, was man zu ertragen vermag und was nicht (diese Aussage gilt in erweiterter Form auch für Konzepte und Positionen im Beruf selbst). Erst dann ist man in der Lage, prinzipielle Positionen (und damit die eigene Integrität und Identität) zu halten und doch nachzugeben, Kompromisse zu schließen, Begriffe zu übernehmen u. ä. m. Es kommt tatsächlich darauf an, keine zentrale Position, die einem selbst wesentlich erscheint und die für das eigene Dasein als Person wesentlich ist, aufzugeben und dennoch oder gerade deswegen manövrierfähig zu sein. Es gibt gewiß auch Situationen, in denen man gezwungen wird, zentrale Positionen zu verleugnen; nur eine solche besteht in den Hearings und auch in der Berufssituation im Augenblick noch nicht. Freilich soll damit das Problem, das in der verschiedenen Kostümierung der eigenen Position besteht, darin, daß man partiell Partisan spielen muß, nicht gering eingeschätzt werden. Für diesen Mittelweg läßt sich, deshalb ist er auch alles andere als golden und unzweideutig, keine gerade Richtschnur im Kontext eines inhaltlich politischen Programms geleistet werden. Vielmehr besteht eine Forderung des Mittelwegs darin, daß, demokratisch und sozialistisch gesprochen, im Kontext kapitalistischer Gesellschaft und im Kontext der verschiedenen Berufsbereiche ein eindeutiges, unzweideutiges Verhalten (ja sogar eine eindeutige Strategie) nichts anderes als eine politische/ästhetische Sehnsucht darstellt, eine simplistische Täuschung, eine metaphysische Position.

Die strategische Einstellung und die Organisation

a) Die Folgerungen für das Verhalten in den Hearings sind verhältnismäßig simpel, sofern man der bisherigen Argumentation gefolgt ist. Sie bestehen generell darin, daß man von (s)einem prinzipiell offensiven Grundgesetzverständnis nicht abläßt, sondern von hier aus die Interpretation der eigenen Handlungen und Äußerungen leiten läßt. Nur es muß ein Grundgesetzverständnis sein und nicht ein wie auch immer sonst gearteter Bezugsrahmen. Das Grundgesetz müssen, so gesehen, diejenigen unter dem Arm haben, die seine Interpretation nicht beherrschen.

Speziell gilt es, zu den Handlungen und Äußerungen, die man getätigt bzw. getan hat, zu stehen; allerdings so, daß man den spezifisch-historischen Kontext klar macht und die Funktionen erläutert, die eine bestimmte Handlung (Äußerung) in diesem Kontext hatte. Hier ist es wichtig, daß man eine konsequent rechtsstaatliche, möglichst auf vorhandene Entscheidungen und ähnliches bezogene Interpretationslinie einhält. Selbstverständlich kann es – auch im eigenen Selbstverständnis – durchaus angebracht sein, früher eingenommene Positionen zu revidieren. Dies sollte aber weder im Sinne der schwäbischen Devise: „was geht mich mein saudummes Geschwätz von gestern an“ geschehen, noch nach Nietzsches Motto: „Nur wer sich wandelt, ist mit mir verwandt.“ Vielmehr kommt es darauf an, zu erklären, warum man dies und jenes getan hat bzw. überwunden zu haben scheint. Wie bei einer Wissensprüfung sollte man Positionen, die man nicht (mehr) halten kann, sofort preisgeben und nicht erst im Laufe des Hearings zurückweisen. Terminologisch sollte man sich jedes radikalistischen Jargons und der Großbegriffe (welch beide ohnehin in linken Kreisen überstrapaziert werden, so daß allein schon die Beherrschung des Jargons links zu machen scheint) enthalten. M.a.W.: die Sprechweise und die Terminologie sollte die übliche, die herrschende sein. Dabei vertut man sich und der Sache nicht. Vor dem Hearing sollte man sich in jedem Falle mit der Gruppe, zu der man gehört, bzw. mit Freunden unterhalten. Fühlt man sich im Hinblick auf die Hearings-Situation nicht sicher, hat man Angst, sollte man versuchen, einen Begleiter mitnehmen zu können bzw. einen Rechtsbeistand zu verlangen.

Diese Verhaltensempfehlungen lassen einen weder den Schwierigkeiten entweichen, noch das eigene Bauchweh vermeiden, das sich notgedrungen einstellen muß. Sie gewähren auch – wie mein eigener Fall zeigt – keinen irgendwie sicheren Weg zum Erfolg; aber sie vermeiden die Kosten der Lüge und sie vermitteln zum Teil das bißchen Klugheit, das ja zum täglichen Verhalten ohnehin notwendig ist. Aufgrund eines solchen Verhaltens kann man, so meine ich, je nach Fall und Möglichkeit

Teilnehmer der sozialistischen Aktion gewinnen Arbeitsgerichtsprozeß

In „links“ Oktober 1974 berichteten wir über die Entlassung der beiden Kollegen Bott/Swoboda aus der Victor Gollancz-Stiftung, einer Fortbildungsinstitution für Sozialarbeiter und Sozialpädagogen. Ihre Teilnahme an Vorbereitungssitzungen der Sozialistischen Aktion diente dem Vorstand als Vorwand für fristlose Entlassung.

Die Victor Gollancz-Stiftung hat nun in beiden Fällen das Arbeitsgerichts-Verfahren verloren. Sowohl die fristlose Kündigung, wie auch eine vorsorglich im Dezember 1974 nachgeschobene fristgerechte Kündigung wurden für unwirksam erklärt. Damit ist klar geworden, daß es sich bei den Kündigungen um reine Willkürakte handelte, um zwei politisch unliebsame Kollegen loszuwerden, die sich für die Belange der Sozialarbeiterbasis und der von Sozialarbeit betroffenen Jugendlichen auch im Rahmen der Sozialistischen Aktion zum 5. Deutschen Jugendhilfetag eingesetzt hatten.

auch den rechtsstaatlichen Weg der Klage riskieren, wenn alle Stricke reißen, sprich: wenn die Entscheidung negativ ausgeht. Man kann auch mit dem eigenen Fall versuchen, Öffentlichkeit zu mobilisieren, die um so leichter mobilisierbar ist, je klarer man sich terminologisch und positionsmäßig so verhält, wie oben angedeutet worden ist.

b) Im Hinblick auf die Strategie gilt generell, daß vor allem dort, wo es bis heute nur sehr ansatzweise der Fall war, das Realitätsprinzip analytisch-strategisch reflektiert Einzug halten muß. M. a. W.: die Spielwiese der Universität, die dort genossene verlängerte Kindheitssituation bis hin zum Dozenten ist an ihrem Ende angelangt. Dies wird, nebenbei gesagt, den einen Vorteil haben, daß die Arbeits- und Lebenssituationen an der Universität gegenüber anderen Arbeits- und Lebensbereichen nicht mehr so irreal erscheinen und deswegen, von ersteren auf letztere zu schließen und umgekehrt, nicht mehr so unmöglich ist.

Dieser Einzug des Realitätsprinzips, des endgültigen Endes der alten Universität, eines ganz anderen freilich, als die Studentenbewegung je wollte, bedeutet, daß im Berufsbereich der Universität, wie auch in anderen Berufsbereichen zuvor schon, die politische Rationalität einzelner Aktionen und ihrer Folgen in ganz anderer, als in der Universität wenigstens seither üblicher Weise bedacht werden muß. Man kann und soll nur das unternehmen, was nicht nur begründbar, sondern einigermaßen durchhaltbar ist, und man muß die Konsequenzen, die sich für die Berufssituation auch der Kollegen ergeben, vorab bedenken. Diese Aussage bedeutet nicht die Empfehlung des ängstlichen Taktierens — im Gegenteil: sie bedeutet wohl das Aufgeben aller Arten von politischem Ästhetizismus und vorab in sich hohlen Vollversammlungskämpfen und der Folgen. Dort beschlossene Resolutionen bedeuten als solche zunächst nichts. Direkt wirkt sich eine solche strategische Besinnung aus etwa in der Distanz zum Flugblatt- und Unterschriften-Sozialismus verschiedener Spielarten. Nichts gegen Flugblätter zu ihrer Zeit und Unterschriften — aber alles gegen Flugblätter und Unterschriften, die nur einem doppelten Zwecke dienen: 1. die eigene Gesinnung ohne irgendwelche Wirkungsfolgen zu demonstrieren, gar das System zu entlarven (zum zweimillionsten ... Mal); 2. dem Verfassungsschutz seine institutionalisierte Sammelleidenschaft zu erleichtern und später in Anhörungsverfahren (sofern man die Dokumente überhaupt noch je vor den Entscheidungen zu Gesicht erhält) einem selbst einen schalen Geschmack politischer Nutzlosigkeit zu vermitteln. Die Dokumente, die mir selbst vorgelegt wurden, enthielten nicht durchgehend, aber auch solche Unterschriften, deren Rationalität nur darin bestand, daß ich aktuell z. B. eine studentische Gruppe nicht enttäuschen wollte oder, anders ausgedrückt, nicht die Traute besaß, meine eigene politische Haltung durchzupauken. Man muß in dieser Hinsicht politisch härter werden.

Inhaltlich gesprochen bedeutet die strategische Konsequenz aber, daß man alle Acht darauf legen muß, sich (dies ist nicht individualistisch gemeint) nicht in die Illegalität bzw. ihren Vorhof drängen zu lassen. Auch in diesem Sinne ist der Kampf um Verfassungspositionen und die eigene Position innerhalb des Verfassungsrahmens unabdingbar, es sei denn, man wolle von vornherein sich des breiten politischen Einflusses schon der Möglichkeit nach begeben. Die Kosten der Illegalität, die man ohne zwingende Not gewählt hat, sind nicht nur individuell, sie sind politisch gar nicht hoch genug zu veranschlagen. Angesichts der permanenten und individualisierten Versuche der Illegalisierung bzw. des beruflichen Existenzverbotes wird dieser Kampf um die Legalität und ihre Interpretation nicht leicht sein. Er ist aber in keinem Fall aufzugeben.

c) Gerade die Individualisierung der politisch-ökonomischen „Versicherung" des Status quo Bundesrepublik Deutschland mit ihren Isolationsfolgen, gerade der Kampf um Verfassungspositionen macht die verbesserte Organisation gegen diese Individualisierung und Isolierung, gegen die Illegalisierung, die die Gruppen längst vor ihrem kollektiven Verbot trifft, notwendig. Organisation ist notwendig, um systematisch alle Informationen über Verfahren zu sammeln: von den Betrieben bis hin zur Universität. Organisation ist zweitens notwendig, um den Einzelnen zu helfen in der Diskussion ihrer Fälle vorweg und hinterher, im Ratschlag, im Versuch, ihre Vereinzelung zu durchbrechen und ihre Existenz zunächst auch als Personen, als Leute, die sich im Spiegel ansehen können, zu sichern. Hierzu wird noch im Verlauf des Sommers ein gesonderter Aufruf zu einem Bürgerrechtskomitee erfolgen. Organisation ist schließlich, aufgeteilt in die verschiedenen Berufsbereiche, notwendig, um auf die Probleme der Kollaboration und des Kompromisses, die sich dauernd ergeben, zureichend einzugehen. Generelle Lösungen gibt es hier kaum, wohl ist es aber ein schuldhaftes Versäumnis aller demokratischen und sozialistischen Gruppen, sich hierum, sich um die Individuen nicht mehr zu kümmern.

Die gegenwärtig herrschende, sich ausweitende, in Krisenzeiten sich je und je verschärfte Schule des Verdachts, die Ex- und Intensivierung der Kontrollen und ihrer Organe machen nicht nur diesen oder jenen, und schließlich einen selbst verdächtig. Sie werden nicht nur ein Spitzel- und Denunziationswesen heraufbeschwören weit über die entsprechenden offiziösen Stellen hinaus (schon heute fungiert bekanntlich der Bund Freiheit der Wissenschaft, sein Berliner Ableger die Notgemeinschaft oder die Berliner Spezialistenvereinigung Liberale Aktion als nicht von der Verfassung vorgesehene Verfassungsschutzorgane bzw. vor allem als Informationsorgane). Die Schule des Verdachts wird auch viele in sich selbst als Individuen und Gruppen verunsichern. In einer solchen Atmosphäre, die ja gleichzeitig Realität ist, liegt es nahe, nicht nur überall Verschwörung zu wittern, Unrat zu riechen, sondern selbst Verschwörerverhalten anzunehmen. Beides wäre auch im Sinne der obigen Warnung, sich nicht illegalisieren, nicht zu einem Outsider stigmatisieren zu lassen, verhängnisvoll, wenn auch verständlich. So unrichtig es ist, harmlos zu bleiben im oberflächlichen Sinne und beispielsweise freiweg so zu telefonieren, als gäbe es kein anderes, als das angesprochene Ohr, so zentral ist es, im Sinne der oben betonten eigenen Integrität als Einzelner und als Gruppe die prinzipielle Harmlosigkeit sich zu erhalten. Verschwörungstheorien, so viel Spionierererei es in der Tat gibt und so viel Gruppenabsprachen führen analytisch und strategisch in die Irre. Sie wirken zusätzlich im Hinblick auf ihre Vertreter als sich selbst erfüllende Prophetien.

Es wird nicht ausbleiben, daß auch dieses nicht ganz im Genre gebliebene „Psychogramm" vor allem von den an der Überwachung und an der Schürung des Verdachts Interessierten im Sinne der Bestätigung des Verdachts, nämlich mangelnder Verfassungstreue gegenüber meiner Person bzw. der von mir vorgeschlagenen Verfahren interpretiert wird. Dies ist unvermeidlich. Solches Mißverständnis schlägt freilich gegen die permanent die Verfassung durchbrechenden und revidierenden Verfassungshüter selbst zurück. Gegen die Stärke ihrer Hebelkraft bleiben uns nur, so meine ich, als Minimum die Folgerungen, die ich oben angedeutet habe: Laßt uns uns, wenn wir schon für absehbare Zeit nicht siegen können, verteidigen.

Flexibles GG-Verständnis

Beim Hearing des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales (vgl. „links" 65, S. 12) vertraten fünf Rechtsprofessoren, die von allen Bundestagsparteien geladen worden waren, die Hoffnung, daß sich das Verständnis des Grundgesetzes seit der Entstehung des GG (1949) so grundlegend geändert habe, daß Art. 14 GG nicht mehr nur das Sacheigentum garantiere, sondern auch die aus dem Eigentum erwachsende soziale Herrschaftsmacht. Diese Garantie schließe die paritätische Mitbestimmung aus.

Theo Pirker
Die SPD nach Hitler

Pirker gehörte wie Viktor Agartz in den 50er Jahren zu den Sozialisten in SPD und Gewerkschaft, die deren Integrationskurs nicht kritiklos hinnahmen und entsprechenden Säuberungen zum Opfer fielen. Er beschreibt in seinem Buch den Assimilationsprozeß der SPD in den Bonner Staat, ihren langen Marsch durch die Gedärme des Kapitalismus, von dem sie gerade wieder ausgeschieden wird. Zum Verständnis der Nachkriegsgeschichte der SPD bietet dieses Buch reichhaltiges, sonst kaum verwertetes Material.

360 Seiten, DM 14,80
Im linken Buchhandel erhältlich

ROTE ROBE

Die ROTE ROBE hat die Aufgabe, die Entwicklung des Staatsapparates darzustellen und zu analysieren. sie bringt politische Beiträge zum Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte sowie Beiträge zur Rechtshilfe und faßt Material zusammen, das für diesen Kampf notwendig ist. Schwerpunkte liegen dabei auf Berichten über politische Prozesse, Berufsverboten und dem Recht des öffentlichen Dienstes, Arbeitskampfrecht, Demonstrations- und Organisationsfreiheit.

Heft 1/75 enthält u.a.:
- Staat und Recht in der sozial. Revolution des Proletariats
- Neue Stafprozeßordnung wird praktiziert
- Über politische Justiz
- Politische Prozesse in Frankf.
- Viele einzelne Prozeßberichte

Die ROTE ROBE erscheint zweimonatlich und hat jeweils 40 - 50 Seiten Umfang. Das Einzelheft kostet DM 2. —, das Jahresabonnement DM 13. — einschl. Porto.
Probeheft anfordern !
ROTE ROBE-Verlag
69 Heidelberg 1, Postfach 1410, Tel. 06221/43863

antimilitarismus information

FÜR ALLE, DIE GEGEN DEN MILITARISMUS ARBEITEN.

Die *ami* ist ein monatlicher Informationsdienst für die Praxis.

- ZAHLEN, FAKTEN aus Bundeswehr, NATO, Waffenhandel; KDV, Zivildienst etc.pp.
- wichtige JURISTISCHE Hinweise u. Neuheiten
- Beiträge zur THEORIE von Militarismus und Antimilitarismus; Buchbesprechungen u.ä.

Einzelheft 1,30; Jahresabo 19,50; jedes 4. Heft ist *Themenheft* mit Doppelumfang. Bisher u.a.: Wehrstrukturreform, Europ. Sicherheit, Wirtschaft u. Rüstung; Wehrkunde, Zivildienst

KOSTENLOSES PROBEEX.:
Brigitta Gründing
8 München 19
Nördl. Auffahrtsal. 20

EG-Integrationsprozeß in der Krise

Klaus Busch

Der westeuropäische Integrationsprozeß muß im Kontext des innerimperialistischen Konkurrenzkampfes zwischen den USA und Westeuropa beleuchtet werden. Da der Produktivitätsvorsprung des US-Kapitals gegenüber seinen westeuropäischen Konkurrenten auf die amerikanischen Binnenmarktverhältnisse zurückzuführen ist, die dem US-Kapital einen vergleichsweise hohen Konzentrations- und Zentralisationsgrad und damit verbunden ein vergleichsweise hohes technologisches Niveau ermöglichen, versucht das westeuropäische Kapital diese Konkurrenznachteile durch einen sukzessiven Integrationsprozeß seiner nationalen Märkte aufzuheben. Diese Strategie war in den 60er Jahren, als es vor allem um die Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes ging, sehr erfolgreich. Die Zollmauern zwischen den Sechs wurden schrittweise abgebaut, der Konkurrenzkampf zwischen den nationalen europäischen Kapitalen intensivierte sich, der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß der nationalen Kapitale wurde enorm forciert (wenn auch zunächst innerhalb der einzelnen Nationen), die Arbeitsteilung zwischen den EWG-Ländern wuchs, so daß die Zollunion insgesamt dem Akkumulationsprozeß des westeuropäischen Kapitals erhebliche Impulse verlieh. Nicht zuletzt auf diesen Faktor ist es auch zurückzuführen, daß die Produktivitätslücke zwischen dem US-Kapital und den westeuropäischen Kapitalien in den 60er Jahren enger wurde.

In den 70er Jahren soll diese Strategie des westeuropäischen Kapitals darin ihre Fortsetzung erfahren, daß mit Großbritannien, Irland und Dänemark die gemeinschaftliche Zollunion (Endetappe 1977) um 3 Länder erweitert wird und mit den restlichen EFTA-Ländern – Österreich, Schweiz, Schweden, Finnland, Island, Portugal – eine westeuropäische Freihandelszone gegründet wird (Endetappe ebenfalls 1977).

I. Das Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion

Während sich die Zollunion in den 60er Jahren relativ reibungslos verwirklichen ließ, scheiterte die anvisierte nächste Stufe des Integrationsprozesses, nämlich die Bildung einer Wirtschafts- und Währungsunion (Beschluß der Haager Gipelkonferenz vom Dez. 1969), von Anbeginn.

Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist die vollständige Liberalisierung des Waren-, Arbeitskräfte- und Kapitalverkehrs in einem EG-Währungssystem, das durch die irreversible Konvertibilität der Währungen, die unwiderrufliche Fixierung der Wechselkursparitäten, die Beseitigung der Wechselkursbandbreiten, sowie ein einheitliches und gemeinschaftliches Zentralbanksystem charakterisiert ist. Nach langen Auseinandersetzungen über die sinnvollste Konzeption zur schrittweisen Verwirklichung der WWU, beschloß der EG-Ministerrat im Frühjahr 1972 folgenden Stufenplan:

In einer ersten Stufe (rückwirkend vom 1. 1. 1971 bis 31. 12. 1973) sollen die Konsultationen der Mitgliedsländer über die jeweilige Wirtschaftspolitik intensiviert und

als erster währungspolitischer Schritt die Bandbreiten zwischen den Wechselkursen der einzelnen Länder auf 2,25 % begrenzt werden. Gleichzeitig ist im Verlauf der ersten Etappe das Währungs-Beistands-System in der EG auszubauen, mit dessen Hilfe die Wechselkursparitäten im beschlossenen Rahmen fixiert verlängert werden, ehe die zweite Stufe erreicht wird, die sich durch die mittelfristige Abstimmung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedsländer sowie den weiteren Aufbau der währungspolitischen weiteren Stufen bis hin zur endgültigen Verwirklichung der WWU Zusammenarbeit auszeichnet. Die sollen durch Beschlüsse des Ministerrates eingeleitet werden; insgesamt ist für die Installierung der WWU ein Zeitraum von 10 Jahren vorgesehen.

Die sich hinter dem WWU-Konzept verbergende Interessenlage läßt sich aus den ökonomischen Prozessen erkennen, die die Währungsunion initiieren würde. Eine unwiderrufliche Fixierung der Wechselkursparitäten zwischen den EG-Währungen hat zur Folge, daß die sich aus unterschiedlichen Inflationsraten und unterschiedlichen Wachstumsraten der Produktivkraft der Arbeit ergebenden Veränderungen der Konkurrenzbedingungen der einzelnen nationalen Kapitale nicht mehr durch Wechselkurskorrekturen aufgefangen werden (Abwertung im sich schwächer entwickelnden Land, Aufwertung im Land mit relativ rascherer Entwicklung). Letzten Endes nimmt damit der Druck der produktiveren nationalen Kapitale (der BRD und Frankreichs) auf die weniger produktiven nationalen Kapitale (Italiens, Großbritanniens und Irlands) zu und der nationale und übernationale Konzentrations- und Zentralisationsprozeß des Kapitals wird forciert. Im internationalen Kontext würde sich das EG-Kapital damit die Akkumulationsbedingungen verschaffen, über die das US-Kapital seit Beendigung des Bürgerkrieges im 19. Jahrhundert verfügt; das Entwicklungsgefälle zwischen den USA und Westeuropa könnte erneut verringert, vielleicht sogar nivelliert werden.

Es ist verständlich, daß das WWU-Konzept auf ein weitaus größeres Maß an nationalen Widerständen stößt als die Bildung der Zollunion. Während die Zollunion durch den wechselseitigen Abbau von Importbarrieren jedem EG-Land Vor- und Nachteile brachte und im Falle zu einseitiger Benachteiligung eines Landes, die sich sehr schnell in Zahlungsbilanzdefiziten bemerkbar gemacht hätte, die Möglichkeit der Wechselkurskorrektur offen ließ, bevorzugt die WWU die produktiveren nationalen Kapitale einseitig und beraubt die schwächeren nationalen Kapitale der Möglichkeit, Veränderungen der Konkurrenzbedingungen im EG-Raum mit Wechselkurskorrekturen aufzufangen. Der im Juni 1974 gegründete europäische Regionalfond, der durch Beihilfen für vor allem Italien, Irland und Großbritannien diese die Ungleichmäßigkeit verschärfende Wirkung der WWU ausgleichen soll, ist angesichts seiner Mittelausstattung als bloße europäische Sozialkosmetik zu bewerten (1).

Kein Wunder, daß bereits die erste Stufe der WWU faktisch scheiterte, obwohl sie verbal immer noch am Leben erhalten wird. Nachdem im März 1972 alle EG-Länder die Bandbreite ihrer Währungen untereinander von 4,5 % auf 2,25 % verringerten und sich die beitrittswilligen europäischen Länder (Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen) diesem Schritt anschlossen, scherten 1 Jahr später mit dem Übergang der EG-Währungen zum Blockfloaten gegenüber dem Dollar Großbritannien, Irland und Italien aus dem Währungsverbund aus. Die DM wurde 1973 innerhalb des Blockes um zunächst 3 % und dann abermals um 5,5 % aufgewertet. Zwar wurde noch im April 1973 der Europäische Währungsfond gegründet, aber im Januar 1974 entzog sich auch Frankreich dem Euroblock. Übrig blieben die BRD, die Benelux-Länder, Dänemark und als Nicht-Mitgliedsländer Schweden und Norwegen. Faktisch ist die erste Stufe der WWU damit gescheitert, weil zwei alte EG-Länder (Italien und Frankreich) und das wichtigste neue Mitgliedsland (Großbritannien) sich außerhalb des Währungsblocks befinden. Dieser Verfall der WWU ist nicht etwa auf die Weltwirtschaftskrise oder die Ölkrise zurückzuführen (die Ölkrise hat allenfalls den Zeitpunkt des französischen Ausscherens aus dem Euroblock beeinflußt), ihr Scheitern ist vielmehr im WWU-Konzept selber angelegt. Angesichts der notwendigen ungleichmäßigen Entwicklung von Inflation und Produktivkraft der Arbeit innerhalb der EG ist es bereits utopisch zu erwarten, daß auch nur die Bandbreiten zwischen den Währungen verringert werden können. Italien z. B. wäre in der heutigen Situation gezwungen, innerhalb des Blockes die Lira unter Preisgabe seiner Währungsreserven wenigstens am unteren Rand der Währungsschlange zu fixieren, müßte darüber hinaus Währungskredite aufnehmen und wäre schließlich zu einem scharfen Deflationskurs gezwungen, um seine Wettbewerbsbedingungen gegenüber den anderen EG-Ländern wieder zu sanieren. Die BRD kann sich noch so sehr als „Zahlmeister" aufplustern, sie wird die schwächer

entwickelten Kapitale Europas, vor allem Großbritannien, Irland und Italien (die eigentlichen „Zahlmeister") nicht in einen imperialistischen Block unter westdeutscher Dominanz und zu westdeutschen Bedingungen zwingen. Realisierbar wäre heute allenfalls eine WWU zwischen Frankreich, Benelux, Dänemark und der BRD, nämlich zwischen den Ländern innerhalb der Neuner-Gemeinschaft, die über ein relativ gleiches Entwicklungsniveau verfügen.

Angesichts des Scheiterns der bisherigen WWU-Konzeption und des zu erwartenden weiteren Verfalls dieser Strategie darf erwartet werden, daß die BRD bald die Initiative für diese neue Blockbildung ergreift. Eine WWU in Mitteleuropa, verbunden mit einer Zollunion der Neuner-EG, eingebettet in eine westeuropäische Freihandelszone, ist für das westeuropäische Kapital die heute einzig mögliche Strategie zur Verbesserung seiner Konkurrenzposition gegenüber den imperialistischen Rivalen USA und Japan.

II. Weltwirtschaftskrise und Ölkrise unterminieren die Zollunion

Stellten wir im ersten Teil fest, daß es der EG in den 70er Jahren bisher nicht gelang, den Integrationsprozeß auch nur ansatzweise über die Zollunion hinaus zur Wirtschafts- und Währungsunion voranzutreiben, so brachen 1974 im Zusammenhang mit der beginnenden weltweiten Akkumulationskrise und der Vervierfachung des Listenpreises für Rohöl durch die OPEC-Staaten Widersprüche in der EG auf, die selbst das bisherige Integrationsfundament, die Zollunion, ins Wanken brachten. Konnten die EG-Länder noch 1973 einen Leistungsbilanzüberschuß von 1 Mrd. $ erzielen, mußten sie 1974 ein Defizit von 20 Mrd. $ hinnehmen. Dieser scharfe Einbruch in der Leistungsbilanz ist — wie die Tabelle zeigt — primär auf die Ölpreissteigerungen zurückzuführen. Die Leistungsbilanzdefizite der drei größten Defizitländer, Frankreich, Großbritannien und Italien, hätten sich ohne die Ölpreiserhöhung auf nicht 24,75 Mrd. $, sondern „nur" 8,25 Mrd. $ belaufen, wären also um ein Vierfaches geringer ausgefallen und gegenüber 1973 „nur um 2 Mrd. $ gestiegen. Leistungsbilanzüberschüsse wiesen in der EG 1974 trotz der Ölpreisverteuerung die BRD und die Benelux-Länder auf; die BRD konnte ihren Leistungsbilanzüberschuß gegenüber 1973 sogar von 4,5 auf 9 Mrd. $ verdoppeln. Angesichts dieser dramatischen Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation einiger EG-Länder durch die Verteuerung der Rohölimporte breiteten sich in den Defizitländern protektionistische Tendenzen aus. Verschärft wurde dieser Druck zum Protektionismus allerdings durch zwei Momente: Einmal sind alle wichtigen kapitalistischen Industrieländer nach der Hochkonjunktur 1972/73 in eine Akkumulationskrise geraten, deren Schärfe seit Ende des Zweiten

Leistungsbilanzen mit und ohne Mehrausgaben für Öl (in Mrd. $)

Land	1973	1974		1975 (Schätzung)		
	L.-Bil.	L.-Bil.	Mehrausg. für Öl	L.-Bil. o. Mehrausg.	L.-Bil.	Mehrausg. für Öl
USA	0,50	— 3,25	— 14,75	11,50	— 7,50	— 19,00
Japan	— 0,25	— 4,75	— 12,00	7,25	—	— 15,50
Frankreich	— 0,75	— 7,50	— 6,25	— 1,25	— 6,25	— 6,25
BRD	4,50	9,00	— 6,25	15,25	6,00	— 8,25
Italien	— 2,50	— 8,25	— 5,00	— 3,25	— 5,75	— 6,00
GB	— 3,00	— 9,00	— 5,25	— 3,75	— 6,50	— 7,00

Quelle: OECD, zitiert nach: Die Zeit, Nr. 3, 10. 1. 1975.

Weltkrieges einmalig ist und die von daher ohnehin die Möglichkeit zur Desintegration des kapitalistischen Weltmarktes über nationale Krisenmilderungsversuche (Abwertungen, Zollerhöhungen etc.) in sich trägt. Zum zweiten zeigen die Differenzen in den Leistungsbilanzdaten zwischen wichtigen EG-Ländern, der BRD und Benelux einerseits, Italien, Frankreich, Großbritannien, Dänemark und Irland andererseits, daß über Wechselkurse nicht korrigierte Wettbewerbsverzerrungen zwischen diesen Ländern vorliegen, die Ausdruck einer beggar-my-neighbour-Politik seitens der Überschußländer sind. Diese Ungleichheiten verstärken in den Defizitländern die Protektionismustendenz. Ein eklatantes Beispiel der Beggar-my-neighbour-Politik der BRD ist der Grenzausgleich im Agrarhandel mit EG-Ländern. Um die westdeutsche Landwirtschaft vor den Auswirkungen der permanenten DM-Aufwertungen zu schützen, führte die EG auf Druck der BRD den sogenannten Grenzausgleich ein, der die westdeutschen Agrarexporte faktisch subventioniert und die westdeutschen Bauern gleichzeitig vor billigeren Agrarimporten aus den EG-Ländern schützt. Die BRD-Agrarexporte in die EG haben wegen des Grenzausgleiches seit 1972 rapide zugenommen und auf diese Weise z. B. das Leistungsbilanzdefizit Italiens enorm verschärft (2). Italien verzeichnet allein im Handel mit Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen 1973 ein Defizit von 10 Mrd. DM; ohne diese Verluste wäre das italienische Handelsbilanzdefizit 1973 um ca. zwei Drittel niedriger ausgefallen (1 Mrd. $ gegenüber 2,5 Mrd. $). (Dies ist im übrigen der Hintergrund für die Behinderung westdeutscher Milchtanker am Brenner im Jahre 1973 durch italienische Bauern.) Die 1974 in der EG zu beobachtenden protektionistischen Maßnahmen — Italiens Import-Bardepot und Dänemarks Verbrauchssteuer-Erhöhungen auf Importwaren — sind also nicht nur Produkt der über die Ölpreiserhöhungen drastisch verschärften Zahlungsbilanzdefizite, sondern auch Ausdruck der Weltwirtschaftskrise sowie der durch die Wechselkursstrukturen nicht beseitigten Verzerrungen in der Konkurrenzposition der verschiedenen EG-Staaten (3). Ob es der EG gelingt, die Unterminierung der Zoll-Union aufzufangen, hängt ab

a) von den Möglichkeiten des Recycling der Ölmilliarden in die Defizitländer,

b) vom weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise.

Zu a): Beim Recycling handelt es sich um das Problem, die Devisenüberschüsse der OPEC-Länder (nach Schätzungen beliefen sich die Defizite der Ölimportländer gegenüber den OPEC-Ländern 1974 auf ca. 60 Mrd. $, wovon 40 Mrd. $ auf die kapitalistischen Industrieländer entfallen) in die Öl-Importländer zurückzuschleusen. Faktisch verläuft der Rückfluß in folgenden Formen:

1. Die OPEC-Länder importieren im Zuge des beschleunigten Akkumulationsprozesses von Industriekapital in ihren Ländern in zunehmendem Maße Industriewaren aus den Ölverbrauchsländern. So stiegen die Importe der Erdölländer 1974 um ca. 60 % auf einen Gesamtwert von 33 Mrd. $.
2. Die OPEC-Länder exportieren langfristiges Geld in Form von Direktinvestitionen in die kapitalistischen Industrieländer, z. B. die Iranbeteiligung an den Krupp-Hüttenwerken.
3. Die OPEC-Länder legen ihre Überschüsse kurzfristig in den Geldmärkten der kapitalistischen Industrieländer an, geben den Ölimportländern also kurzfristige Kredite.

Die Hauptform des Rückflusses war 1974 der kurzfristige Kredit: Nach Angaben des amerikanischen Finanzministeriums wurde der 60-Mrd.-$-Überschuß der Ölländer wie folgt angelegt (4):

— 35 % wurden auf dem Euro-Markt angelegt, und zwar vor allem in Form von Bankdepositen.
— 18,5 % flossen auf den amerikanischen Geld- und Kapitalmarkt.
— 12,5 % wurden am Londoner Geldmarkt placiert, und zwar größtenteils als Bankeinlagen.
— 9 % gingen an offizielle oder halboffizielle Institutionen der kapitalistischen Industrieländer.
— 6 % erhielten die Weltbank und der IWF.
— 4 % gelangten in die ökonomisch schwach entwickelten Länder.
— 15 %, der Rest, lief in anderen Formen zurück, z. T. auch als Direktinvestitionen.

Das Recycling war 1974 so erfolgreich, daß die kapitalistischen Industrieländer nicht einmal ihre Währungsreserven anzugreifen brauchten, dies gilt selbst für Italien. Allerdings ist die jetzige Form des Recycling — vor allem kurzfristige Anlagen auf den Geldmärkten der kapitalistischen Industrieländer — keine Dauerlösung: die USA, Westeuropa und Japan müssen sicherstellen, daß die Kredite der Erdölländer nicht zum Dauerkredit — vielleicht sogar noch mit kumulativer Tendenz — werden. Um mittelfristig ihre Schuldnerposition gegenüber den Ölländern abzubauen, verfolgen die kapitalistischen Industrieländer drei Strategien:

1. Sie versuchen sich von den Ölimporten aus den OPEC-Ländern durch Energiesparprogramme und die Entwicklung von Alternativenergiequellen unabhängiger zu machen.

PROBLEME DES KLASSEN-KAMPFS ★ **17/18**

Momente des bürgerlichen Staates in der griechischen Polis + Zur Problematik der Wirtschaftsreformen 1963—1968 in der CSSR + Wie können Tunten Sozialisten sein + Der Einfluß der jacobinistischen und sozialdemokratischen Tradition auf das leninistische Organisationskonzept + Redaktionskollektiv Klassenanalyse — Notizen zur Klassenanalyse der BRD durch das PKA + Zur Kritik bürgerlicher Inflationstheorien + Inflation und Krise der Kapitalverwertung

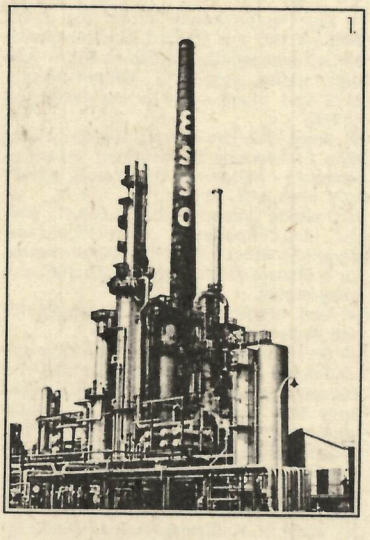
Abonnements sind nur direkt vom Verlag beziehbar. Abo-Preis für 6 Einfachhefte (bzw. 2 Einfach- und 2 Doppelhefte) ist DM 31,00 inklusive Versandkosten. Luftpostabonnements (nur außerhalb Mitteleuropas): DM 36,00. Die Lieferung wird aufgenommen, sobald der Abo-Betrag beim Verlag eingegangen ist. Dabei ist anzugeben, ab welchem Heft die Zusendung gewünscht wird, wobei frühestmöglicher Abo-Beginn das zuletzt erschienene Heft ist. Bezahlung durch Überweisung an Politladen GmbH, 852 Erlangen, Konto Nr. 3234-850 Postscheckamt Nürnberg

Erhältlich in Buchhandlungen oder per Post durch:
POLITLADEN ERLANGEN 852 ERLANGEN POSTFACH 2849

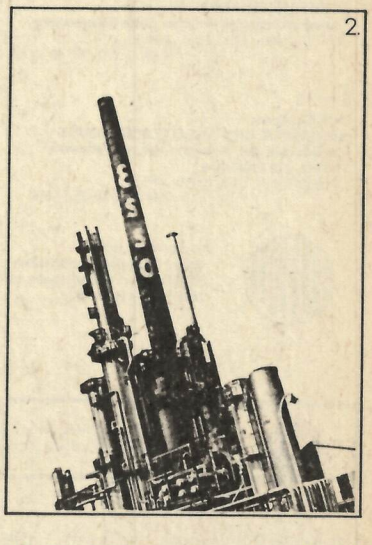
2. Sie erwarten vom Industrialisierungsprozeß in den OPEC-Ländern bis Anfang der 80er Jahre eine Umkehrung, zumindest eine Ausgleichung der Devisenflüsse. Die Ölländer sollen im Laufe der 70er Jahre immer mehr Industriewaren aus den kapitalistischen Industrieländern importieren, um so allmählich ihre gesamten jährlichen Öldeviseneinnahmen für Importe aus den Verbrauchsländern zu verwenden.
3. Sie lassen in gewissen Grenzen den Aufkauf von Industrieanlagen in den USA, Westeuropa und Japan durch die OPEC-Länder zu, um über diese Direktinvestitionen langfristig die Devisenüberschüsse der Ölländer in den Industrieländern zu binden.

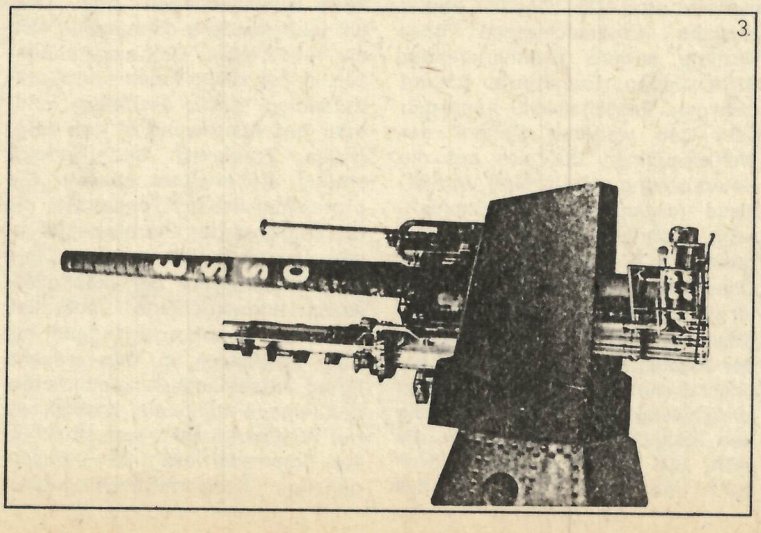
Diese Strategien sind entweder mit Unsicherheiten belastet (so 1 u. 2) oder aufgrund politischer Barrieren in den kapitalistischen Industrieländern nur beschränkt anwendbar (so 3); im übrigen erstrecken sie sich über mindestens ein Jahrzehnt, so daß in den nächsten Jahren das kurzfristige Recycling dominieren wird, das allerdings wiederum andere Risiken für die kapitalistischen Industrieländer in sich birgt.

Auf den internationalen Finanzmärkten – in erster Linie dem Euro-Markt – herrschen wegen der kurzfristigen Anlagen der Ölmilliarden und dem gleichzeitigen Zwang der Schuldner aus den kapitalistischen Industrieländern zu mittel- bis längerfristiger Kreditaufnahme in wachsenden Maße die sogenannten roll-over-Kredite vor. Dies sind mittelfristige Kredite, deren Konditionen alle halbe Jahr auf der Basis der Zinsentwicklung für kurzfristige Euromarktgelder neu bestimmt werden. Für die Banken entsteht bei dieser Kreditform ein immer größeres Liquiditätsrisiko, weil die Ölländer große Geldsummen kurzfristig bei ihnen anlegen, diese also auch kurzfristig abrufen können, während die Banken mittelfristige Verpflichtungen eingegangen sind. Neben dem Liquiditätsrisiko der Banken wächst auf den Euromärkten auch das sogenannte Bonitätsrisiko, weil der Verschuldungsgrad der Schuldnerländer immer größer wird. Das gigantische Kreditnetz, das z. Z. den Weltmarkt überspannt und krampfhaft zusammenhält, kann deshalb leicht zusammenbrechen (vergl. Herstatt-Pleite).


1.

Bereits dieser Hintergrund macht klar, daß Ford und Kissinger Pläne ventilierten, durch eine US- oder NATO-Intervention in Nahost mit direkter imperialistischer Gewalt die Ölkrise zu „lösen". Westeuropa durfte diese Pläne allerdings nicht unterstützen, weil es im Gegensatz zu den USA vom Nahostöl tödlich abhängig ist. Während die USA mit ihren eigenen Reserven einen Krieg gegen die Ölländer und damit den Ausfall von Öllieferungen aus diesem Raum auf unbestimmte Zeit leicht überleben können, wäre ein derartiger Krieg für die westeuropäischen Länder mit dem Zusammenbruch des Produktionsprozesses verbunden. Westeuropa ist also zur Kooperation mit den Ölländern verdammt, gerade weil es weitaus abhängiger von Ölimporten ist als die USA, während umgekehrt die USA Kriegspläne verfolgen können, eben weil sie ohne OPEC-Öl auskämen. Daß die USA trotz der geringen Abhängigkeit die Anwendung direkter Gewalt ins Kalkül einbeziehen, offenbart die Fehleinschätzung einiger Sozialwissenschaftler, die hinter der Ölkrise die interessierte Fratze des US-Kapitals vermuten (5). Diese Analysen sind falsch, weil auch das US-Kapital durch die Ölpreissteigerungen eine Senkung seiner Durchschnittsprofitrate in Kauf nehmen muß und bei allen Alternativen zum Nahostöl verstärkt hinzunehmen hat. Im übrigen verbessert das US-Kapital durch die Ölkrise durchaus nicht seine Konkurrenzposition gegenüber dem westeuropäischen und japanischen Kapital – wie die Anhänger dieser These behaupten –, denn mittelfristig liegt ein Preis für Alternativ-Energiequellen im Rahmen des amerikanischen Ölimport-Unabhängigkeitsprogramms über dem Ölpreis des OPEC-Kartells, der durchaus sinken kann, weil einerseits der Verbrauch von OPEC-Öl in den kapitalistischen Industrieländern zurückgeht und deshalb andererseits die Widersprüche zwischen den OPEC-Ländern das Kartell unterminieren können (6). Es läge also durchaus im Interesse sowohl Westeuropas als auch der USA, die Ölkrise militärisch zu beheben, aber – wie ausgeführt – diese Strategie ist für Westeuropa ökonomisch nicht durchsetzbar. Die Differenzen zwischen Kollisionskurs (USA) und Kooperationszwang (Westeuropa) gegenüber den OPEC-Ländern haben sich im letzten Jahr auch in den Konferenzen der imperialistischen Länder über den Entwurf einer gemeinsamen Strategie angesichts der Ölpreisverteuerung offenbart. Die USA traten – wenn schon keine militärische Intervention durchsetzbar war – wenigstens für die Bildung eines Verbraucherkartells ein, um die OPEC-Länder durch ökonomischen Gegendruck in die Knie zu zwingen. Auch hier mußte sich die EG verweigern, weil auch im Rahmen dieser Strategie die Möglichkeit eines totalen Lieferstops aus Nahost mitkalkuliert werden muß und insofern die Nähe zur militärischen Strategie zu groß ist. Die USA konnten nicht einmal erreichen, daß sich die OECD-Länder im Falle akuter Zahlungsbilanzkrisen einiger Mitgliedsländer durch ein autarkes Währungs-Beistandssystem, d. h. ein System, das nicht auf OPEC-Devisen-Überschüsse zurückgreift, absichern. Westeuropa ging auch hier den Kooperationsweg und setzte ein Währungsbeistandssystem unter Rückgriff auf die OPEC-Währungsreserven im Rahmen des IWF durch. Daß in diesen Wochen neben dem IWF-OPEC-Reservesystem ein eigenes OECD-Sicherheitsnetz (der alte Kissinger-Plan) gespannt wird, widerspricht der hier vertretenen These vom Scheitern des


2.


3.

Gerhard Armanski, Boris Penth, Jörg Pohlmann

neu

Staatsdiener im Klassenkampf

Soziale Lage und Kämpfe staatlicher Lohnarbeiter in der BRD

Mit den Streiks Anfang 1974 ist es ins Bewußtsein auch einer breiteren Öffentlichkeit getreten, daß die zunehmenden sozialen Konflikte in der BRD auch vor dem bisher eher windstillen öffentlichen Dienst nicht mehr haltmachen. Rationalisierung, Lohndruck, Intensivierung der Arbeit zwingen auch die staatlichen Lohnarbeiter zu verstärktem Kampf um die Sicherung ihrer Existenz in der bürgerlichen Gesellschaft. Dieser Prozeß steht erst am Anfang und zeigt erst ansatzweise klare Konturen.
Die Arbeit beginnt mit einer knappen Darstellung des allgemeinen Verhältnisses von Kapital und Staat, insbesondere bezüglich der Notwendigkeit staatlicher Tätigkeit und ihrer Grenzen. Dieses Verhältnis wird nachfolgend an den Verhältnissen der BRD konkretisiert. Die daraus entspringende These, daß die widersprüchlichen Bedingungen staatlicher Tätigkeit gegenwärtig und zukünftig zur Ökonomisierung der staatlichen Tätigkeit, d. h. auch zu vermehrtem Rationalisierungs- und Leistungsdruck auf die staatlichen Lohnarbeiter führen, wird ausführlich anhand der Deutschen Bundespost und einigen Bereichen des unmittelbaren öffentlichen Dienstes erläutert. Es wird gezeigt, auf welche Bewußtseinsformen diese Verhältnisse treffen und welche Inhalte und organisatorischen Formen die Kämpfe der staatlichen Lohnarbeiter derzeit annehmen. Schließlich werden – primär in der kritischen Einschätzung vorhandner Ansätze – Thesen zur tendenziellen Entwicklung der Kämpfe der staatlichen Lohnarbeiter und der politischen Einwirkungsmöglichkeiten in diesem Prozeß entwickelt.
Die Arbeit will einen Anfang machen mit der notwendigen Klärung in diesem Abschnitt des Klassenkampfes. Sie erfüllt ihren Zweck am besten, wenn sie im Zusammenhang praktisch arbeitender Gruppen aufgenommen und umgesetzt wird.

Das Buch hat ca. 250 Seiten und erscheint im Winter 74/75.

Politladen Erlangen

focus verlag
Argumentationen

Band 1
Wolfgang Grebe
ERZIEHUNG ZUR SOLIDARITÄT
Grundlagen und Möglichkeiten politischer Emanzipation. Kinderbuchanalyse
2. durchgesehene und erweiterte Auflage
1973; Br; IV, 172 Seiten; DM 7,50
ISBN 3-920 352-50-5

Band 4
Janina Markiewicz-Lagneau
SCHULE UND HOCHSCHULE IM SOZIALISMUS
Die Idee der Gesellschaft der Gleichen und soziale Schichtenbildung
1973; Br; 192 Seiten; DM 10,–
ISBN 3-920 352-53-X

Band 6
Peter Körner/Matthias Meyn (Hrsg.)
GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN STUDIUM UND SCHULPRAXIS
Frankfurter Organisation Sozialistischer Historiker (FROSH)
3. erweiterte und aktualisierte Ausgabe
1973; Br; XV, 577 Seiten; DM 15,–
ISBN 3-920 352-55-6

Band 9
Friedrich Nemec/Wolf Siegert/Wilhelm Solms
PLURALISMUS DER ALTERNATIVEN ODER ALTERNATIVE ZUM PLURALISMUS?
Bernhard Vogels Eröffnungsrede ‚Deutschunterricht, ein Politikum?' und der Germanistentag 1973 in Trier
1974; Br; 112 Seiten; DM 6,–
ISBN 3-920 352-58-0

Band 10
Lothar Quanz
DER SPORTLER ALS IDOL
Sportberichterstattung: Inhaltsanalyse und Ideologiekritik am Beispiel der ‚Bild'-Zeitung. Mit einem Vorwort von Herbert Haag
1974; Br; IV, 178 Seiten; DM 9,–
ISBN 3-920352-59-9

Band 11
Wolfgang Jantzen (Hrsg.)
THEORIE UND PRAXIS DER BEHINDERTENPÄDAGOGIK
1974; Br; VI, 202 Seiten; DM 10,–
ISBN 3-920352-40-8

Band 12
Wolfgang Jantzen
SOZIALISATION UND BEHINDERUNG
Studien zu sozialwissenschaftlichen Grundfragen der Behindertenpädagogik.
1974; Br; VIII, 208 Seiten; DM 12,–
ISBN 3-920 352-41-6

Band 17
Jörg Schilling
PORTUGALS AFRIKANISCHE KOLONIEN IM FREIHEITSKAMPF
Hintergrundmaterial. Analyse. Unterrichtsplanung.
1974; Br; VIII, 192 Seiten; DM 10,–
ISBN 3-920 352-46-7

Band 19
Götz Eisenberg
MARXISMUS UND ARBEITERBEWEGUNG
Versuch über das Verhältnis von revolutionärer Theorie und Erfahrung
1974; Br; VIII, 168 Seiten, DM 9,–
ISBN 3-920 352-48-3

Focus-Verlag GmbH
Verlag für Sozialwissenschaften
6300 Gießen · Wilhelmstraße 12
Telefon (06 41) 3 47 60

Bezug: Prolit-Buchvertrieb GmbH
D-63 Gießen Postfach 2969

US-Kollisionskurses gegen die OPEC-Länder nicht, kam es doch den USA auf die Installierung ausschließlich des autarken OECD-Währungsreservesystems an. Erfolgreich scheinen die USA z. Z. bei den Diskussionen um die Festsetzung eines Mindestpreises für Rohöl zu sein. Diesen Mindestpreis müssen die USA im Rahmen der OECD-Energieagentur verbindlich machen, weil sie ansonsten Gefahr laufen, mit ihrem Ölimport-Unabhängigkeitsprogramm ein Ölpreisniveau für sich festzuschreiben, das wahrscheinlich über dem mittelfristig zu erwartenden Ölpreis der OPEC liegt, den USA also gegenüber Westeuropa Konkurrenznachteile einhandelte. Westeuropa scheint auf diesen US-Vorschlag eingehen zu können, entwickelt es doch selber im breiteren Maße Alternativenergiequellen (z. B. Nordseeöl). Welche Relevanz allerdings ein Vertragswerk über Mindestpreise für Rohöl zwischen den OECD-Staaten hätte, können nur reale Konfliktfälle entscheiden, also ein Absinken des OPEC-Listenpreises unter den vereinbarten OECD-Mindestpreis.

Um auf unseren scheinbar verloren gegangenen Ausgangspunkt, den protektionistischen Tendenzen innerhalb der EG, zurückzukommen: das Recycling der Ölmilliarden zur Lösung der Zahlungsbilanzprobleme wichtiger Mitgliedsländer ist kurz – wie mittelfristig krisenanfällig. Kurzfristig können weder Zusammenbrüche am Euromarkt ausgeschlossen werden (roll-over-Kredite!) noch Bonitätskrisen einiger Hauptschuldnerländer. Mittelfristig sind sowohl der Industrialisierungsprozeß in den OPEC-Ländern (reales recycling durch Industriewarenimporte dieser Länder) als auch die Entwicklung von Alternativenergien zumindest mit Unwägbarkeiten behaftet. Vom Recycling-Aspekt aus betrachtet sind also protektionistische Lösungen in einigen EG-Ländern (vor allem Großbritannien, Italien und Dänemark) nicht auszuschließen.

Zu b): Über den weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise können hier nur sehr oberflächliche Anmerkungen gemacht werden. Eine fundierte Analyse der weiteren Perspektiven des Kapitalismus im Weltmaßstab müßte den Profitratenverlauf in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern untersuchen, also insbesondere die Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Mehrwertraten einschätzen. Nun hinterlassen aber gerade die kontroversen Untersuchungen, die es für einige Länder gibt, z. B. Glyn/Suttcliffe und Yaffe für Großbritannien oder Altvater/Hoffmann/Schoeller/Semmler und Blechschmidt für die BRD, insofern ein Unbehagen, als man nach der Lektüre dieser Arbeiten erkennt, daß statistisch abgesicherte Aussagen über die faktische Entwicklung der organischen Zusammensetzung des Kapitals und der Mehrwertrate z. Z. offenbar noch nicht möglich sind oder zumindest recht problematisch sind (7). Zudem liegen ähnliche Untersuchungen über wichtige andere Weltmarktländer (USA, Japan, Frankreich, Italien) nicht vor. Prognostische Aussagen über den weiteren Verlauf der Weltkonjunktur, die sich auf die Untersuchung struktureller Verhältnisse (organische Zusammensetzung, Mehrwertrate) stützen, sind deshalb z. Z. kaum möglich.

Oberflächlich betrachtet wird 1975 für die Weltwirtschaft weiterhin ein Krisenjahr sein, das allerdings in der zweiten Hälfte in wichtigen kapitalistischen Industrieländern den Umschwung zur neuen Belebung der Konjunktur bringt. Für die USA, die nach den Boomjahren 1972 und 1973 (Wachstum des realen Bruttosozialprodukts um 6,1 % bzw. 5,9 %) 1974 mit – 2 % in die Krise absackten, wird für 1975 ebenfalls mit – 2 % gerechnet (8). Japan dagegen soll nach der Krise 1974 (– 3 %) im laufenden Jahr ein reales Wachstum von 3,5 % realisieren (übrigens 1972: 9,4 %, 1973: 10,2 %). Die Situation in den EG-Ländern stellt sich wie folgt dar: Die BRD prognostiziert nach dem Abschwung 1974 (1 %) in diesem Jahr einen Zuwachs des Bruttosozialprodukts von 2,5 % und damit eine konjunkturelle Wende. Auch für Großbritannien wird nach der negativen Rate von – 0,5 % für 1974 heuer mit 1 % eine leichte Wende erwartet. Dagegen wird sich die Konjunktur in den EG-Ländern, die sich 1974 zwar auch im Abschwung befanden, aber immerhin noch im Weltvergleich sehr gut abschnitten – Frankreich 4 %, Italien 3,5 %, Niederlande 2,5 %, Belgien 4,5 % – eine Verschärfung des Abschwungs vorausgesagt. Dabei schneidet Italien mit 0 % am schlechtesten ab, während Frankreich mit 3 %, Belgien mit ebenfalls 3 % und die Niederlande mit 2 % immer noch höhere Zuwachsraten zu erzielen beabsichtigen als die BRD und Großbritannien, die sich im Verlaufe des Jahres bereits in einen neuen Aufschwung hineinwachsen sehen.

Insgesamt wird das Jahr 1975 damit eine Stabilisierung des Abschwungs im weltweiten Maßstab mitsichbringen. Inwieweit sich im Verlaufe des Jahres 1976 ein neuer Boom der Weltkonjunktur anbahnt (wie nach der Weltmarktkrise 1958/59) oder aber der Aufschwung ausbleibt, hängt von der Konstellation der strukturellen Komponenten des Akkumulationsprozesses und deren Entwicklung in der gegenwärtigen Krise ab. Für unsere Fragestellung, inwieweit nämlich eine Verschärfung der Weltrezession den protektionistischen Tendenzen in der EG weiteren Auftrieb gibt, bleibt festzuhalten, daß 1975 ebenso wie 1974 Desintegrationstendenzen des Weltmarktes nicht auszuschließen sind. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich die erwarteten Umbruchstendenzen in der BRD, Japan und Großbritannien nicht einstellen und/oder der Abschwung in den USA, Italien, Frankreich und Benelux stärker als erwartet ausfällt. Die protektionistischen Tendenzen, die die aufgrund der Ölpreissteigerungen zustandegekommenen Zahlungsbilanzkrisen der kapitalistischen Industrieländer potentiell auslösen ,könnten sich dann mit den Tendenzen in den wesentlichen Krisenländern kombinieren, das eigene nationale Kapital vor der Weltmarktkonkurrenz zu schützen (Importbarrieren) bzw. diesem günstige Konkurrenzbedingungen zu verschaffen (Exportsubventionen, übermäßige Abwertungen). Diese mögliche Desintegration des kapitalistischen Weltmarktes würde die Akkumulationskrise in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern enorm verschärfen und die Dimension der großen Depression der 30er Jahre erreichen lassen.

Bezogen auf die EG sind z. Z. widersprüchliche Tendenzen zu beobachten: einerseits hat Italien sein Import-Bardepot vollständig aufgehoben, andererseits bleiben die Verbrauchssteuererhöhungen auf Importwaren in Dänemark bestehen und werden in Großbritannien ernsthaft Pläne erörtert, Importbarrieren zu errichten.

Fassen wir zusammen: Der Integrationsprozeß in der EG befindet sich in einer doppelten Krise: Zum einen ist die seit Anfang der 70er Jahre anvisierte erste Etappe der Wirtschafts- und Währungsunion als Erweiterung des Integrationsprozesses über die Zollunion hinaus gescheitert, weil das ungleiche Entwicklungsniveau zwischen den Mitgliedsländern eine Aufhebung des die ungleichen Konkurrenzbedingungen ausgleichenden Wechselkursmechanismus nicht erlaubt. Zum zweiten ist selbst die in den 60er Jahren erfolgreich durchgesetzte Zollunion angeschlagen, weil die ölpreisbedingten Zahlungsbilanzkrisen Großbritanniens, Dänemarks, Italiens und Frankreichs sowie die Krise des Akkumulationsprozesses in allen EG-Ländern den Protektionismus auf die Tagesordnung rufen.

Zum Thema Krise

In der nächsten „links" wird ein Beitrag von Aike Blechschmidt mit dem Titel „Die alte und die neue Weltwirtschaftskrise" erscheinen.

Anmerkungen:

(1) Der Regionalfonds ist für die Jahre 1975 bis 1977 mit 1,3 Mrd. Rechnungseinheiten ausgestattet worden (1 RE = 3,66 DM). Italien soll 40 %, Großbritannien 28 % und Irland ca. 6 % der Mittel erhalten.

(2) Vergl. Fabrizio Onida: Die konjunkturelle Entwicklung in wichtigen Industrieländern – Italien, in: Die Weltwirtschaft, 1974, Heft 2, S. 96 ff.

(3) Italiens Import-Bardepot-Gesetz sah vor, daß Importeure „nicht lebensnotwendiger Güter" 50 % des Einfuhrwertes für 6 Monate zinslos bei der Zentralbank hinterlegten.

(4) Verl. Berliner Bank: Mitteilungen für den Außenhandel, 2/1975, S. 3 f..

(5) So Hartmut Elsenhans: „Entwicklungstendenzen der Welterdölindustrie" in: Derselbe (Hrsg.): Erdöl für Europa, Hamburg 1974 und Bassam Tibi: Die Rohstoffe der Peripherie-Länder und der Reproduktionsprozeß der Metropolen: das Beispiel Erdöl, in: Handbuch 1 – Perspektiven des Kapitalismus, Frankfurt/Köln 1974 (EVA).

(6) Vergl. H. K. Schneider u. a.: Die Energiekrise in den USA – Ursachen und Auswege, München 1974.

(7) A. Glyn/B. Sutcliffe: Die Profitklemme, Rotbuch 1974; David Yaffe: Die Krise der Kapitalverwertung – eine Kritik an den Thesen von Glyn/Sutcliffe, in: Prokla 14/15 Altvater/Hoffmann/Schöller/Semmler: Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland, in: Prokla 13 und 16 Aike Blechschmidt: Profitentwicklung und Krise in der BRD-Industrie, in: Handbuch 1 – Perspektiven des Kapitalismus, Frankfurt/Köln 1974.

(8) Die Daten sind entnommen: Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie der Zeitschrift „Die Weltwirtschaft", Heft 2, 1974.

Zur aktuellen Situation in Frankreich

Claus Leggewie

Oberflächliche Kommentare der westdeutschen Presse gehen davon aus, in Frankreich gebe es mit Beginn des Frühjahrs ein jährlich wiederkehrendes Ritual sozialer und politischer Auseinandersetzungen. In der Tat könnte man sich beim ersten Hinsehen in das Jahr 1973 zurückversetzt fühlen (1974 lagen nach dem Tod Pompidous und während der Präsidentschaftswahlkampagne, sozusagen einem Moment des atemlosen „Alles oder nichts", die Dinge etwas anders): Schülerprotest in Paris und der Provinz, militanter Aktionismus der landwirtschaftlichen Produzenten, politische Artikulation „ökologischen Radikalismus" und „wilde" Streikbewegungen bzw. Betriebsbesetzungen bei Renault und in Klein- und Mittelbetrieben in ganz Frankreich (vgl. „links" vom Mai 1973).

Die gegenwärtigen Auseinandersetzungen knüpfen an die analogen Erfahrungen der Vorjahre an. Gleichzeitig wird aber deutlich, daß Frankreich wie alle westeuropäischen Länder in eine sich damals erst andeutende ökonomische, soziale und kulturelle Krise hineingetrudelt ist, in deren Verlauf das Klima der Klassenauseinandersetzungen rauher und die Voraussetzungen konsequenter Militanz und antikapitalistischer Interessenvertretung (auf allen genannten Ebenen) schlechter geworden sind. Hier kann nur ein knapper Überblick über Ausmaß, Formen und Inhalte der Auseinandersetzungen gegeben werden:

Schülerdemonstration in Frankreich

Schülerprotest: Die 1973 zum erstenmal wieder offen zutage getretene Protestbewegung der „lycéens" aus der Nach-Mai-Generation hat sich systematisiert. Anlaß der diesjährigen massenhaften Demonstrationen in Paris (40 000 Schüler) und in einzelnen Provinzstädten waren die „Vorschläge für eine Modernisierung des französischen Bildungswesens" von Erziehungsminister René Haby, die – ursprünglich dem liberalen Anfangsschwung Giscard d'Estaings entsprungen – doch nur ein reformerisches Mäntelchen um die Systemgrenzen des kapitalistischen Bildungswesens mit der darin enthaltenen Unmöglichkeit, „Chancengleichheit" zu erlangen, hängen soll. Wichtiger ist noch die im Haby-Projekt vorgesehene Erhöhung der Selektivität mit der Verschärfung der Zugangsbedingungen zur Universität durch Wiedereinführung eines zweigeteilten Abiturs. Damit und mit der Abtragung eines klassisch-philosophischen Überhangs im traditionellen Bildungswesen zugunsten mathematischer Schwerpunktsetzung soll eine weitere „bildungsökonomische" Rationalisierung des Schulwesens nach Gesichtspunkten der besseren Kapitalverwertung erzielt werden. Darauf, daß nach einer Umfrage der katholischen Arbeiterjugendorganisation JOC 70 vH. der Jugendlichen in Berufen landen, die sie als unerwünscht oder nicht zufriedenstellend bezeichnen, also auf die Generalisierung der Arbeitsunzufriedenheit, gibt das „Reform"-Projekt keine Antwort. Soweit die Protestbewegung organisierte Formen gefunden hat (was stärker als 1973 der Fall war), blieben trotz des Aufbaus der KP-nahen Schülerorganisation UNCAL die trotzkistischen „roten Schülerzirkel" weiterhin tonangebend. Die Orientierung auf die Arbeiterorganisationen hin, die 1973 postuliert worden war, hat sich verstärkt; Teil davon ist der erstaunliche Zulauf von Jugendlichen zur KPF.

Landbevölkerung: Die typischen kleinbürgerlichen Protestformen, deren Klasseninhalt zum Teil nur sehr diffus und schwer erkennbar ist und sich wie jetzt in Occitanien (Südfrankreich) mit regionalistisch-seperatistischen Forderungen mischt, gingen in den vergangenen Jahren vor allem von den EG-geschädigten Bauern und dem krisengeschüttelten Kleinhandel aus. In diesem Frühjahr gingen massenhaft die Weinbauern der traditionellen Anbaugebiete des „Midi" auf die Straße. Die Weinpreise sind inzwischen aufgrund EG-bedingter Überproduktion und italienischem und algerischem Konkurrenzdruck unter das Niveau von 1969 gefallen. Etwa 100 000 Weinbauern sind derzeit akut von der Pleite bedroht – bei vollen Weinkellern und leeren Bankkonten. Die französische Regierung reagierte auf die Aktionen der Weinbauern (z. B. Besetzungsaktionen in Montpellier) zunächst mit harten Polizeieinsätzen, dann aber griff sie die Forderung nach einem Einfuhrstopp für italienische Weine auf, wodurch der EG-Agrarmarkt weiter destruiert wird. Diese Forderungen blieben indessen ohne weitere Perspektive, da sie mit dem Rückgriff auf Subventionen von Seiten der Pariser Zentralgewalt die wirklichen Ursachen der Verschlechterung der Lage der Bauern nicht trifft, die im Zugriff der agro-industriellen Nahrungsmittelkonzerne und im „internen Kolonialismus" zu sehen ist. Der linke Flügel des occitanischen Seperatismus geht nämlich davon aus, daß gerade der Midi ähnlich wie die Bretagne unterentwickelte, für den Export produzierende Regionen sind.

Ökologie: Das im Zusammenhang mit der Rettung der Larzac-Region gegen militärische Nutzung 1973 entwickelte ökologische Bewußtseins- und Aktionspotential entfaltet sich gegenwärtig weiter als breite „antinukleare" Front gegen den Aufbau weiterer Atomkraftwerke in ganz Frankreich, wobei in jüngster Zeit durch die gemeinsamen Aktionen französischer, schweizerischer und westdeutscher Initiativen am Oberrhein (Marckolsheim, Kaiseraugst, Whyl) auch eine grenzüberschreitende Mobilisierung erzielt werden konnte. Die Thematik des antinuklearen Protestes ist nach den Whyler Aktionen weitgehend bekannt geworden; hier sollen nur noch einige für Frankreich typische Merkmale aufgezeigt werden.

Die französische Volkswirtschaft ist aufgrund hoher Rohölimportabhängigkeit wie keine andere kapitalistische Nation nach den bisherigen Planungen auf die Atomenergie programmiert (7 Reaktoren in Funktion, 1985 ca. 60 Reaktoren von 1000 Megawatt-Stärke geplant, im Jahr 2000 ca. 200). Was bislang als energie-politische Vernunftentscheidung deklariert worden war (Argumente: Rentabilitätsvorsprung der Atomenergie, Reduktion der Rohstoffabhängigkeit, einzige Möglichkeit zur Deckung zusätzlichen Energiebedarfs), entpuppt sich heute bereits nach immanenter Kritik als Konglomerat von Lügen, Halbwahrheiten und noch nicht gesicherten Risikoeinschätzungen. Diese sind Bestandteil einer aus der gegenwärtigen Krise erwachsenden, auf „Modernisierung" bauenden Kapitalstrategie: das gigantische Nuklearprogramm soll brachliegendes Kapital anziehen und den Internationalisierungsprozeß der französischen Volkswirtschaft beschleunigen.

Die Argumentationsstränge der „politischen Ökologie" sind in Frankreich z. T. weniger lokalpolitisch eingefärbt und nicht auf technokratische Alternativen eingeschworen wie hierzulande. Der politische Charakter der Umweltdiskussion kommt stärker zum Ausdruck. Der fortschrittliche Teil der Anti-Atom-Kampagne ist Bestandteil einer originären Theoriediskussion der Übergangsproblematik im Bezug auf die Nutzung alternativer Energiequellen, einer generell der Marktlogik entzogenen Energieversorgung und der Infragestellung des Mythos wissenschaftlich-technokratischer Kompetenz.

Soziale Kämpfe: Trotz gegenteiliger Versicherungen hat der Renault-Konzern immer noch eine Schlüsselstellung; er ist auch heute noch ein Barometer der sozialen Kämpfe. Der bisher längste Konflikt in der Nachkriegsgeschichte des Werkes, insbesondere im Zweigwerk von Mans, gründet auf analogen Forderungen des Jahres 1973 nach globalen Lohnerhöhungen (in Mans: 250 Francs für alle) und Abbau bestimmter Lohngruppen am Ende der Skala. Die Geschäftsleitung war, nachdem die C.G.T.- und C.F.D.T.-Gewerkschaften die autonomen Forderungen nach ersten Mißverständnissen aufgegriffen hatten, zunächst kompromißbereit, allerdings nur bis zu einem sowieso eingeplanten Maß. Als die Arbeiter in Billancourt und Mans die Mäßigungsstrategie nicht akzeptierten und auf Kampfformen der „Betriebsguerilla" (partielle Arbeitsniederlegungen, Reduzierung der Taktzeiten, vollständige Blockierung wichtiger Produktionsvorgänge) zurückgriffen, wurde bald die Verschlechterung der

Elena Gianini Belotti

Was geschieht mit kleinen Mädchen?

Die zwangsweise Herausbildung der weiblichen Rolle in den ersten Lebensjahren durch die Gesellschaft.

Eine streitbare Dokumentation über die Grausamkeit des Kleinmädchendaseins. Belotti stellt die festgelegten Geschlechtsrollen kritisch in Frage. Leicht zugänglich geschrieben, spricht dieses Buch alle an, die sich mit Kindern beschäftigen: Mütter, Väter, Kindergärtnerinnen, Lehrerinnen, Kinderpsychologen.

ca. 200 Seiten *ca. 12.80 DM*

Freia Hoffmann (Hrsg.)

Sterilisation — eine Notlösung, die wir uns erst noch erkämpfen müssen ...

Diese Textsammlung enthält:
- *Informationen über die rechtliche Situation, über Methoden und Kosten der Sterilisation,*
- *ideologiekritische Überlegungen zum Sterilisationstabu,*
- *einen Aufsatz über die „Politik der Kinderlosigkeit",*
- *Erfahrungsberichte zweier Frauen.*

ca. 30 Seiten *ca. 2.00 DM*

Barbara Ehrenreich / Deidre English

Hexen, Hebammen, Krankenschwestern

„Es sind vor allem die Hexen, die Gutes tun, die verbrannt werden müssen" (Ausspruch eines führenden englischen Hexenjägers).
Es ist die Geschichte von dem brutalen Kampf der Männer um die endgültige Vorherrschaft, die nur dann zu erringen war, wenn die letzte Bastion der Frauen fiel, die Kenntnis ihres eigenen Körpers und die Kontrolle über das Gebären.

ca. 80 Seiten *ca. 7.00 DM*

Ursula Erler

Die Lesbe

Roman

Es ist die dramatische, konfliktreiche Begegnung zweier Frauen: Gertrud, eine Lesbe mittleren Alters, trifft auf Anna, jung, aus der Frauenbewegung. Für Gertrud wird diese Beziehung die Auseinandersetzung mit ihrer Vergangenheit. Für Anna bedeutet diese Reflexion eine Absage an ihre Idealisierung der Beziehungen zwischen Frauen. Sie sieht die Probleme, die lesbische Frauen in dieser Gesellschaft haben, ohne den Schutz der Frauenbewegung.

ca. 80 Seiten *ca. 7.00 DM*

JOURNAL NR. 2
Feminismus und Ökologie

Gabriele Kuby, Das Ende der Männerherrschaft. Frauenkollektiv Freiburg, Frauen erklären Atom und Blei den Krieg. Ein Bericht von Lolly Hirsch über die Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest.

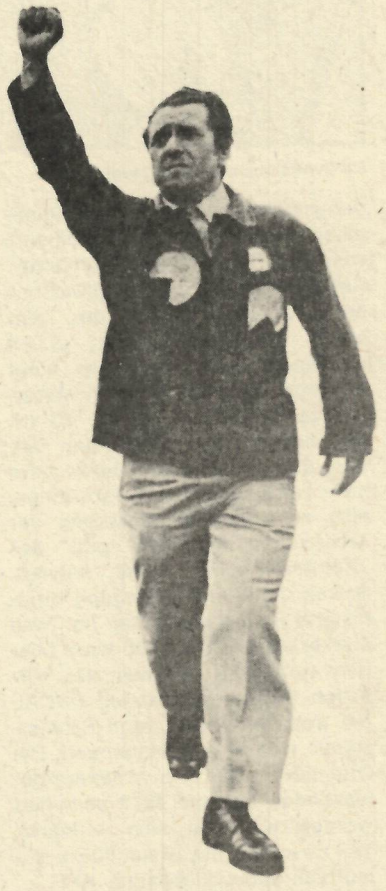
ca. 70 Seiten *ca. 4.50 DM*

Verlag FRAUENOFFENSIVE
8 München 80 Josephsburgstr. 16

Position der Gewerkschaften deutlich. Diese gerieten — für sie überraschend — in eine Zwangslage, als die Unternehmensführung eine äußerst harte Haltung mit „technischer" Arbeitslosigkeit, Aussperrung, Entlassung von 17 Streikführern als „Geiseln" (darunter 3 Gewerkschaftsfunktionäre) zeigte. Der gewerkschaftliche Handlungsspielraum ist in den letzten drei Jahren immer geringer geworden, so daß heute nur noch die Wahl zwischen totaler Kapitulation und totaler Konfrontation mit dem Kapital bleibt. In dieser Situation macht sich die Unternehmensführung Friktionen und Widersprüchlichkeiten der Gegenseite zunutze. Einmal können die Gewerkschaftsführungen spontane Kampfformen kaum kanalisieren, d. h. zwischen diesen und einer noch so kampfbereiten Haltung wie bei der C.G.T. im Werk von Mans ist niemals Deckungsgleichheit zu erzielen. Im Fall von Renault kommt hinzu, daß der nationalisierte Konzern in seiner Kerngestalt ein Programmpunkt des Volksfrontbündnisses und damit exemplarisch für andere, in Engpässe geratene Unternehmen (Citroen z. B.) ist. Deswegen sind vor allem die Kommunisten nicht daran interessiert, das bislang noch atypisch prosperierende Unternehmen durch langanhaltende „Betriebsguerilla" in Schwierigkeiten zu bringen. Diese implizite volkswirtschaftliche „Verantwortlichkeit" (auch ohne so etwas wie die Konzertierte Aktion) ist neben der beschriebenen Ungleichzeitigkeit das Hauptproblem der Gewerkschaften, das sich auf politischer Ebene niederschlägt.

Der Renault-Konflikt wurde vonseiten der Chirac-Regierung und Teilen der Presse als Werk der Kommunisten dargestellt, wozu die nach außen sehr offensive Haltung der KPF selbst beitrug. Unbelastet von Wahlen und Teilwahlen hat sich die Partei einiger Hemmschuhe ihrer auf parlamentarische Wahlen bezogene Strategie entledigt (ohne diese natürlich aufzugeben). Der Konflikt mit dem Volksfrontpartner Sozialistische Partei (P. S.), dem streckenweise „Klassenkollaboration" für das Linsengericht eines Ministerpräsidentenamtes für Mitterand unter Giscard vorgeworfen wurde, ist publizistisch leiser geworden. Die KPF versucht ihre Schwierigkeiten, eine Rolle im Bündnis zu finden, so zu lösen, daß sie als dessen „harter Kern" auftritt, d. h. qua proletarische Arbeiterpartei als „wahre Opposition" zu fungieren. Ob dieses Kalkül aufgeht, ist schwer abzusehen. Jedenfalls erhöhen sich dadurch noch die Schwierigkeiten der C.G.T., konsequente Interessenvertretung zu betreiben, da die Unternehmer immer weniger zu Konzessionen bereit sind. KPF/C.G.T. könnten so — halb getrieben, halb gezogen — gezwungen sein, die Rolle einer auch außerparlamentarischen Opposition konsequenter als bisher zu übernehmen. Die Kalkulation des französischen Herrschaftsblockes scheint in dieselbe Richtung zu gehen: Ministerpräsident Chirac, der sich nach einigen genialen Coups an die Spitze der damit endgültig Giscard-loyalen Gaullisten gesetzt hat, betreibt gegenwärtig massiv die Mobilisierung antikommunistischer Ressentiments auf der Basis des alten Gegensatzes zwischen de Gaulle und KPF oder das Chaos.

Die neuerliche Verhärtung der herrschenden Klasse, die bestimmten sozialreformerischen Neigungen (à la Projekt Haby) weniger Raum gibt, entspringt ihrer Krisendiagnose. Der Honigmond des französischen Wirtschaftsaufschwungs ist vorbei, der Traum von der führenden westeuropäischen Wirtschaftsnation ausgeträumt. Frankreich ist unwiderruflich in den Strudel globaler Rezession miteinbezogen. Mit dem Export (nur zum Teil kompensiert durch Technologiegeschäfte mit den Arabern) sackt auch die Binnennachfrage nach Be-



endigung der Vorsorgekäufe 1972 bis Mitte 1974 ab. Die von Reallohnverlusten betroffenen privaten Haushalte absorbieren aber bisher 55 vH. der nationalen Produktion. Die zu Jahresende signalisierten Tendenzen bestätigen sich, und punktuelle Aufwärtsbewegungen, z. B. im elektrischen Bereich, können nicht als wirkliche Konjunkturbelebung („relance") gedeutet werden. 800 000 Arbeitslose, 500 000 Kurzarbeiter und zum Sommer zu erwartende weitere 300 000 Jugendarbeitslose sind die Zahlen, an die sich die Öffentlichkeit gewöhnen soll. Denn Investitionen sind gegenwärtig vor allem Rationalisierungsinvestitionen, d. h. die Wiederaufnahme des bisherigen Wachstums mit tendenzieller Vollbeschäftigung wird von der Kapitalseite nicht eingeplant, wodurch aber eine bestimmte Arbeitslosenquote festgeschrieben wird.

Die Verteidigungsanstrengungen der Arbeiter zur Arbeitsplatzsicherung („batailles pour l'emploi") beherrschen deswegen eine zweite Gruppe sozialer Kämpfe in Klein- und Mittelbetrieben. Neben der Reduzierung der Lohnkosten ist nämlich die rigide Konzentrationstendenz wichtigster Bestandteil der gegenwärtigen Kapitalstrategie, als deren rigorosesten Verfechter im Herrschaftsblock man Finanzminister Fourcade ansehen muß. Nach seinen Plänen werden noch Tausende weitere „veraltete" Betriebe geschlossen oder „eingefroren". Die Belegschaften reagieren hierauf zumeist nach dem „Lip"-Muster, also mit Betriebsbesetzungen, täglichen Vollversammlungen, „Tagen der offen Tür" und Unterstützungsappellen an die Bevölkerung und potentielle Kunden und Geschäftspartner. Doch herrschen genau wie im Renault-Konflikt jetzt andere Bedingungen als bei Lip 1973, während weiterhin genau wie damals die Ebenen der Kleinbetriebe und der großen Konzerne wenig miteinander vermittelt sind. Augenblicklich gibt es eine Tendenz innerhalb einer „linken Unternehmertechnokratie", die sowohl gegen den alten Typus des autoritären Unternehmers als auch gegen die Monopole Front macht, bankrotte Unternehmen zu sanieren, indem sie sich an Lip-ähnliche Bewegungen anhängen und diese in Richtung auf eine „kooperative" Lösung kanalisieren. Prototyp ist der „Retter" von Lip, Neuschwander, der die Uhrenfabrik in der Tat aus den roten Zahlen herauszubringen dabei ist. Das Bündnis der mit Entlassung bedrohten Arbeiter mit Kleinkapitalisten, wie man dieses ja auch in der BRD z. B. im Bereich der Glasindustrie kennt, scheint gegenwärtig die einzige Gegenstrategie zu sein, solange die Sicherung des Arbeitsplatzes den Vorrang hat. Ein signifikantes Beispiel für eine Arbeiterkooperative ist die Möbelfabrik Manuest in Châtenois (Vogesen), wo nach sechsmonatigem Streik, Betriebsbesetzung und „wilden" Möbelverkäufen unter Anleitung der SCOP-Gesellschaft (einer für diese Zwekke ins Leben gerufene „Arbeiterunternehmensberatung") und der Gewerkschaft C.F.D.T. die leicht verringerte Belegschaft in die Rechte des bankrotten Unternehmers eingetreten ist. Die entlassenen Arbeiter wurden bis auf einige leitende Angestellte gegen Kapitalbeteiligung und langfristigem Lohnabzweig in einen Unternehmensfond wieder eingestellt, wobei sich Unternehmensstruktur und -hierarchie kaum veränderten. Muß man diese Lösung auch als Defensivmittel ansehen, so ist doch vor jeglicher Euphorie zu warnen, es handele sich hier schon um eine Stufe zur Arbeiterselbstverwaltung. In den Worten der C.F.D.T.-Zeitschrift „Aujourd'hui": Die Arbeiterkooperativen „als solche sind nicht geeignet, der Stunde des Selbstverwaltungssozialismus näherzukommen".

■

Zur Entstehung des Sozialistischen Zentrums München

SZ-München

Die Entstehung des SZ-München geht zurück auf erste Ansätze der Kooperation von Basisgruppen aus dem Raum München/Südbayern. Im Verlauf des Jahres 1973 entstanden zuerst Kontakte zwischen Münchner Gruppen und Genossen aus den Bereichen Betriebs-, Lehrlings- und Stadtteilarbeit, zu denen sich in der zweiten Jahreshälfte einige vornehmlich aus Schülern zusammengesetzte Basisgruppen aus der näheren und weiteren Umgebung Münchens gesellten. Dem Ganzen lag die Absicht zugrunde, von den sich aus der Arbeit der Gruppen und Genossen unmittelbar ergebenden Problemen aus zu einer Diskussion der Gemeinsamkeiten, d. h. einer ansatzweisen Strategie zu gelangen. Dem standen jedoch die sehr unterschiedlichen Praxisansätze und Praxisvorstellungen der Gruppen selbst entgegen: gab es auf der einen Seite Gruppen, deren praktische Arbeit vor allem experimentellen Charakter hatte, sich auf die Spontaneität und den Einfallsreichtum ihrer Akteure stützte, so beanspruchten andere Gruppen als Voraussetzung ihrer bzw. jeglicher Praxis ein abgeschlossenes, alles erklärendes und anleitendes Theoriegebäude, das erst noch zu erarbeiten sei. Folgerichtig vollzog sich die Auflösung dieses Kooperationsversuchs zwischen diesen beiden Positionen; letztere lösten ihre Gruppen auf, um bei der AK-München fortan nur noch Kapitalschulung zu machen, während ein Kreis von Genossen aus den restlichen Gruppen den „Arbeitskreis Sozialistisches Zentrum – AK/SZ" bildete, der die gewonnen Erfahrungen aufarbeiten und einer weiterführenden Diskussion nutzbar machen wollte. Man einigte sich darauf, die Gruppen, in denen ein Teil der Genossen nach wie vor arbeitet, vorerst einmal aus dem Spiel zu lassen, da an eine Zusammensetzung des AK–SZ aus Delegierten der Gruppen nicht zu denken war; dazu bestand in den Gruppen noch zu wenig Interesse an einem derartigen Projekt. Das war im März 1974.

Die vorangegangenen Bemühungen hatten deutlich gemacht, daß die zumeist sehr verschieden gearteten Praxisansätze unmittelbar nicht der Ausgangspunkt von Diskussionen um gemeinsame politische Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten sein können. Es bedarf dazu einer Diskussionsebene, die insofern von den unmittelbaren Problemen der Gruppen abstrahiert, als sie die Frage nach den Interessen im allgemeinen stellt, die es im Sinne einer sozialistischen Perspektive unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen zu verfolgen gilt. Die den verschiedenen Arbeitsfeldern jeweils entsprechenden konkreten Inhalte von Interessen, die Sozialisten vertreten können, wären daraus im Zusammenhang mit den Erfahrungen, die die Gruppen und Genossen bei ihrer Arbeit tatsächlich machen, abzuleiten. Damit ist in etwa der Diskussionsstand umrissen, wie er in der vom AK/SZ erarbeiteten Arbeitsfeldkonzeption niedergelegt ist. Wir haben sie in der Basis-Press 6/7 im November 1974 veröffentlicht.

Das Verhältnis zwischen dem AK/SZ und den Gruppen, aus denen einzelne Genossen im AK/SZ vertreten waren, veränderte sich bereits im Verlauf des Jahres 1974. Die Diskussionen des AK/SZ wurden teils mehr, teils weniger in die Gruppen selbst hineinvermittelt, so daß sich auch von den Gruppen her langsam ein Interesse am AK/SZ bzw. einem noch aufzubauenden Sozialistischen Zentrum entwickelte (dies betrifft va. die Juristengruppe, die Betriebsgruppe „Solidarität", die Sozialarbeitergruppe, die Sozialmedizinergruppe im Stadtteil Hasenbergl). Zudem wurden auf Initiative einzelner Genossen aus dem AK/SZ nach und nach weitere Gruppen gebildet (Medizinergruppe, Mediengruppe, Arbeitsfeld Erziehungswesen, Projekt Regionalanalyse).

Mit der Veröffentlichung der Arbeitsfeldkonzeption war dann auch der Zeitpunkt gekommen, die Probleme, die sich bei einer Organisierung nach Arbeitsfeldern ergeben und die wir in der Arbeitsfeldkonzeption ansatzweise zu systematisieren versucht hatten, auf einer breiteren Ebene zu diskutieren. Wurde die Konzeption auch nicht in allen Gruppen ausreichend vordiskutiert, so brachte die Diskussion auf dem ersten Plenum aller Gruppen im Januar dieses Jahres doch einige zentrale Probleme ins Bewußtsein:

a) Die Praxis der Genossen in den Gruppen und Arbeitsfeldern befindet sich z. T. noch immer in einem Stadium des Suchens nach möglichen Ansatzpunkten von Sozialistischer Politik – ein Zustand, der leicht Resignation und Desorientierung aufkommen lassen kann, wenn die Suche nicht zufällig erfolgreich verläuft, d. h. eine politische Perspektive für die Gruppe bzw. das Arbeitsfeld und darüber hinaus sich entwickeln läßt. Und hier spielt dann die Frage des Interesses eine bedeutende Rolle. Der Interessenbegriff müßte stärker mit politökonomischen Kategorien vermittelt werden. Auch müßte die Bedeutung des Ansatzes an Interessen für die Bedingungen in den verschiedenen Arbeitsfeldern genauer untersucht werden.

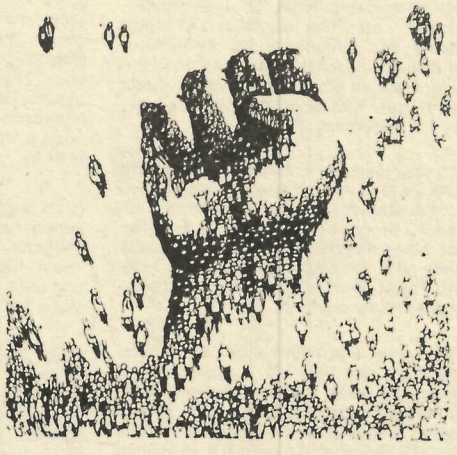
b) Die Organisierung in Arbeitsfeldern trägt die Gefahr in sich, daß das eigene politische Aktionsfeld überbewertet und nicht mehr als Teil eines übergreifenden Ganzen gesehen wird. Deshalb stellt sich das Problem, wie die einzelnen Arbeitsfelder, die ja gleichzeitig gesellschaftliche Teilbereiche repräsentieren, miteinander in einen Zusammenhang gebracht werden können, der nicht nur theoretisch aufgesetzt ist, sondern sich aus dem Inhalt der Arbeit in den Arbeitsfeldern selbst vermittelt.

Wir versuchen diese Probleme vorläufig folgendermaßen zu bewältigen:

Fragen theoretischer Art bedürfen einer längerfristigen Bearbeitung. Dazu haben wir Arbeitskreise eingerichtet (Interesse und Konkurrenz, Staat, Familie und Wohnen), die aus Genossen aus verschiedenen Arbeitsfeldern zusammengesetzt sind. Dadurch soll verhindert werden, daß die Diskussionen ins theoretisch Endlose verlaufen. Der Bezug zu den Problemen der praktisch-politischen Arbeit soll erhalten bleiben. Das Projekt Regionalanalyse, das sich auch als theoretisch arbeitendes Projekt versteht, besitzt demgegenüber mehr den Charakter eines Arbeitsfeldes, ist auch zum großen Teil aus Genossen zusammengesetzt, die in Bereichen Regionalplanung/Architektur/Soziologie arbeiten bzw. studieren und hat eine langfristig angelegte Arbeitsperspektive.

Gegenwärtig lassen sich zwei Tätigkeitsbereiche schwerpunktmäßig im SZ München feststellen: die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und die Stadtteilarbeit. Darauf werden sich zukünftig unsere Bemühungen um die Vermittlung der Arbeit der verschiedenen Arbeitsfelder und Gruppen richten. So sollen jene Arbeitsfelder und Gruppen,

THESEN DES SB



Die Thesen sollen den Diskussionsstand der am Sozialistischen Büro orientierten und in ihm organisierten Linken festhalten und diese Diskussion sowie den Organisierungsprozeß im SB selbst voranbringen. Es geht uns darum, die Grundlagen der gemeinsamen Erfahrungen zu bestimmen, die Reflexion über den kollektiven politischen Lernprozeß im Rahmen des SB zu vertiefen und Ansätze für die Zielbestimmung sozialistischer Praxis in Westdeutschland zu entwickeln. Die gegenwärtige Situation der westdeutschen Linken ist gekennzeichnet durch eine Zersplitterung nicht nur in verschiedene Gruppen, Parteien und Parteiansätze, sondern auch in häufig voneinander isolierte Praxisbereiche. Wir gehen davon aus, daß diese Zersplitterung durch eine über aufgesetzte Programmatiken herbeigeführte „Vereinheitlichung" eher festgeschrieben als überwunden wird. Die Thesen wollen deshalb weder ein Parteiprogramm sein, noch eine geschlossene Weltanschauung vermitteln, vielmehr versuchen sie, die Bandbreite von Problemstellungen und politischen Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, an der sich sozialistische Politik heute orientieren muß.

Herausgeber:
Sozialistisches Büro ● Arbeitsausschuß
605 Offenbach 4, Postfach 591 ● DM 5.–

die in den beiden genannten Bereichen arbeiten, auf jeweils einer Plenumsveranstaltung ihre bisherige Arbeit darstellen und begründen. Problemstellungen, die sich aus deren Diskussion mit den Genossen aus den anderen Arbeitsfeldern und Gruppen ergeben, sollen dann in Arbeitskreisen vertieft und ausgearbeitet werden, an denen auch Genossen teilnehmen, deren Arbeitsinhalte die Bereiche Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit und Stadtteilarbeit tangieren.

Das SZ als Ganzes ist mehr als die Summe seiner Gruppen und Arbeitsfelder. Neben der Koordinierung der Arbeit der Arbeitsfelder, Gruppen und Arbeitskreise soll sich das SZ einen politischen Standpunkt aneignen, den es auch nach außen hin vertreten kann. Dies setzt eine Struktur voraus, die zum einen Ausdruck der praktisch-politischen Arbeit der Genossen ist, zum anderen jener theoretischen Ebene Rechnung trägt, die Probleme allgemeinerer Art bearbeitet. Dieser Funktion soll der Gruppenrat entsprechen, der sich aus Delegierten der Arbeitsfelder und Gruppen sowie der theoretischen Arbeitskreise und Projekte zusammensetzt. Eine diesbezügliche Funktion hatte der AK/SZ bisher schon mehr oder weniger eingenommen, obwohl er dazu nicht legitimiert war. Durch die Schaffung eines vorläufigen organisatorischen Rahmens haben wir diesen Zustand insofern verändert, als der Gruppenrat als Nachfolgegremium des AK/SZ jetzt aus von den Gruppen und Arbeitsfeldern benannten Delegierten besteht, die dort für mindestens ein halbes Jahr vertreten sein sollen. Erfahrungsgemäß verblieb die Kommunikation und Informationsvermittlung zwischen dem (damaligen) AK/SZ und den Gruppen und Arbeitsfeldern, solange sie sich auf mündliche Vermittlung beschränkte, eher zufällig. Dem versuchten wir durch die Einrichtung eines wöchentlich erschienenen internen Informationsdienstes (SZ-Intern) Abhilfe zu schaffen; in ihm werden die Protokolle der Gruppenratssitzungen, Mitteilungen und Arbeitsergebnisse der Gruppen und Arbeitsfelder sowie Diskussionsbeiträge einzelner Genossen oder Gruppen veröffentlicht. Jeder kann sich, sofern er im Rahmen des SZ arbeitet, seiner bedienen, indem der Beitrag auf Matrize zu einem festgelegten Termin vorgelegt wird. Neben „SZ-Intern" als internem Informationsmedium hat „Basis-Press" die Funktion, das SZ über die Inhalte und Ergebnisse seiner Arbeit nach außen hin darzustellen. Dies erfolgt in Form von Berichterstattungen über Ansätze von sozialistischer Politik in der Region, über theoretische Beiträge zu wichtigen Fragen, Berichterstattung über die Arbeit in den Gruppen und Arbeitsfeldern sowie Informationen über den Stand des SZ als Organisation.

Entscheidungen, die die Arbeit der

kleinanzeigen

(5/1) **Zentral Film Verleih:** Der neue Verleihkatalog 1975 ist erschienen und enthält inhaltliche Angaben und Einsatzhinweise zu Filmen aus dem Produktions- und Reproduktionsbereich, Erziehung/Schule, Ausland, etc. Bezug: Voreinsendung von DM 2,– an Zentral Film Verleih, 2 HH 36, Karl-Muck-Platz 9, Telefon 34 55 44.

(5/2) Buchliste **„Schüler, Schule, Unterricht"** mit 205 Titeln soeben erschienen. Gegen DM 1,– Rückporto gratis erhältlich bei C. v. Ossietzky Buchhandlung, 29 Oldenburg, Bergstr. 1, Postfach 1014.

(5/3) **Stadtteilzeitung** „Perlach Aktuell" berichtet über Mietpreiserhöhung, Wie bekommt man Zuschüsse, 1975 Das Jahr der Frau. Bezug: Voreinsendung von DM 1,– (+ Porto) bei Redaktion Perlach Aktuell, 8 Mü 83, Karl-Marx-Ring 51.

(5/4) **„Gießener Lehrlingstreff"** – die ersten 10 Nummern – Informationen über: Berufliche Bildung im Betrieb und Berufsschule, Mode, Jugendzentren, Jugendkriminalität und -alkoholismus, Familie u. a. (über 60 Seiten). Gegen Voreinsendung von DM 2,– bei Jochen Stewner, 63 Gießen-Wieseck, In den Erlen 13.

(5/5) **Jugendzentren** in Österreich u. a. Berichte in „offensiv links" 12/75. Bezug: Redaktion, 1090 Wien, Porzellangasse 33a.

(5/6) **Kölner Volksblatt** Nr. 4/75 – Bürgerinitiativen informieren über Betriebsratswahlen, Jugendzentren, Selbsthilfeaktionen, aktuell. Bezug: 1 Ex. per Post DM 1,–, 10 Ex. DM 5,– über Betrieb 5 Köln 60, Merkenicherstr. 99.

(5/7) **Thing – Zeitschrift für Jugendarbeit** – Nr. 6 soeben erschienen und berichtet über Aktionen zur Jugendarbeitslosigkeit, Jugendzentren, Antimilitarismus etc. Bezug: Voreinsendung DM 1,50 + Porto bei Thing-Buchladen, 21 HH 90, Neue Str. 56.

(5/8) **Heim u. Erzieher Zeitschrift** Nr. 3/75 berichtet über Gewerkschaftsarbeit, Heimerziehung, Informationen und Hinweise. Bezug: Voreinsendung DM 2,– bei HEZ, 1 Berlin 61, Urbanstr. 126.

(5/9) **Sozialpädagogische Sondermaßnahmen Köln** – Dokumentationen, Schallplatte, Broschüren über die Arbeit des SSK. Prospekt anfordern bei SSK e.V., 5 Köln 1, Salierring 41.

(5/10) **„roter falke"** März 75 berichtet über Arbeitslosigkeit, Schülerarbeit, Verbandsarbeit u. a. Bezug: SDJ-Die Falken, 3 Hannover, Walderseestr. 100.

(5/11) **Spucknapf**-Zeitschrift des Jugendclubs Freising Nr. 75/10 berichtet über die Arbeit des Jugendclubs und bringt Informationen und Hinweise. Bezug: gegen Voreinsendung DM 1,– (einschl. Porto) bei Peter Weiz, 805 Freising, Postf. 2226.

(5/12) **Nachrichtendienst** für Jugendpublikationen – erscheint monatlich und bringt aktuelle und grundsätzliche Informationen aus der Jugendpolitik, Tips und Hinweise, wie man eine Jugendzeitung macht u. a. Gegen 1,50 erhältlich bei Joh. Iseken, 479 Paderborn, Postfach 571.

(5/13) Der Metzger – **Alternativ-Zeitschrift** – Nr. 24/75 bringt Berichte, Meinungen zu: Isolationshaft, Satre-Interview mit Baader, Drogenwelle, Frank Zappa, Bericht eines Psychisch Kranken, Informationen u. a. (31 S.). Gegen DM 2,50 (einschl. Porto) über Helmut Loeven, 41 Duisburg, Am Bahndamm 33.

(5/14) **Lehrer und Wehrkunde**, eine Dokumentation der DFG-VK Gruppe Hamm. Sie enthält einen Bericht über ein Seminar, Auswertung und Dokumente (21 S.). Bezug: Gegen DM 1,– (einschl. Porto) DFG-VK c/o Jochen Sensebusch, 47 Hamm/Bockum-Hövel, Schultenstr. 10.

(5/15) **Blickpunkt-Ausländer** – die erste deutschsprachige Veröffenlichung des Centre Européen Immigrés ist soeben erschienen und enthält Berichte, Untersuchungen, Nachrichten über Aktionen und Probleme ausländischer Arbeitnehmer in Europa. 1975 erscheinen insgesamt 3 Ausgaben, die gegen DM 10,– (Internationale Postanweisung) beim CEI, 1180 Bruxelles/Belgique, rue Vanderkindere 51 bezogen werden können.

(5/16) **ESG-Nachrichten** Nr. 79 (Doppelnummer) berichtet über Auseinandersetzungen, Disziplinierungen, Berufsverbote-Praxis innerhalb der Kirche. Bezug: Gegen DM 6,– beim Radius-Verlag, 7 Stuttgart 1, Kniebisstr. 29.

(5/17) Politisches Buchantiquariat – **An- und Verkauf von Büchern** –. Kostenlose Buchlisten anfordern: Verlag Claus Neugebauer, D-8521 Uttenreuth – POB 4.

(5/18) **Gemeinwesenarbeiterin** gesucht vom Verein zur Förderung von Gemeinwesenarbeit e.V. zum 1. 6. 75 für die Arbeit im Neubauviertel (Frauenprojekt). Voraussetzung: Sozialarbeiter/pädagogen-Ausbildung und längere Arbeitserfahrung mit Stadtteilarbeit. Bewerbung mit Unterlagen an Stadtteilbüro Neu-Perlach, 8 Mü 83, Karl-Marx-Ring 51.

(5/19) **Sozialarbeiter(innen)** gesucht für die Arbeit in Jugendzentren. Es besteht eine organisierte Partizipation von Jugendlichen. Anfragen und Bewerbungen an: Stadtjugendring 89 Augsburg, Kanalstr. 15 T. 51 55 42.

(5/20) Wohnkollektiv f. zehn strafentlassene und gefährdete Jugendliche sucht zum 1. Mai 1975 **Sozialarbeiter oder Sozialpädagogen** als Mitarbeiter im Beraterteam. Modelleinrichtung/Supervision vorhanden/Bezahlung nach BAT IVa. Bewerbungen an: Gesellschaftspolitische Projekte e.V., 8 Mü 19, Birnerstr. 19, Telefon 74 64 36.

(5/21) **Sozialarbeiter** gesucht für die Jugendberatungsstelle mit Schwerpunkt Drogenberatung. Das z. Z. neunköpfige Team arbeitet selbständig. Fortbildung und Supervision vorhanden. Kontakt: Teestube 63 Gießen, Schanzenstr. 16

(5/22) **Grundschullehrerin** sucht zum 1. 10. 75 neuen Arbeitsbereich. Erfahrung in der Arbeit mit Strafgefangenen vorhanden. Erwünscht: Teamarbeit/Resozialisierungsbereich, Brunhilde Müller, 5 Köln 1, Richard-Wagner-Str. 21.

(5/23) **WG-Platz** in Berlin gesucht von aktivem SB-ler. Hoffe so die politische und persönliche Isolation durchbrechen zu können. Chiffre 5/23.

(5/24) **Sozialpädagogik-Studentin** (6. Sem.) sucht für die Sommerferien 75 eine Arbeitsmöglichkeit mit Jugendlichen im Bereich der Lehrlings- und Freizeitarbeit. Christa Hesse, 44 Münster, Rüschhausweg 186.

(5/25) **Zivildienstleistender** sucht Stelle in Kindergarten/heim, ASP für Juni/Juli mögl. Süddtld. K.-D. Neumann, 747 Albstadt 2, Pfeffingerstr. 15.

(5/26) **Sozialpädagoge** (grad.) sucht für das Berufspraktikum eine Stelle im Bereich der Jugendarbeit bzw. Jugend- und Erwachsenenbildung (Praxiserfahrung) im Raum Bremen. Angebote u. Chiffre 5/26.

(5/27) Zwei **Psychologie-Studenten** (6. Sem.) suchen zweimonatige Sozialpraktika Stellen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Möglichst zw. Juli-September 1975. Werner Kaiser, 3551 Wenkbach, Dorfstr. 29.

(5/28) **Sozialarbeiterin** im Anerkennungsjahr sucht ab Okt. 1975 eine Arbeitsstelle im Gemeinwesensarbeitsprojekt. Elisabeth Welte, 78 Freiburg, Rehlingstr. 4.

(5/29) **Sozialarbeiter** im Anerkennungsjahr sucht Betätigungsfeld in der Jugendarbeit. Günther Pletzer, 78 Freiburg, Lehener Str. 99b.

(5/30) **Sozialpädagogik-Student** (7. Sem.) sucht Möglichkeit zur Mitarbeit in Projekten/Einrichtungen, die mit Kindern arbeiten. Oder/und Praktikumsplatz für Ende August – Mitte Oktober. Rainer Burgey, 355 Marburg, Sudetenstr. 2.

(5/31) **Norddeutschland** – 2 Sozialarbeiter – suchen Stelle in Jugendzentrum, GWA-Projekt, Teestube, Beratungsstelle o. ä. ab September 1975. Chiffre 5/31.

(5/32) **Gesucht werden Materialien, Hinweise, Erfahrungsberichte, Kontakte:**

- „Drogenabhängigkeit – Ursachen, Therapie, Wohngemeinschaften"; K. Wicke, 239 Flensburg, Friedrichstr. 10.
- „Sozialistische Schülerarbeit, Schülerzeitungen" u. ä. K. P. Thatenhorst c/o SB-Gruppe, 48 Bielefeld, Siechenmarschstr. 23.
- „Sozialistische Schülerarbeit (Schwerpunkt Oberschule)" – Erfahrungsaustausch gesucht von Juso-Schülergruppe c/o S. Weber, 35 Kassel 1, Heinrich-Heine-Str. 65.
- „Sozialistischer Schülerbund Landshut" sucht Kontakt zu Schülergruppen, c/o Helmut Fuchs, 83 Landshut, Annabergweg 7 (eigene Materialien werden gegen DM 1,– versandt).
- „Adressen (mit Angabe von Arbeitsschwerpunkten und Treffs) von Frauengruppen in Stuttgart gesucht". Barbara Bauer, 7 Stuttgart, Reuchlinstr. 8.

(5/33) **Termine/Veranstaltungen:**

- „1. Konferenz der Sprecher von allen Jugendzentrumsinitiativen der BRD 12. 6. bis 14. 6. 1975 in Wetzlar. Anmeldung/Information: Ko-gruppe der Wetzlarer Jz-initiativen c/o R. Kreissl, 633 Wetzlar, Taunusstr. 38.

Genossen betreffen, können nur von denen gefällt werden, die auch bereit sind, deren Konsequenzen zu tragen. Aus diesem Grund gibt es nun eine Einzelmitgliedschaft im SZ, die sich über kontinuierliche Mitarbeit in einem Arbeitsfeld, einer Gruppe oder einem Projekt, über die verbindliche Teilnahme an Plena sowie über einen monatlichen Mindestbeitrag von DM 10,— realisiert. Entscheidungsfähig sind die im Mitgliederplenum versammelten SZ-Mitglieder. Die Mitgliedschaft im SZ ist in der Regel das Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit der Arbeitsweise der Gruppe oder des Arbeitsfeldes sowie den politischen Zielsetzungen des SB/SZ. Da dieser Stand der Entwicklung nicht bei allen im Rahmen des SZ arbeitenden Genossen gleich vorausgesetzt werden kann (nur ca. ein Drittel sind SZ-Mitglieder), versuchen wir den organisatorischen Rahmen soweit offen zu halten, daß notwendige Entwicklungsschritte Einzelner nicht abgeblockt werden. So sind die Gruppen und Arbeitsfelder grundsätzlich für jeden offen, der mitarbeiten will, sofern keine prinzipielle Ablehnung gegenüber dem SB/SZ besteht. Bei wichtigen Fragen ,die eine Gruppe oder ein Arbeitsfeld betreffen, können auch Gruppenmitarbeiter aus der betreffenden Gruppe oder Arbeitsfeld, die nicht Mitglieder im SZ sind, am Mitgliederplenum ohne Stimmrecht teilnehmen. Forumsveranstaltungen zu wichtigen politischen Themen sind für alle Mitarbeiter und Sympatisanten des SZ offen.

Die Aktivitäten des SZ München beschränken sich derzeit allein auf die Stadt München. Vereinzelte Kontakte zu Gruppen und Genossen in der Provinz gibt es zwar, doch standen einer Intensivierung dieser Beziehungen bisher unsere eigenen Probleme in München entgegen. Hier gibt es also noch eine Menge zu tun. Wir bitten jedoch jetzt schon Gruppen und Genossen aus dem Raum Südbayern, die Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem SZ München haben, mit uns Kontakt aufzunehmen!

Sozialistisches Zentrum München, 8 München 2, Lindwurmstraße 101,

sb-organisation

Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaften in NRW

Zum 5. April hatten einige Kollegen aus Gelsenkirchen und die „express"-Redaktion zu einem Treffen eingeladen mit dem Ziel, einen regionalen Arbeitskreis Betrieb und Gewerkschaft für Nordrhein-Westfalen zu gründen. Man hoffte auf 50—60 Teilnehmer. Tatsächlich kamen über 100, nahezu Dreiviertel von ihnen aus den Bereichen der Metall- und Stahlindustrie, der Chemie, des Bergbaues und der Druckindustrie, ein kleinerer Teil aus dem öffentlichen Dienst, einige Bildungsarbeiter und, wie soll es heute anders sein, eine ganze Reihe Arbeitsloser.

Die Auswirkungen der Krise standen im Vordergrund der meisten Berichte aus den Betrieben, die aufgrund der großen Teilnehmerzahl einen breiten Raum einnahmen. Durchgängiger Tenor: bisherige Aktionen gegen die niedrigen, oft nur in den obersten Gremien aufgestellten Forderungen und die ihnen entsprechenden Tarifabschlüsse, vereinzelte Arbeitsniederlegungen bei neuen Zeitnahmen, ja sogar die Beispiele der Erwitter Zementwerker und der Kollegen bei Stübbe im Kalletal haben nur wenig gegen die allgemeine Verunsicherung und Zurückhaltung der großen Mehrheit der Kollegen ausrichten können. „Kurzarbeit", so berichteten viele, „wird nicht nur von den bürgerlichen Zeitungen als vorübergehender, ganz angenehmer Zustand gesehen." „Da kann man sich den Mund fusselig reden; erklärt mir der Kollege doch, daß er endlich einmal Zeit hat, im Garten zu arbeiten und das Auto zu reparieren." Das erschwert jede Betriebsarbeit erheblich. Und der Glaube an die „Macher" in Bonn ist zwar erschüttert, aber nicht ganz weg: „Laßt den Schmidt erst mal richtig durchstarten, dann wird's schon wieder aufwärts gehen. Zu hohe Forderungen jetzt können die Krise nur noch verschärfen." Das sind die Argumente, mit denen sich die Sozialisten in den Betrieben heute auseinandersetzen müssen.

Schlimmer noch die Arbeitslosigkeit. Die Angst um den Arbeitsplatz und besonders die Angst vor einer Entlassung aus politischen Gründen steckt den meisten Kollegen ziemlich in den Knochen. Dazu noch die Verwirrung: im gleichen Betrieb gibt es in einer Abteilung Kurzarbeit während eine andere Sonderschichten fährt. Angst und Verwirrung, das hilft so manch einem anpassungsfähigen Betriebsrat und einer auf Stillhalten eingeschworenen Ortsverwaltung, den Frieden mit dem Kapital mit jedem Preis zu bezahlen. „Nach diesen Betriebsratswahlen wird es möglicherweise mehr Gewerkschaftsausschlüsse hageln als je zuvor."

So bleibt es auch nicht weiter verwunderlich, das muß offen gesagt sein, daß von all den Berichten nur ein kleiner Teil Positives über gelungene Aktionen, über einen erfolgreichen Verlauf der Betriebsratswahl oder über eine Verstärkung autonomer Positionen mitteilen konnte. Dabei spielen neben den objektiven Gründen natürlich auch subjektive eine Rolle. Wenn es überall kriselt, der Betriebsrat sich als Vollzugsgehilfe der Geschäftsleitung versteht und die Gewerkschaft auf beiden Ohren taub spielt, dann vergißt man im Zorn schon mal leicht, daß die allererste Voraussetzung für erfolgreiche Aktionen eine geschlossene kämpferische Belegschaft ist.

Eine desolate Lage? Nicht ganz. Angesichts all des Gesagten war es allen Anwesenden klar, daß es gerade jetzt auf eine intensive Zusammenarbeit und einen Informations- und Erfahrungsaustausch ankommt, um autonome politische Positionen im Betrieb und in der Gewerkschaft zu erhalten und um aus der Defensive herauszukommen.

Man hatte in Gelsenkirchen zwar interessante Berichte gehört, wollte jetzt aber auch Resultate haben. Die Tagesordnung wurde kurzerhand umgestülpt. Es wurden zunächst einmal die Organisationsprobleme geklärt. Zukünftig wird es fünf kleinere Arbeitskreise in den Einzugsgebieten von Köln - Aachen - Wuppertal, Düsseldorf - Neuß - Leverkusen, Gelsenkirchen - Bochum, Essen und Dortmund geben. Im Plenum will man sich etwa vierteljährlich treffen, um vorbereitete Themen und anstehende Probleme wie etwa die analytische Arbeitsplatzbewertung, den bevorstehenden Monatslohn in der Chemieindustrie, kommende Tarifrunden bzw. zu erörtern. In der Zwischenzeit wird je eine Kollegin oder ein Kollege aus den fünf Arbeitskreisen die Kommunikation untereinander mit monatlichen Treffen aufrechterhalten. Später einmal hofft man in der Lage zu sein, ein Büro mit Telefon, Druck- und Abzugsmöglichkeiten einzurichten. Zur Zeit ist der Kontakt zu den Arbeitskreisen und die Information über die regionalen Plenen durch die „express"-Redaktion zu errichten.

MICHAEL SCHWELIEN

POLITIKON

Nr. 45 — November 74: Beiträge über Emanzipation, Frauenbewegung, linke Unmittelbarkeitsideologien u. a.

Nr. 46 — Februar 75: Redaktionskollektiv, Wie links ist die CDU? Politisierung von rechts / Helmut Korte, Warten auf den neuen Keynes? Grenzen und Schwierigkeiten kapitalismusimmanenter Krisenvermeidung / Politikon Interview, Arbeiter über die Wirtschaftskrise / Erhard Lucas, Die „andere" Arbeiterbewegung, Bemerkungen zu einem neuen Forschungsansatz für die Geschichte der Arbeiterbewegung / Redaktionskollektiv, Wenn von der RAF geredet wird . . / R. Lieberstolz, Weltmacht wider Willen? / Kritik zu „Grenzen der Frauenbewegung" aus Nr. 45 / u. a.

Nr. 47 — April 75: geplant sind Beiträge über Arbeitslosigkeit, Verhalten der Gewerkschaften in der Krise; Rezensionen zu Karl Korsch und M. Haraszti: Stücklohn u. a.

Nr. 48 — Juni 75: geplant sind Beiträge zur Radikalität, zum Verhältnis von politischer Arbeit und Beruf, Arbeiterselbstorganisation in Norwegen u. a.

Einzelpreis: DM 2.— / Jahresabo (4 Hefte und Versand): DM 7.50 / Bestellung kann durch Einzahlung des Betrages mit dem Vermerk: Politikon-Abo ab Nr. . . auf das Postscheckkonto Hamburg 2551 80-208 (Spartakus-GmbH) erledigt werden.

NR. 3/4 (erscheint im April) REFORM UND REVOLUTION IN PORTUGAL
Diese Doppelnummer befaßt sich mit der sozialen Entwicklung Portugals. Ausführliche Analysen sind dem Verhältnis zwischen Massenspontaneität auf der einen und Regierungs- und Parteiführung auf der anderen Seite gewidmet. Besondere Aufmerksamkeit richtet sich auf die " Bewegung der Streitkräfte.., der die portugiesische KP die kritische Unterstützung zusichert. Soziale Zusammensetzung, ideologische und politische Dynamik der Offiziersbewegung werden detailliert untersucht. Neben der ausführlichen Schilderung der politischen Ereignisse seit der Machtübernahme bis zum jüngsten Putschversuch Spinolas, wird die ökonomische Entwicklung Portugals, der Versuch der Integration in die EWG, sowie das Verhältnis zwischen Einheitsgewerkschaft und betrieblichen Arbeiterkomitees zum Gegenstand der Untersuchung gemacht. Außerdem erscheint ein Artikel über die internationale Politik des DGB

NR. 1 BETTELHEIMS THEORIE DER ÜBERGANGSGESELLSCHAFT
Die maoistische Theorie der Übergangsgesellschaft sucht ihre Legitimation auf doppelte Weise: methodisch durch den Rückgriff auf eine Variante objektivistischer Geschichtsauffassung, den Strukturalismus - praktisch durch die Apologie der Entwicklung der VR China. In den Beiträgen von *Dallemagne, Mandel* und *Nair* werden methodische Probleme der maoistischen Theorie der Übergangsgesellschaft am Beispiel Bettelheims thematisiert, in den Beiträgen von *Jobic* und *Kovar* die Praxis der VR China am Beispiel der Kulturrevolution kontrovers diskutiert.

NR. 2 IMPERIALISMUS UND UNTERENTWICKLUNG
In diesem Heft werden Probleme der Klassenanalyse der unterentwickelten Länder (*Mires* über Populismus in Chile) und deren Verhältnis zu den imperialistischen Metropolen (*Mandel*) behandelt und die Theorien der Unterentwicklung von Frank und Emmanuel kontrovers von *Laclau, Florian Chatelain, Emmanuel* und *Lair* diskutiert.

KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE

Einfachheft DM 5.-, Doppelheft DM 9.- Abonnement (4 Nummern) DM 18.50 nur über den Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310. Die Lieferung erfolgt nur nach Eingang des entsprechenden Betrages auf unser Postscheckkto. BlnW 47006-104 (Bei Einzelbestellungen plus DM 1.- für Porto)

Leo Trotzki
TERRORISMUS UND KOMMUNISMUS (Anti-Kautsky)
(ep 2) 176 Seiten, DM 6,80

DIE LANGEN WELLEN DER KONJUNKTUR
Beiträge zur marxistischen Konjunktur- und Krisentheorie von Parvus, Kautsky, Trotzki, Kondratieff und E.Mandel
(ep 3) 272 Seiten, DM 12,80

Helmut Fleischer
SOZIALPHILOSOPHISCHE STUDIEN
Zur Kritik der marxistisch-leninistischen Schulphilosophie
(ep 4) 192 Seiten, DM 7,80

Ernest Mandel
DER STURZ DES DOLLARS
Eine marxistische Analyse der Weltwährungskrise
(ep 5) 160 Seiten, DM 9.-

Manifest der Ligue Communiste
DER SOZIALISMUS, DEN WIR WOLLEN
(ep 6) 224 Seiten, DM 7,80

Ulf Wolter (Herausgeber)
PROGRAMME UND DOKUMENTE DER LINKEN OPPOSITION IN DER SOWJETUNION VON 1923 BIS 1928 (2 Bände)
Beiträge von Trotzki, Preobraschenskij, Radek, Rakowski, Joffe Sinowjew, Kamenew, Krupskaja, Osinski, Smirnow u.a.
Band I: Die Linke Opposition von 1923 bis 1925
(ep 7) ca. 200 Seiten, ca. DM 9,80 (erscheint im April)
Band II: Die Vereinigte Opposition von 1926 bis 1928
(ep 8) ca. 400 Seiten, ca. DM 16,80 (erscheint im Mai)

Prinkipo

Bei Bestellungen an den Verlag plus DM 1.– Porto, bei Gruppenbestellungen ab 10 Ex. 10% Rabatt. Lieferung erst nach Eingang der entsprechenden Summe auf unserem Konto. Über weitere Titel der Reihe EDITION PRINKIPO und KRITISCHE BIBLIOTHEK DER ARBEITERBEWEGUNG, wie der Zeitschrift KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE informiert unser Prospekt, der angefordert werden kann (bitte 40 pfg. Briefmarken beilegen).
Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310, Postscheckkto. BlnW 47006-104, Sparkasse Berlin West, Kto.Nr. 06700142

olle und wolter

Richard Müller
GESCHICHTE DER DEUTSCHEN REVOLUTION (3 BÄNDE)

Die klassische Chronik der Novemberrevolution und ihrer Vorgeschichte hat kein professioneller Historiker, sondern einer geschrieben, den sich die Arbeiter selber an ihre Spitze gestellt haben. Der 'Rätemüller' schildert die Streikbewegung im Weltkrieg, die Errichtung der Räterepublik und ihre Niederwerfung im sozialdemokratischen Belagerungszustand als Problem, wie eine revolutionäre Taktik die Massen ergreifen kann. Stellt die sozialistische Literatur diesen Zeitabschnitt gewöhnlich als Geschichte der Führer und Verräter dar, so lehnt sich Müller sichtlich an Marx' eigene Geschichtsschreibung an, die die Klassenbewegung nicht aus der Führung, sondern die Führungen aus der Klassenbewegung erklärt, die in ihrer verwickelten Dynamik analysiert sein will.

Band 1: Vom Kaiserreich zur Republik, 220 Seiten, DM 7,80
Band 2: Die Novemberrevolution, 296 Seiten, DM 9.-
Band 3: Der Bürgerkrieg in Deutschland, 260 Seiten DM 9,80

KRITISCHE BIBLIOTHEK DER ARBEITERBEWEGUNG

Bei Bestellungen an den Verlag plus DM 1.– Porto, bei Gruppenbestellungen ab 10 Ex. 10% Rabatt. Lieferung erst nach Eingang der entsprechenden Summe auf unserem Konto. Über weitere Titel der Reihe EDITION PRINKIPO und KRITISCHE BIBLIOTHEK DER ARBEITERBEWEGUNG, wie der Zeitschrift KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE informiert unser Prospekt, der angefordert werden kann (bitte 40 pfg. Briefmarken beilegen).
Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310, Postscheckkto. BlnW 47006-104, Sparkasse Berlin West, Kto.Nr. 06700142

Ligue Communiste
Der Sozialismus, den wir wollen
Die LC ist organisatorisch und programmatisch das Produkt des proletarischen Generalstreiks und der studentischen Barrikaden vom Mai 68. Die Revolution als Aufstand der Arbeiter, die den staatlichen Gewaltapparat gewaltsam brechen und durch die demokratische Selbstverwaltung der Produzenten ersetzen, ist seitdem kein bärtiges Gespenst mehr, sondern eine Frage der Zeit. Um die Macht im Staat wird zwischen Prag, Paris und Santiago periodisch auf der Straße gerungen. Das Programm der Ligue formuliert diese objektive Tendenz des Klassenkampfs darum kontrovers zum Reformprogramm der KPF und PS. Die listige Systemüberwindung wird im Lichte der diversen Volksfronten, antifaschistischen Bündnisse und chilenischen Experimente als Utopie mit Katastrophengefahr erworfen. Weniger utopisch ist die stete Möglichkeit der burokratischen Entartung eines revolutionären Arbeiterstaats. Mangels konkreter Alternative einer selbsttätigen Herrschaft der Klasse entwickelt die Ligue die Grundlagen dafür aus der Kritik der Erfahrungen mit dem realen Sozialismus'. Was die Arbeiterstaaten bisher reel vom Sozialismus abhält — Verflizung von Staat, Partei und Gewerkschaft, Verwaltung der Gesellschaft durch eine professionelle Bürokratie und politisches Monopol der Staatspartei — will die Ligue durch drei Prinzipien korrigieren :
1) Selbstorganisation der Massen in Gewerkschaften, Fabrik- und Lokalkomitees unabhängig von Partei- und Staatsapparat.
2) Zentralisierung der Arbeiterdelegierten, der Räte, zum proletarischen Staat.
3) Politische Demokratie durch einen uneingeschränkten Pluralismus sozialistischer Parteien.
Diese Strukturen sind keine alternativen Erfindungen, sondern die Entwicklung der Organisationsformen, die sich die Arbeiter zur Selbstverteidigung und zur Machtergreifung schon innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zulegen. Hier liefert uns die Ligue eine völlig andere Konzeption von revolutionärer Avantgarde, als wie sie den landläufigen Sekten im Schädel spuken. Sie fordert nämlich die Klasse auf, sich je nach Konfliktlage in Fabrik-, Stadtteil und Regionalkomitees selber zu organisieren und nicht die Führungsrolle eines hauptamtlichen Vereinsvorsitzerkreis anzuerkennen und diesen Parolen nachzudenken. Ihre eigene revolutionäre Rolle sieht die Ligue darin, das Bewußtwerden der Kampferfahrungen der Massen zu fördern, die nächsten Konsequenten daraus zu formulieren und die Ziele zu verdeutlichen, auf die der Klassenkampf notwendig zusteuert. Die LC wurde illegalisiert, als sie der rassistischen Aufrüstung der Konterrevolution offensiv in den Weg trat. Zu einer Zeit, wo ein Mitterand auf dem Buckel der KPF und CGT den gaullistischen Präsidialbonapartismus erklimmt, ist die Ex-Ligue die einzige Organisation von Einfluß, die zum radikalen Aufbau einer Arbeitermacht von der Basis aufruft. Die Diskussion ihrer Ziele lohnt sich für alle, die von den Sekten frustriert oder sonst von der Wahlarithmetik im Stich gelassen worden sind.
(ep 6) 224 Seiten, DM 7,80

Prinkipo

Bei Bestellungen an den Verlag plus DM 1.– Porto, bei Gruppenbestellungen ab 10 Ex. 10% Rabatt. Lieferung erst nach Eingang der entsprechenden Summe auf unserem Konto. Über weitere Titel der Reihe EDITION PRINKIPO und KRITISCHE BIBLIOTHEK DER ARBEITERBEWEGUNG, wie der Zeitschrift KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE informiert unser Prospekt, der angefordert werden kann (bitte 40 pfg. Briefmarken beilegen).
Verlag Olle & Wolter, 1 Berlin 30, Postfach 4310, Postscheckkto. BlnW 47006-104, Sparkasse Berlin West, Kto.Nr. 06700142

Solidarität gegen Siemens

Eine türkische Arbeiterin, Meryem Bulut, hatte sich entschlossen, bei den Betriebsratswahlen im Regensburger Siemens-Wernerwerk (23 Betriebsräte; Belegschaft: 31 % Ausländer) zu kandidieren, denn bisher war kein ausländischer Vertreter im Betriebsrat.
Am 4. März 75 wurde die IGM-Einheitsliste aufgestellt und durch Los bekam Kollegin Bulut den Platz 15 auf der Kandidatenliste.
Am 6. März erhielt die Kollegin ein Schreiben der Geschäftsleitung, in dem sie und ihr Mann (ebenfalls im Wernerwerk beschäftigt) „von der Arbeitspflicht mit sofortiger Wirkung befreit" wurden bis zur endgültigen Entscheidung über Weiterbeschäftigung oder nicht.
Am 7. März teilte die GL der Kollegin Meryem mündlich mit, daß sie fristlos entlassen ist und ihr Mann, Kalim Bulut, ordentlich gekündigt ist. Die Geschäftsleitung wirft Meryem Bulut vor, sie hätte zwei türkischen Kolleginnen außerhalb (!) des Betriebs Einladungsblätter gegeben zu einer Veranstaltung des Frauenkomitees „8. März – Internationaler Frauentag". Dazu ist festzustellen:
1. Selbst wenn der „Anklagepunkt" der GL stimmt, hat diese im vorliegenden Fall keinerlei rechtliche Grundlage für eine fristlose Entlassung eines Betriebsratskandidaten, der bereits Kündigungsschutz hat.
2. Der sog. Beweis der GL besteht in der schriftlichen Aussage von zwei arbeitslosen türkischen Kolleginnen, daß diese von M. Bulut die Einladungsblätter bekommen hätten. Tatsache ist jedoch, daß inzwischen eine dieser Kolleginnen ihre Aussage schriftlich widerrufen hat und zugegeben hat, daß sie und ihre Kollegin vom Dolmetscher gezwungen worden sind, für die GL auszusagen, andernfalls würden sie kein Stempelgeld mehr bekommen.
3. Die Begründung der GL für die ordentliche Kündigung von Kamil Bulut lautet auf „Arbeitsmangel", obwohl an derselben Maschine von K. B. jetzt ein anderer Arbeiter steht und dieselbe Arbeit wie vorher K. B. verrichtet! Zudem wurde K. B. der Werkszutritt ab 6. März verboten.
4. Tatsache ist, daß Meryem und Kamil Bulut engagierte Gewerkschafter sind und bereits mehrere Gewerkschaftsmitglieder geworben haben. Dies in einem Betrieb, der nicht einmal 10 % organisiert ist.
Es gibt nur eine Erklärung für das widerrechtliche Verhalten der GL, nämlich, daß sie die Gewerkschaft im Betrieb weiterhin klein halten will und insbesondere keine engagierten Gewerkschafter im BR dulden will. Um so verwerflicher ist es, daß der Betriebsrat der fristlosen Kündung von M. B. zugestimmt und der o. g. Kündigung von K. M. nicht widersprochen hat.
Am 22. März muß das türkische Ehepaar aus dem Wohnheim ausziehen. Die beiden Kollegen werden nur äußerst schwer wieder eine Arbeit finden, da die Arbeitslosigkeit in Regensburg besonders groß ist (Pendler-Einzugsgebiet mit Arbeitslosenquoten teilweise über 30 %). Das Ehepaar hat zwei Kinder in der Türkei, die es weiterhin versorgen muß.
Angesichts dieser Situation und der Tatsache, daß hier der Siemens-Konzern völlig willkürlich und widerrechtlich seine Interessen wahrnehmen will, fordern wir alle Gewerkschafter und anderen Demokraten auf, gegen die fristlose Kündigung von Meryem Bulut und gegen die ordentliche Kündigung von Kalim Bulut schärfsten Protest zu erklären. Das türkische Ehepaar muß von Siemens sofort wieder eingestellt werden. Ebenso fordern wir dazu auf, daß gegen das Verhalten des Betriebsrats in dieser Angelegenheit schärfster Protest eingelegt wird.

Solidaritätsschreiben an Michael Kumpfmüller, 84 Regensburg, Bruderwöhrdstraße 4.

Autorenkollektiv
Hamburger Jungsozialisten:

Grundrisse der Juso-Strategie

88 S., DM 5,– (bei Sammelbestellungen ab 5 Ex. DM 4,– pro Ex.)

Zielsetzungen dieser Schrift:

- an aktuellen Problemen orientierte marxistische Einführungsschulung;
- Erläuterung der Hannover-Thesen (Beschlüsse des Hannover Strategiekongresses der Jusos – 1971);
- Weiterentwicklung und Kritik der Aussagen von Hannover;
- Reformismuskritik
- kritische Gegenposition zur Stamokap-Theorie.

Bestelladresse: Dr. Harro Frank, 2 HH 60, Sierichstraße 126 – Konto: Hamburger Sparkasse 1142/761 624. Auslieferung nach Einzahlung des entsprechenden Betrages.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Nr 1 5.Jahrgang | DIE BEFREIUNG DER ARBEITERKLASSE MUSS DAS WERK DER ARBEITERKLASSE SELBST SEIN | Nürnberg 26 Februar 1975

Aus dem Inhalt dieser Ausgabe

Ende der Reformpolitik
Bankrott der Berufsausbildung
Kapitalismus in der Krise
Bürgertum und Krise
Graugänse als Regierungshoffnung
Tarifrunde 1975
Bundeswehr – Allgemeiner Zivildienst in Sicht?
Widersprüche in der französischen Gesellschaft
Musterdemokratie Schweiz?
Streik bei ALGOT in Portugal
Die Verantwortung der italienischen Kommunisten
Buchbesprechungen
ARBEITERKORRESPONDENZ – Widerstand gegen Entlassungen
Fristlose Entlassung eines Betriebsrats in Reutlingen
Resolution der Stuttgarter Zeitungsverlage
Russische Revolution 1905
Kritik des Sozialistischen Büros
Illusionen
Keine politische Solidarität mit sinnlosen Terrorismus
Streikerfolg in Schwertberg -Österreich

WIRTSCHAFTSKRISE –

ENDE DER REFORMPOLITIK

In unseren innenpolitischen Betrachtungen des Jahres 1974 war viel von der sogenannten "verschlechterten Großwetterlage" der BRD die Rede, ein Ausdruck wie ihn bürgerliche Politiker zur Bezeichnung der immer stärker zu Tage tretenden Krisenerscheinungen des kapitalistischen Systems gebrauchen.
Jene Krisenerscheinungen, so unser hauptsächliches Resümee, die entgegen einer rein mechanischen Geschichtsauffassung von Wirkung und Gegenwirkung, nicht zu dem erhofften "Linkstrend" sondern vorerst, zu einer Hinwendung nach rechts, zu einer "keine Experimente"- Haltung geführt haben.

Aber nichts desto trotz besteht die objektive Klasseneigenschaft des "Arbeiterbürgers" und wollten wir uns nur an das hier und heute klammern, wie weit wären wir entfernt von den tiefen marxistischen Erkenntnissen Rosa Luxemburgs, die schrieb:

> "Die Masse stellt immer das dar, was die geschichtlichen Bedingungen unvermeidlich aus ihr machen, und sie ist immer fähig anders zu werden, als sie erscheint. Schlecht ist der Kapitän, der sein Schiff steuert, indem er nur dem augenblicklichen Zustand der Meeresoberfläche Rechnung trägt und nicht aus der Beobachtung des Himmels und der Meereswellen den kommenden Sturm voraussieht."

Nun, wir wollen keine schlechten Schiffsleute sein und versuchen unser Lot in die Tiefe des materiellen Lebensprozeßes zu senken, daß die Grundlage abgibt für das Bewußtsein der Massen. Und um an einen andern großen "Steuermann" zu erinnern: "Es kommt nicht darauf an was sich der einzelne Proletarier oder das Proletariat einstweilen vorstellt, sondern es kommt darauf an was ist, und was es seinem geschichtlichen Sein gemäß zu tun gezwungen sein wird." (Marx)

Überweisungen Zuschriften: Pauline Braun-Höfler, 8500 Nürnberg, Postfach 150 542
Postscheckamt Nürnberg, Konto-Nr. 22 35 13-851
DM 1,50

Arbeitslosigkeit in der BRD

Die Arbeitslosenfrage wurde in „links" bislang noch nicht schwerpunktmäßig diskutiert. Angesichts der derzeitigen Lage auf dem Arbeitsmarkt stellt sich die schwerpunktmäßige Behandlung dieser Frage jedoch als immer dringendere Aufgabe. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im März 1975 von 5,2 % auf 4,9 % war ausschließlich saisonbedingt und fiel zudem noch niedriger aus als normalerweise in diesem Monat. Insbesondere in Großstädten, wo der saisonale Faktor häufig eine untergeordnete Rolle spielt, stieg die Arbeitslosenrate teilweise sogar weiter an. Niemand sollte sich angesichts dieser Realität durch den von Regierungsseite verbreiteten Zweckoptimismus bluffen lassen. Die Bedingungen für einen ökonomischen Aufschwung und damit für eine durchgreifende Besserung der Beschäftigungslage sind weiterhin nicht gegeben. Vielmehr besteht die Gefahr, daß angesichts des hohen Inflationssockels, mit dem die Wirtschaft der BRD auf den Sommer zugeht, im Herbst ein neuer, außerordentlich starker Anstieg der Arbeitslosigkeit kaum zu vermeiden sein wird. Um so dringender ist es, daß nunmehr auch in „links" verstärkt Berichte, Analysen und Strategiediskussionsbeiträge zur Arbeitslosenfrage erscheinen. Der folgende Bericht über die Kölner Arbeitsloseninitiative soll hier den Anfang machen. Weitere werden folgen. Die „links"-Leser sind aufgerufen, Berichte über Arbeitsloseninitiativen u. ä. an die Redaktion einzusenden.

Arbeitslosen-Initiative Köln

Die Arbeitsloseninitiative Köln entstand im Herbst 1974. Über ihren Ursprung, ihre Zielsetzung und ihre Probleme unterrichtete bereits ausführlich ein im „express" Nr. 1, 20. Jan. 1975, abgedrucktes Interview mit G. Tolusch, einem der Initiatoren der Arbeitsloseninitiative. Zur ersten Veranstaltung erschienen nach dem Verteilen von Flugblättern vor dem Arbeitsamt ca. 40 Kollegen, von denen sich ungefähr die Hälfte bereit erklärte, die Initiative aktiv zu unterstützen. Von den Organisatoren der Arbeitsloseninitiative wurde selbst dieser – relativ schwache – Besuch als Erfolg gewertet, kommen doch die Arbeitslosen heute während ihrer Arbeitslosenzeit höchstens noch ein-, zwei- oder dreimal auf das Arbeitsamt: durch die Rationalisierung der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung (Überweisung auf Bankkonto) ist

angela davis: gefangen in new york
brigitte heinrich: briefe aus der zelle
knast: stundenlohn ös 1,60
alice schwarzer: jetzt abtreibungsselbsthilfe!
spö: kunst für den mittelstand
endlösung der slowenenfrage
der brave soldat wandl (†)

NEUES FORVM april 1975

An NF-Vertrieb A-1070 Wien Museumstraße 5 Tel. 93 33 53 / Diese Anzeige fand ich in:
Ich bestelle ☐ obiges Heft um öS 44 DM 6,50 sfr 7 ☐ kostenloses Probeheft
☐ 1 Jahresabo um öS 360 DM 53 sfr 58 (Studenten öS 270 DM 40 sfr 45 / Nachweis!)
NAME ADRESSE

Check-Liste für Arbeitslosen-Initiativen

Um Informationen zu bekommen, um Aktionen vorzubereiten, um an die Öffentlichkeit zu treten, muß man wissen, woher die Informationen zu bekommen sind und mit wem man Aktion und Agitation vorbereiten kann.
Diese Check-list geht von der Problematik der jugendlichen Arbeitslosen aus.
1. Informationsbeschaffung
Lokalpresse, überregionale Zeitungen und Zeitschriften, Gewerkschaftspresse, linke Zeitungen und Zeitschriften auswerten (Beispiele: links, Extradienst, Informationsdienst, Infos des SB, express, Frankfurter Rundschau, Süddeutsche Zeitung, Stern, Spiegel, ran.). Die Gewerkschaftspresse erhält man entweder über Betriebsräte oder Jugendvertreter (in größeren Betrieben), im örtlichen oder regionalen Gewerkschaftshaus, in den Verwaltungsstellen der Einzelgewerkschaften, beim Landes- oder Bundesvorstand, ggf. direkt bei den Redaktionen (Hauptvorstände).
Zusätzliche Informationen sind häufig auch bei den Landes- bzw. Bundesvorständen der Jungsozialisten, der Sozialistischen Jugend - Falken, der Naturfreundejugend, den Ortsjugendleitungen der Einzelgewerkschaften und des DGB zu erhalten.
Informationen erhält man ggf. auch vom Arbeitsamt, von den Industrie- und Handelskammern, den Handwerkskammern, dem Ring Politischer Jugend, den Landes- und Stadtjugendringen, beim Jugend- bzw. Sozialamt der Kommunen bzw. Kreise bei den politischen Parteien.
Bei der Durchsicht der Informationen ist es speziell in Bezug auf die bürgerliche Presse wichtig, nicht nur den politischen und lokalen, sondern vor allem auch den Wirtschaftsteil zu beachten.
Wenn man einigermaßen genau vorgeht, bekommt man rasch einen Überblick. Das Landesarbeitsamt und Landesstellen informieren in der Regel über die Situation des jeweiligen Bundeslandes, auch regional unterschieden. Sofern man über die örtliche Situation durch die angegebenen Stellen keine befriedigenden Auskünfte erhält, sollte man sich:
— direkt an fortschrittliche Lehrer an den Hauptschulen sowie den Berufsschulen wenden: Sie wissen in der Regel, wieviele ihrer Schüler ohne Lehrstelle oder ohne Ausbildungsplatz sind;
— an die Betriebs- und Personalräte großer Firmen am Ort sowie an die Jugendvertretungen.
Zu beachten: Die Materialien, die von den verschiedenen Stellen herausgegeben werden, sind nicht immer objektiv. Bei den Arbeitsamtmaterialien ist darauf zu achten, daß z. B. der Arbeitsamtbezirk nicht unbedingt mit den Stadt- und Kreisgrenzen übereinstimmen muß. Nicht erfaßt werden außerdem in den Tabellen jene Jugendlichen, die sich persönlich um Lehr- und Ausbildungsplätze bemühen, sich jedoch (wegen der Zwecklosigkeit) nicht beim Arbeitsamt melden. Auch altersmäßig gibt es „Beschneidungen", um die tatsächliche Zahl jugendlicher Arbeitsloser herunterzudrücken.
2. Vorbereitung von Initiativen
Zu klären ist zunächst: Welche Gruppen, Institutionen und Personen gibt es im lokalen Rahmen, die Initiativen mittragen können oder die in anderer Weise für die Vorbereitung und Durchführung relevant sind?
Jugendorganisationen am Ort: Jugendorganisationen der Parteien, Stadtjugendring, Kreisjugendring, Jugendsozialwerk, Jugendorganisationen der Kirchen, Kreis- und Ortsjugendausschüsse der Gewerkschaften (DGB und Einzelhandelsgewerkschaften), Jugendvertretungen in den Betrieben, Initiativgruppen in Jugendhäusern, Lehrlingsheimen, Schüler- und Lehrlingsgruppen, Basisgruppen in Betrieben, Betriebs- und Personalräte, einzelne Funktionäre der Gewerkschaften, Klassensprecher, Elternbeiräte.
3. Arbeitslose Jugendliche
Von Anfang an sollten arbeitslose Jugendliche selbst in der Initiative mitarbeiten. Damit keine intellektuelle Übergewichtung die Initiative kaputt macht, ist es wichtig, daß die Zahl der mitarbeitenden Jugendlichen (der Betroffenen) möglichst groß ist. Auch vom Arbeitsstil her sollte sich die Initiative selbst neue Formen überlegen — sonst hocken zum Schluß die bereits politisch Arbeitenden und Organisierten wieder unter sich.
Möglichkeiten dazu: Jugendliche am Arbeitsamt direkt ansprechen, Material an Berufsschulen, Hauptschulen verteilen, Lehrer, Eltern fragen.
4. Treffpunkt
Die Initiative sollte einen kontinuierlichen Arbeitsstil entwickeln: regelmäßige Treffen an einem festen Ort und einem festen Termin (z. B. jeden Montag 19 Uhr . . .). Um neu Hinzukommenden den Einstieg zu erleichtern, ist es gut, wenn wenigstens Kurzprotokoll geführt wird und die Neuen den Diskussionsgang nachvollziehen können.
Erfahrungsgemäß ist die Fluktuation in den Initiativen ziemlich groß. Zu überlegen wäre daher auch, ob man eine fest arbeitende Kerngruppe bildet, die die Initiative koordiniert und vorantreibt, und eine zweite Gruppe, die in Form eines „offenen Abends" arbeitet, zu der also jeder Zugang hat. Bei diesen offenen Abenden müßte jeweils aus der Kerngruppe Bericht gegeben werden.
5. Veranstaltungen
Welche Räume werden benötigt, wo stehen welche zur Verfügung, wie wird die Finanzierung gesichert? Welche Medien können wir einsetzen? Filme, Dias, Schallplatten, Bänder mit Interviews, Video, Sänger, Theater, andere (Laien-) Künstler.
Wer berichtet über die Arbeit der Initiative, wer bereitet Kurzdokumentationen vor?
Wo wird gedruckt, was kostet das Drucken, wer entwirft Handzettel und Plakate (grafische Gestaltung)?
Für die Veranstaltungen sollten alle bereits geknüpften Kontakte genutzt werden:
Hinweise in der Lokalpresse, ggf. in den Jugendsendungen des Funks, Materialien an alle relevanten Gruppen zum Weiterverteilen (Karthotek mit den wichtigsten Adressen aufbauen, auch den Adressen der Haupt- und Berufsschulen etc., Verzeichnis der wichtigsten Telefonanschlüsse).
6. Erfahrungsaustausch
Man muß versuchen, mit Initiativen in anderen Orten und Regionen Kontakt aufzunehmen, um deren Erfahrungen kennenzulernen und ggf. gemeinsame, größere Aktionen vorzubereiten.

PETER GROHMANN

eine besondere Form der Kommunikationsmöglichkeit unter Arbeitslosen verloren gegangen, die früher eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte.
Aber nicht einmal die bereits geringe Teilnehmerzahl an der ersten Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative Köln ließ sich bei den folgenden Veranstaltungen halten. In immer stärkerem Ausmaß wurde die Initiative zum Treffpunkt von Vertretern verschiedener linker Gruppen, während unorganisierte Arbeitslose immer seltener kamen .Gegenwärtig trifft sich die Arbeitsloseninitiative wöchentlich als kleiner Kern von engagierten Kollegen, die zum größten Teil politischen Organisationen wie dem SB, der SPD und den Jusos, dem Spartacusbund und der SAG angehören, während Gruppen wie die KPD und der KBW inzwischen eigene Arbeitslosenkomitees u. ä. zu gründen versuchen. Die DKP propagiert aus Angst, im Gewerkschaftsapparat wegen einer Zusammenarbeit mit dem gefeuerten Gewerkschaftsfunktionär Tolusch angegriffen zu werden, immer offener, daß alle Arbeitslosenaktivitäten im Rahmen der Gewerkschaften stattfinden sollen. Da jedoch die Gewerkschaften bislang so gut wie nichts — abgesehen von Appellen an Regierung und Unternehmer und einige Demonstrationen zum „Dampfablassen" — gegen die Arbeitslosigkeit tun, verurteilt diese Strategie auch die DKP zu weitgehender Inaktivität.
Eigenaktivität und -initiative der Arbeitslosen erweist sich angesichts der Passivität und des Immobilismus der Gewerkschaften in immer stärkerem Ausmaß als realistische Alternative. Unter diesem Gesichtspunkt versucht auch die Arbeitsloseninitiative Köln ihre nächsten Schritte zu bestimmen. So ist — zur Mobilisierung jugendlicher Arbeitsloser — als nächster Schritt die Vorführung eines Films über Jugendarbeitslosigkeit geplant, für den mit Flugblättern und Plakaten vor Berufsschulen, Arbeitsämtern und in Arbeiterstadtvierteln geworben wird. Zum anderen tritt die Initiative mit eigenen Parolen auf der 1. Mai-Demonstration auf. Mit beiden ist die Hoffnung verbunden, endlich die schmale personelle Basis zu erweitern.

Forderungen der Arbeitslosen-initiative Köln

- **Vorschußzahlung auf das Arbeitslosengeld sofort bei der Arbeitslos-Meldung**
- **Null-Tarif für Arbeitslose bei Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen**
- **Mehr Arbeitsplätze durch Verteilung der Arbeit auf alle Hände: — Verkürzung der Arbeitszeit auf die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich — Boykott von Überstunden, Lohnerhöhungen für alle**
- **Kurzarbeit nur gegen Garantie der Arbeitsplätze und vollen Lohnausgleich durch die Unternehmer**
- **Sicherung des Lebensstandards der Arbeitslosen durch: Erhöhung des Arbeitslosengeldes durch Ausgleichszahlungen der Unternehmer auf den durchschnittlichen Nettoverdienst — Zahlung des Arbeitslosengeldes bis zur Wiederbeschäftigung**
- **Gegen die Spaltung von deutschen und ausländischen Arbeitern, die nur dem Unternehmer nützt: Gleichstellung der ausländischen Arbeiter auf allen Gebieten**
- **Kündigungsschutz für Beschäftigte ab 45 Jahre**
- **Garantie eines Ausbildungsplatzes für alle Jugendlichen**

Probleme der Mobilisierung und Organisierung von Arbeitslosen

Diese wenigen Hinweise zeigen bereits exemplarisch, vor welchen Schwierigkeiten heute die Versuche zur Mobilisierung von Arbeitslosen im allgemeinen noch stehen. Die Kölner Initiative steht oder fällt damit, ob es ihr gelingt, breitere Kontakte zu Arbeitslosen aufzunehmen. Bislang ist ihr das — auch über Unterschriftensammlungen, Flugblattaktionen u. ä. — kaum gelungen. Dafür gibt es viele Gründe. Einer — der Wegfall des Abholens des wöchentlichen Stempelgeldes — wurde bereits genannt. Andere Gründe sind eher

psychologischer Art. So schämen sich viele Kollegen, wenn sie arbeitslos werden, fühlen sich als Versager, begreifen Arbeitslosigkeit als individuelles Problem, verkriechen sich in ihren vier Wänden und sind nicht bereit, über ihre Lage zu sprechen.

Spektakuläre Massenentlassungen, die insbesondere anläßlich drohender Betriebsstillegungen ganze Belegschaften treffen (Erwitte, Kalldorf, Neckarsulm usw.) und dann zu breiten Solidarisierungsbewegungen führen, in denen der einzelne sein Schicksal als das Schicksal aller zu begreifen lernt in denen er die Bereitschaft zum gemeinsamen Widerstand entwickelt, hat es in Köln bislang nicht gegeben. Obwohl z. B. bei Ford 7000 Kollegen entlassen wurden, kam es zu keinen nennenswerten Widerstandsaktionen: eine raffinierte Kündigungsstrategie, die die Entlassungen über einen gewissen Zeitraum streckte, mit Abfindungsangeboten lockte, deutsche und ausländische Arbeiter gegeneinander ausspielte, die „natürlichen" Abgänge durch freiwillige Kündigungen, Erreichen der Altersgrenze usw. nicht mehr ersetzte, trug wesentlich dazu bei, das Entstehen einer aktiven Solidaritätsbewegung zu verhindern.

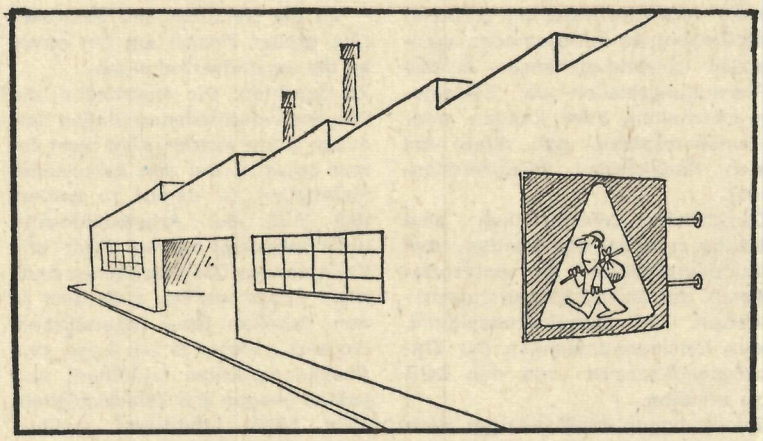
Wenn man die Schwierigkeiten beim Aufbau von Arbeitsloseninitiativen untersucht, sollte man schließlich auch nicht übersehen, daß für die meisten Arbeitslosen die materielle Not bislang noch nicht so drückend ist, daß sie im aktiven Widerstand den einzigen Ausweg sehen. Bislang war die Arbeitslosenfluktuationsrate noch relativ hoch. Viele Arbeitslose bekamen – trotz aller Schwierigkeiten – verhältnismäßig schnell wieder eine andere (wenn auch meist schlechtere) Arbeit. In vielen Fällen behielt zumindest ein Ehepartner seinen Arbeitsplatz: die erneute Verdrängung der Frauen aus dem Arbeitsprozeß, in den sie in den Hochkonjunkturjahren mit großer Arbeitskräftenachfrage verstärkt integriert worden waren, steht erst am Anfang. Die durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufene materielle Not hält sich im allgemeinen bislang noch in gewissen Grenzen. Weithin dürfte auch noch der Glaube an die Versprechen der Regierung, die staatlichen Konjunkturprogramme würden innerhalb weniger Monate „greifen" und einen neuen Aufschwung einleiten, fortbestehen. Arbeitslosigkeit wird überwiegend als eine momentan zu ertragende Zwangssituation begriffen. Die Folgen langanhaltender Arbeitslosigkeit werden erst im Verlauf dieses Jahres zunehmend spürbarer werden, wenn im Herbst die Krise zwei Jahre alt ist. Solange aber Arbeitslosigkeit als kurzfristige Notsituation gesehen wird und die Hoffnung auf einen individuellen Ausweg noch bleibt, werden auch die Möglichkeiten von Arbeitsloseninitiativen relativ beschränkt bleiben. Solange wird auch das auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre entstandene Mißtrauen der Kollegen in den Betrieben gegenüber Vertretern linker Organisationen („dahinter stehen welche von draußen, die uns einkassieren wollen") stärker sein als der Zwang zur Organisation im Widerstand gegen die Auswirkungen der Krise. Erst wenn jener Zwang zum Widerstand unausweichlicher wird, wird auch in den Betrieben die Bereitschaft wachsen, die Möglichkeiten der Unterstützung „von außen" neu zu überdenken.

Angesichts der gegenwärtig bestehenden Schwierigkeiten der Mobilisierung und Organisierung von Arbeitslosen ist es um so erforderlicher zu versuchen, auf zwei Ebenen vorzugehen: nicht nur die bereits Arbeitslosen gilt es zu mobilisieren; die Arbeitslosigkeit ist zugleich über die noch beschäftigten Kollegen zum Thema in den Betrieben und in den Gewerkschaften (die bisher jede effektive Mobilisierung der Arbeitslosen zu hintertreiben versuchen) zu machen.

Die Verwirklichung einer derartigen Strategie steht jedoch vor bislang teilweise nicht einmal ansatzweise geklärten Fragen. Unklar ist einmal weitgehend, welches Bewußtsein Arbeitslose heute haben, von wem sie Hilfe erwarten, unter welchen Bedingungen sie unter Umständen bereit wären, sich im Kampf zur Verteidigung ihrer Interessen zusammen zu schließen. Ungelöst ist zum größten Teil auch die Frage, warum die ersten Versuche der Mobilisierung von Arbeitslosen bislang auf so wenig Resonanz unter den Betroffenen stoßen und wie diese Passivität aufzubrechen ist. Kaum diskutiert ist auch die Frage, wie die Agitation im „Vorfeld" der Arbeitslosigkeit effektiver werden kann: z. B. die Erstellung genauer Betriebsanalysen, um die Belegschaften auf dieser Grundlage schon frühzeitig über drohende Entlassungen zu informieren und den Widerstand nicht erst dann aufzunehmen, wenn die Entscheidungen bereits gefallen sind; die stärkere informelle wie formelle Ausnutzung der den Betriebsräten oft zur Verfügung stehenden Informationsquellen usw.

Nur eine Strategie, die die Mobilisierung der bereits Arbeitslosen mit der Organisierung des betrieblichen Widerstandes gegen drohende Entlassungen unter den noch Beschäftigten zu verknüpfen sucht, kann verhindern, daß sich eine längerfristig verhängnisvolle Spaltung zwischen dem noch vom Kapital beschäftigten und dem auf die Straße geworfenen Teil der Arbeiterklasse herausbildet. Vor diesen Schwierigkeiten stehen die ersten Arbeitsloseninitiativen bereits in ihrem Entstehungsprozeß: gelingt ihnen nicht der Ausbruch aus der Isolation reiner Arbeitslosenaktivitäten und die Zusammenarbeit mit den bereits aktiv Widerstand leistenden Teilen der Belegschaften, werden sie kaum eine Überlebenschance haben.

H. E. BRAND



IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Straße 28 (Souterrain), Telefon 0611 / 83 25 93 ● Redaktion „links" z. Z. Andreas Buro, Dieter Esche (presserechtlich verantwortlich für diese Ausgabe), Egbert Jahn, Roland Roth, Eva Senghaas-Knobloch, Gert Schäfer ● Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591, Hohe Str. 28 (Souterrain), Telefon 0611/832593. Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 1,50, Jahresabonnement DM 18,– zuzüglich DM 3,– Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH: Postscheck Frankfurt Nr. 61041–604; Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft, Zweigstelle Offenbach, Nr. 17412695 ● Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in „links" wird kein Honorar bezahlt. Redaktionsschluß ist jeweils der 5. vor dem Erscheinungsmonat ● Druck: hbo-druck, Bensheim ● Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Verlagsprospekt des Verlag 2000 GmbH + Sozialistisches Büro; Bücher- & Paperliste des Sozialistischen Büros; Prospektkarte „links" + „express"; Prospektkarte „Jetzt abonnieren!"; Drucksache „Neue Thesen des Sozialistischen Büros" mit anhängender Zahlkarte; „links"-Extrablatt; Spendenaufruf „Arbeiter-Solidaritäts-Fonds" mit anhängender Zahlkarte; „express-plakat", Extrablatt zum 1. Mai 1975; Prospektkarte „Neue Rotbücher im 1. Halbjahr 1975".

Bestellschein

(bitte gut leserlich schreiben)

An den Verlag 2000 GmbH, 605 Offenbach 4, Postfach 591

Ich abonniere ab 1. 1. 1975 „links" sozialistische Zeitung

Bezugspreis für das Jahr 1975 DM 21,– (einschl. Versandkosten)

Das Abonnement kann jeweils bis zum 30. November zum Jahresschluß gekündigt werden.

Vor- und Zuname: _____

Postleitzahl und Wohnort: _____

Straße: _____

Datum: _____ _____

Unterschrift